Plenarprotokoll 10/179

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

179. Sitzung

Bonn, Freitag, den 29. November 1985

Inhalt:



(A) (C)

179. Sitzung

Bonn, den 29. November 1985

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsident Cronenberg: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt III auf:

Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1986 **(Haushaltsgesetz 1986)**

— Drucksachen 10/3700, 10/4101, 10/4151 bis 10/4178, 10/4180, 10/4327 —

Dazu rufe ich auf:

(B)

Unterrichtung über die in zweiter Beratung beschlossenen **Änderungen zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986**

— Drucksache 10/4402 —

Ich gehe davon aus, daß insoweit von der Frist des § 84 Buchstabe b unserer Geschäftsordnung abgewichen werden soll. — Da ich keinen Widerspruch höre, ist dies so beschlossen.

Zu den verschiedenen Einzelplänen liegen 22 Entschließungsanträge vor, über die teilweise abgestimmt werden soll bzw. für die Ausschußüberweisung beantragt worden ist. Diese Entschließungsanträge werden nach Schluß der Aussprache aufgerufen.

Meine Damen und Herren, interfraktionell ist vereinbart worden, die dritte Beratung des Haushaltsgesetzes 1986 heute mit einer Aussprache von drei Stunden durchzuführen. — Auch hiermit sind Sie offensichtlich einverstanden. Dann ist auch dies so beschlossen.

Da ich davon ausgehe, daß das Wort zur Berichterstattung nicht gewünscht wird, eröffne ich die allgemeine Aussprache und gebe dem Abgeordneten Brandt das Wort.

Brandt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was hier gleich am ersten Tag und während anderer Teile der Haushaltsdebatte gegen uns Sozialdemokraten ins Feld geführt wurde, hatte mehr mit einem vorweggenommenen grobschlächtigen Wahlkampf zu tun

(Beifall bei der SPD)

als mit der Bereitschaft zur sachlichen, wenn auch inhaltlich harten Auseinandersetzung.

(Dr. Friedmann [CDU/CSU]: Gucken Sie sich einmal den Pressespiegel an!)

Wir sollten uns vielleicht darauf besinnen, daß im politischen Wettbewerb niemand die ganze Wahrheit für sich gepachtet hat.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hoppe [FDP])

Aber lassen Sie mich auch daran erinnern, daß Selbstbewußtsein und Selbstgefälligkeit nahe beieinander liegen können. Dies wird sich auch der amtierende Bundeskanzler sagen lassen müssen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Nun frage ich uns — ich tue es nicht ohne Selbstzweifel —, ob nicht in der **Debatte** der letzten drei Tage **Scheinthemen** eine erschreckend große Rolle gespielt haben und ob nicht unser Volk Anspruch darauf hätte, daß die eigentlichen Themen um einiges deutlicher würden — gerade weil wir ein Jahr der Wahlkämpfe vor uns haben.

(von Hammerstein [CDU/CSU]: Nun lassen Sie einmal die Katze aus dem Sack!)

Dies sage ich als einer, von dem alle wissen, daß er ein Mann seiner Partei ist, der sich aber aus der **Mitverantwortung für das Staatsganze** nicht entlassen weiß und der es nicht für einen Nachteil hielte, wenn bei allem notwendigen Streit der Meinungen die Bereiche nationaler und mithin gemeinsamer Verantwortung doch klarer erkannt und fortgeschrieben werden könnten.

Es ist meiner Meinung nach ganz und gar überflüssig, einen Streit darüber zu führen, daß die Zeichen einer konjunkturellen Aufwärtsentwicklung anhalten.

(Beifall des Abg. Dr. Weng [Gerlingen] [FDP])

Das ist erfreulich, auch was die zu erwartenden Lohn- und Gehaltserhöhungen angeht.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Weng [Gerlingen] [FDP])

Zu streiten lohnt sich allerdings darüber, ob und wie man die Bedingungen einer Erholung nutzt, um

Brandt

(A) erstens den Benachteiligten zu helfen und zweitens im nächsten Tief einigermaßen zu bestehen, denn eine nächste Rezession kommt irgendwann so sicher wie der Herbst nach dem Sommer.

Der Bundeskanzler hat am Dienstag eine Wirklichkeit geschildert und eine andere Wirklichkeit verschwiegen. Zu der anderen Wirklichkeit gehören zusammengebrochene Betriebe in der Bauwirtschaft, in der Landwirtschaft, aber nicht nur dort. Das Buch von Günter Wallraff ist keine Dichtung, sondern es beschreibt eine Wirklichkeit, die es in unserem Lande eben auch gibt. Die Bundesregierung beschäftigt sich gerne mit denen, die in der Sonne stehen; die Kleinen, die die Lasten tragen, die im Schatten stehen, werden leicht übersehen.

(Beifall bei der SPD — Freiherr von Schorlemer [CDU/CSU]: Sie sind doch von Ihrer Regierung in den Schatten gestellt worden!)

Und der Herr Bundeskanzler ist dabei, sich von einem wichtigen Stück der Wirklichkeit zu entfernen.

(Lachen bei der CDU/CSU — Zuruf von der SPD: Wo ist der eigentlich?)

Zur satten Selbstzufriedenheit, meine Damen und Herren,

(Dr. Friedmann [CDU/CSU]: Umgekehrt wird ein Schuh daraus!)

gibt es wahrlich keinen Grund. Es wäre leichtfertig, (B) die **Risiken,** denen unsere **Volkswirtschaft** und die öffentlichen Finanzen ausgesetzt sind, zu übersehen. Es gibt ja zumindest einen klaren Tatbestand und eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Ich meine die in dieser Höhe nie dagewesene **Auslandsverschuldung** vieler Länder der Dritten Welt, aber auch der großen und reichen Vereinigten Staaten von Amerika.

Auch unser Aufschwung lebte lange mit aus den gewaltigen Defiziten der USA. Jetzt zeigt sich das damit verbundene Risiko. Was wird in den vor uns liegenden Jahren daraus, und, so frage ich, ist die Bundesregierung gewillt, aktiver dabei mitzuhelfen, daß die internationale Schuldenkrise nicht in einer Katastrophe mündet?

Inzwischen wird besser als noch vor ein paar Jahren erkannt, wie sehr der **Rüstungswettlauf** die politischen, ökonomischen und sozialen Probleme der Welt verschärft hat, wie empörend sich der Widerspruch zwischen Überrüstung und Unterversorgung in weiten Teilen der Welt auswirkt. Auch bei unseren Freunden in Washington hat man begonnen, diesen Zusammenhängen größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Auf unser eigenes Land bezogen ergibt sich ein wichtiger Streitpunkt aus der Frage: Bleibt die Teilnahme am Aufschwung ein Glücksspiel, oder wie können die auch auf Grund internationaler Faktoren zeitweilig günstigeren Bedingungen genutzt werden, um Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß es möglichst **Arbeit für alle** gibt?

(Beifall bei der SPD)

(C) Wir hören gern, die Wirtschaft werde im nächsten Jahr, im ganzen gesehen, wiederum Arbeitsplätze hinzugewinnen. Das ist zu hoffen. Sonst fänden sich die Kollegen von der Propagandaabteilung der Union noch weiter entfernt von dem seinerzeitigen Versprechen, die Kohl-Regierung würde die Zahl der Arbeitslosen im Laufe von zwei Jahren um 1 Million abbauen.

(Dr. Vogel [SPD]: Hört! Hört!)

Tatsache ist doch aber, daß wir nicht 1 Million weniger, sondern eine halbe Million Arbeitslose mehr als zur Zeit der vorigen Regierung haben.

(Strube [CDU/CSU]: Wir hätten noch mehr, wenn Sie noch dran wären! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Reden Sie mal von den Schulden, die Sie gemacht haben!)

Und nun sind viele geneigt, sich auch im kommenden Jahr mit mehr als 2 Millionen Arbeitslosen abzufinden.

(Zuruf von der CDU/CSU: „Arbeit und Umwelt"!)

Dabei sind es ja in Wirklichkeit noch wesentlich mehr, nämlich 3,5 Millionen Frauen und Männer in unserer Bundesrepublik, die lieber heute als übermorgen wieder oder überhaupt erst zu Arbeitnehmern würden.

Es wird zu einer bedrückenden Vorbelastung, wenn man uns mit einem hohen Sockel an Arbeitslosigkeit in die nächste Rezession ziehen läßt.

(D) Am Schluß dieser Haushaltsdebatte wie zu deren Beginn steht für uns die Ablehnung einer Politik der Wendekoalition, die einen wirksamen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit nicht leistet.

(Beifall bei der SPD — Stockhausen [CDU/CSU]: Sie hätten die Arbeitslosen ja verhindern können! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Die Bankrotteure melden sich wieder zu Wort!)

Wir Sozialdemokraten sagen: Um die Ausbildungs- und Berufsnot von Hunderttausenden Jüngerer, nicht zuletzt junger Frauen, zu beheben, bedürfte es, meine verehrten Kollegen, eines anderen Verständnisses von öffentlicher Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Wir bleiben dabei: Ein Opfer der Bessergestellten wäre durchaus angemessen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das gehört für uns zur Linie der **Solidarität,** die wir dem entgegensetzen, was sich wie ein Appell an den Egoismus und wie eine Verbeugung vor dem Vorrecht des Stärkeren ausnehmen muß.

(Sehr wahr! bei den GRÜNEN)

Das von uns vorgeschlagene **Programm „Arbeit und Umwelt"** ist wiederum auf Ablehnung gestoßen. Dabei ist ernsthaft nicht mehr umstritten, daß man damit immerhin ein paar hunderttausend Arbeitsplätze schaffen könnte. Zusätzlich könnte die staatliche Gemeinschaft auf diese Weise weit mehr zur Wiederherstellung der natürlichen Lebens-

Brandt

(A) grundlagen tun, die in der Tat sträflich so lange überbelastet wurden. Unseren Wäldern wird es weiterhin nicht helfen, wenn man wie beim Tempolimit klüger — besser gesagt: trickreicher — sein will als alle anderen Europäer zusammen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN — Werner [Ulm] [CDU/CSU]: Umgekehrt ist es richtig!)

Die Unionsfraktion hat hier durch ihren Vorsitzenden verkündet, sie setze auf **technischen Fortschritt.** Das tun wir auch. Aber wir fügen hinzu: Fortschritt von menschlichem Maß und mit menschlicher Geschwindigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Nicht ein Scheinthema, meine Damen und Herren, sondern ein Gegenstand wichtiger Auseinandersetzung bleibt es auch, daß die **Lasten** bei **Steuern und Abgaben** und Sparprogrammen nicht so unausgewogen verteilt werden dürfen, wie es geschieht.

(Beifall bei der SPD)

Soziale Gerechtigkeit und ein soziales Gleichgewicht sind — das zeigt die Erfahrung — nicht nur menschlich; sie sind auch produktiv.

(Frau Dr. Timm [SPD]: Ja!)

Wenn wichtige Teile der Koalition und sogar die Spitze der Regierung, die ich leider nicht direkt ansprechen kann,

(Beifall bei der SPD)

(B) einseitig und uneinsichtig gegen die Gewerkschaften Partei ergreifen, so fördern sie damit nicht den sozialen Frieden, sondern sie gefährden ihn.

(Beifall bei der SPD)

Die beleidigenden Töne, die Bundeskanzler Kohl

(Zurufe von der SPD: Er ist immer noch nicht da! — Unerhört!)

im letzten Jahr in den Streit um die Arbeitszeit einführte, hätten leicht mehr Schaden anrichten können, als sie angerichtet haben. Daß der Schaden begrenzt werden konnte, verdanken wir in hohem Maße der Überzeugungskraft eines früheren Gewerkschaftsvorsitzenden und Bundesministers der Verteidigung.

(Beifall bei der SPD — Kolb [CDU/CSU]: Wo habt ihr den hingeschickt? — Freiherr von Schorlemer [CDU/CSU]: Und wo steht der bei Ihnen in der Partei?)

Wie will es der Bundeskanzler mit seinen ihm durch das Grundgesetz aufgegebenen Pflichten vereinbaren, wenn er gegenwärtig eine vorgebliche Neutralität predigt, die in Wirklichkeit der wirtschaftlichen Übermacht zugute kommt?

(Beifall bei der SPD — Kolb [CDU/CSU]: Bei der „Neuen Heimat"!)

Meine Damen und Herren, es geht vordringlich, aber nicht allein um einen dieser Tage vielzitierten Paragraphen, wenn ich sage: Wer nicht spalten, sondern zusammenführen will, der darf das **Bekenntnis zur Tarifautonomie** nicht zum Lippendienst verkümmern lassen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Wo es um den Sozialstaat geht, ist die Regierung in die Pflicht genommen und darf sich nicht in eine verantwortungsscheue Scheinneutralität flüchten. Das ist im übrigen auch im Interesse einer gedeihlichen wirtschaftlichen Gesamtentwicklung. Die Regierung lüde eine schwere Verantwortung auf sich, wenn sie mithülfe, den Gewerkschaften eine Kraftprobe aufzuzwingen. Unser Platz wird an der Seite derer sein, die die Grundlagen des Sozialstaates zu verteidigen entschlossen sind.

(Beifall bei der SPD — Kolb [CDU/CSU]: Tun wir das nicht?)

Wir sind im übrigen für mehr, nicht weniger Wettbewerb, für mehr, nicht weniger Steuergerechtigkeit. Wir sind nicht gegen, sondern für die Erneuerung der Industriegesellschaft, nicht nur technisch, auch sozial und ökologisch. Da die Herausforderungen größer werden, sind wir um so mehr dafür, daß die Arbeitnehmer ihren gerechten Anteil am Sagen und am Haben bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Mehr Demokratie in der Wirtschaft, das heißt Zusammenarbeit für das eigene und für das gemeinsame Wohl. Unser **Programmentwurf „Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern"**, über den gestern so herabsetzend gesprochen wurde,

(Kolb [CDU/CSU]: Zu Recht!) (D)

enthält fünf, sechs konkrete Angebote für sachliches Zusammenwirken. Ich sage: Wer sich Chancen sachlicher Zusammenarbeit entgehen und wer statt dessen vermeidbares Gegeneinander sich entfalten läßt, der bleibt hinter den Erfordernissen dieser Zeit und unseres Volkes weit zurück.

(Beifall bei der SPD)

Wovon ich eben gesprochen habe, gilt erst recht für die **auswärtige Politik.** Vernünftigen deutschen Interessen kann es nicht dienen, in den Parteienstreit zu bringen, was nicht notwendigerweise dort hingehört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man es dennoch tut, bedeutet es wiederum, auseinanderzudividieren statt zusammenzuführen.

Nun frage ich: Was anderes als Belastungen und Rückschläge hat es in der deutschen Frage und gegenüber östlichen Nachbarn gebracht, wieder ins Zwielicht geraten zu lassen, was wir mühsam genug durch die Vertragspolitik auf den Weg der Klärung brachten?

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Weshalb immer noch einmal in Frage stellen, was unbedingt zur **Westkomponente** unserer **Europapolitik** gehören muß, statt in Brüssel solche Pannen vermeiden zu helfen, wie sie bis in die letzten Wochen und Tage zu verzeichnen waren?

Brandt

(A) Nun frage ich weiter: Welch anderen als einen denunziatorischen Sinn soll es eigentlich haben, immer noch einmal in Zweifel zu ziehen, daß die SPD zum Bündnis steht

(Beifall bei der SPD)

und daß für sie die **Freundschaft mit den Vereinigten Staaten,** mit den Amerikanern, so wichtig bleibt wie die mit den europäischen Nachbarn? Johannes Rau und andere von uns hatten dieser Tage Vertreter der sozialdemokratischen Parteien aus allen europäischen NATO-Staaten zu Gast, und mit ihnen haben wir uns auf ein inhaltsreiches gemeinsames Papier verständigt — als ein Teil dessen, was manche von Ihnen unsere Nebenaußenpolitik zu nennen belieben. Aus den Reihen der Gäste wurde gefragt, ob gewisse Bonner Politiker bei ihrem süffisanten Lächeln nicht merkten, daß man die NATO schwäche, wenn man das Verhältnis zu ihr zur Sache einer Partei zu machen versuche.

(Beifall bei der SPD)

Und ich setze hinzu: Man fügt auf diese Weise auch der Bundeswehr Schaden zu, und zwar solchen, der hausgemacht und überflüssig ist.

(Beifall bei der SPD)

Auf den Vorwurf des Antiamerikanismus braucht man heute nicht mehr so nachdrücklich einzugehen, wie dies vor einigen Monaten, auch gegenüber dem Bundeskanzler, geboten erschien. Die Schelle, die uns ein gewisser Herr hat umhängen wollen, ist
(B) an dessen Narrenkappe gelandet.

(Beifall bei der SPD)

Aber er kommt nicht zur Ruhe. Und wenn sich gerade kein anderer anbietet, kommen die **Ärzte** dran, die sich international zum Kampf gegen die **Atomgefahren** zusammengeschlossen haben. Wir stehen an deren Seite.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, wird auf dieser Seite des großen Wassers, wenn es um Fragen des Bündnisses, der Ost-West- und der Nord-Süd-Beziehungen geht, im wesentlichen nicht über anderes als das diskutiert, was auch in den Vereinigten Staaten immer wieder Gegenstand der kritischen Erörterung ist. Was wir gegen die zusätzliche **Militarisierung des Weltraums** ins Feld führen, wird von vielen in Amerika ganz ähnlich gesehen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie müssen mit allen reden!)

Bei uns zu Hause sollten wir auch nicht überhören, was eine Institution vom Rang der Max-Planck-Gesellschaft gerade an Zweifeln formuliert hat.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

In Washington weiß man, daß hier keiner ein Monopol auf Freundschaft geltend machen kann. Das war so, und das bleibt so. Keiner wird uns dazu verleiten oder nötigen können, Feigheit vor dem (C) Freund zu zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Jeder muß, bitte, davon ausgehen, daß wir uns zutrauen, deutsche und europäische Interessen eigenständig zu formulieren. Das können wir hier miteinander tun, oder wir sollten jedenfalls versuchen, um die angemessenen Antworten fair miteinander zu ringen.

Hier ist nun, meine Damen und Herren, viel Wesens davon gemacht worden, daß wir uns geirrt hätten, was die Entwicklung angeht, die zum **Genfer Gipfeltreffen** führte.

Wir sind die letzten, die enttäuscht gewesen wären, wenn es statt der befürchteten Eiszeit nur einiger kalte Winter gegeben hätte. Aber es gehört gewiß in die Rubrik Scheingefechte, wenn man sogar noch nach dem Gipfeltreffen versucht, den Begriff der gemeinsamen Sicherheit gegen uns zu wenden;

(Beifall bei der SPD)

denn was zeigt uns Genf, meine Damen und Herren? Reagan und Gorbatschow haben miteinander festgestellt, daß keine der beiden Weltmächte einen Krieg gegen die andere gewinnen kann. Was bedeutet das anderes als die Einsicht, daß beide Seiten einem **objektiven Zwang zur Friedenssicherung** unterliegen?

(Kühbacher [SPD]: Und zur Abrüstung!) (D)

Das ist das, was man ein Ergebnis der das Überleben gefährdenden tödlichen Fähigkeiten beider Seiten nennen kann, der einen wie der anderen. Dabei wissen wir, die beiden Weltmächte bleiben durch grundverschiedene Auffassungen und Systeme voneinander getrennt. Aber es kann doch kein Zweifel daran sein, daß es im deutschen und europäischen Interesse liegt, die Chancen einer neuen zweiten Phase von **Entspannung und Zusammenarbeit** zu nutzen, ohne Illusionen, aber auch ohne Scheuklappen. Es muß deutlicher werden, was die Europäer wollen und daß sie nicht nur darauf warten, was die Großen tun oder unterlassen.

(Bundeskanzler Dr. Kohl betritt den Saal — Zurufe von der SPD: Guten Morgen!)

Dann kommt — Klein — Klein — die mehr oder weniger künstliche Empörung wegen einer behaupteten Nebenaußenpolitik. Ich sage Ihnen: Natürlich kann und will und darf sich niemand an die Stelle der Regierung setzen, wo es sich um völkerrechtliche Bindungen und Wirkungen handelt; aber wir haben als Opposition nicht nur das Recht, uns in eigener Verantwortung zu unterrichten, sondern auch die Pflicht unseren Kredit in West und Ost und in der Dritten Welt zum Wohle unseres Volkes einzusetzen und uns auf neue Verantwortung vorzubereiten,

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, nun haben Äußerungen von Unionsabgeordneten und des Grafen

Brandt

(A) Lambsdorff deutlich gemacht, daß Sie **Johannes Rau** hier vermissen. Er läßt grüßen.

(Beifall bei der SPD — Lachen bei der CDU/CSU — Kolb [CDU/CSU]: Und wann läßt er das widerrufen? Der Graf läßt sich entschuldigen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Er läßt Ihnen sagen: Erstens. Für ihn, für Johannes Rau, kommt der Januar 1986 vor dem des Jahres 1987, und er geht, wie es sich gehört und auch für andere gehören sollte, seinen Pflichten als Chef einer Landesregierung nach.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Da hat er viel nachzuholen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Zweitens. Für einen vorgezogenen Wahlzirkus, den einige veranstalten möchten, ist Johannes Rau nicht zu haben,

(Beifall bei der SPD)

unsere Verfassung, was Bundestag und Bundesrat angeht, übrigens auch nicht.

(Kolb [CDU/CSU]: Herr Rau wird am Dienstag alles widerrufen!)

Der Bedarf der Bürgerinnen und Bürger an Sprüchen, wie sie aus dem Adenauerhaus kommen, dürfte seine Grenzen haben.

(Beifall bei der SPD)

(B) Drittens. Jeder wird noch auf seine Kosten kommen, wenn es ihm darum geht, mit Johannes Rau um die besseren Antworten für die Lebensprobleme unseres Volkes zu ringen.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Die Antworten hat er schon gegeben! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Ich habe hier, meine Damen und Herren, einiges über Streit in der SPD gehört. Da verwechselt man wohl notwendige **Diskussion** mit überflüssigem Streit. Wenn ich mir vor Augen halte, was in der Union durcheinander geraten ist, von Geißler bis Späth, vom Wirtschaftsrat bis zu den Sozialausschüssen, von Zentrums- bis zu Stahlhelm-Traditionen, dann kommt mir unsere Sozialdemokratie fast wie eine preußische Gardeformation vor,

(Beifall bei der SPD — Lachen bei der CDU/CSU — Kolb [CDU/CSU]: Dann holen Sie mal Ihren Marx hervor! Das war eine Beleidigung für Preußen! — Pfeffermann [CDU/CSU]: Das ist doch Volkssturm und keine preußische Garde! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

der sie gar nicht nahezukommen versucht.

Ein Thema, meine Damen und Herren, das unsinnigerweise zu einem Thema der parteipolitischen Polemik gemacht wird, ist das der **Menschenrechte.** Ich meine allerdings, dieses Thema verträgt, wenn man es ernst nimmt, kein parteipolitisches Schaulaufen.

(Beifall bei der SPD)

(C) Wir täten den Menschen, denen unsere Anteilnahme und unsere Hilfsbereitschaft gelten, keinen Gefallen, wenn wir ihre Not, das Elend, das ihnen zugefügt wird, für einen unwürdigen Schlagabtausch benutzen.

Jedermann darf davon ausgehen, daß meine Freunde und ich Menschenrechtsverletzungen gleichermaßen nachgehen, ob wir es mit einem westlichen oder einem östlichen, einem nördlichen oder einem südlichen Land zu tun haben. Dabei gibt es Situationen — wie die des Flächenbrandes in Südafrika —, da wünschte man sich, die Bundesregierung spräche viel deutlicher, als sie es bisher getan hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Doch ich weiß aus langjähriger Erfahrung, daß es vielerorts Einzelschicksale gibt, die, wenn überhaupt, durch stille Arbeit besser zu beeinflussen sind als durch lautstark vorgebrachte Texte.

In den letzten Tagen habe ich aus zwei der Staaten, die ich vor wenigen Monaten besuchte, nämlich der DDR

(Frau Hürland [CDU/CSU]: Staaten?)

und der Sowjetunion, Antworten auf Menschenrechtsfragen in meinen Gesprächen erhalten. Ich freue mich, daß es gelungen ist, in einer nicht geringen Zahl von Fällen Probleme regeln zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

(D) Das wäre nicht erreicht worden, wenn ich mich mit Reden auf einem Marktplatz zufrieden gegeben hätte.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Der große Macher!)

— Fragen Sie doch die, die sich dafür bedanken, daß man ihnen hat helfen können.

(Beifall bei der SPD — Stockhausen [CDU/CSU]: Das ist doch nichts Neues! Das machen wir doch auch!)

In einer guten Woche werde ich mich auch in Polen für humanitäre Anliegen verwenden.

(Kolb [CDU/CSU]: Sprechen Sie den Kollegen Walesa!)

Nach Warschau wurde ich, wie vielleicht bekannt ist, aus Anlaß der 15jährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Abkommens vom Dezember 1970 eingeladen. Weil ich es für nötig halte, daß das **deutsch-polnische Verhältnis** gepflegt wird und unter keinen Umständen verkümmern darf,

(Kolb [CDU/CSU]: Da ist Ihr Blick aber sehr verengt!)

möchte ich meinen Teil beitragen und in die polnische Hauptstadt reisen.

(Stockhausen [CDU/CSU]: Da sollte man mit allen sprechen, nicht nur mit denen, die für den Tod des Priesters Popieluszko verantwortlich sind!)

Brandt

(A) — Halten Sie doch bitte den Mund, wenn man hier über ernste Dinge spricht!

(Beifall bei der SPD — Kolb [CDU/CSU]: Das können Sie Ihrer Fraktion sagen, aber nicht uns! — Stockhausen [CDU/CSU]: Das war nun wieder zu preußisch!)

Wenn ich übrigens bei dieser Gelegenheit andere Städte nicht besuchen kann, so wird doch jeder, der es will

(Jung [Lörrach] [CDU/CSU]: Jetzt flippt er wieder aus, der Herr Brandt!)

— da muß ich dann wohl einige ausnehmen —,

(Beifall bei der SPD)

auch dieses Mal sehen: Wir Sozialdemokraten bemühen uns um Kontakt zu allen Gruppen, die für die gesellschaftliche Entwicklung in der Volksrepublik Polen von Bedeutung sind.

(Stockhausen [CDU/CSU]: Die zugelassen sind! — Kolb [CDU/CSU]: Wir lassen uns überraschen!)

Mich braucht gerade in diesem Fall niemand an unsere Mitverantwortung zu erinnern. Wir sind uns dieser bewußt und versuchen, danach in der Zukunft wie in der Vergangenheit zu handeln.

(Beifall bei der SPD)

Stille, aber tätige Mitmenschlichkeit hat es ebenfalls nicht verdient, verdächtigt zu werden.

(B) (Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Eine Adventsrede!)

Wer in der Tradition der Arbeiterbewegung, also des Ringens um Menschenrecht und Menschenwürde, aufgewachsen ist, darf an seine Kollegen mit der Bitte appellieren: Machen wir der Würdelosigkeit ein Ende, die es bedeutet, wenn man auf dem Bukkel derer streitet, denen zu helfen schwer genug ist!

(Beifall bei der SPD — Oh-Rufe bei der CDU/CSU — Kolb [CDU/CSU]: Lech Walesa würde sich freuen!)

Außerdem: Bundeskanzler Kohl sollte besser als andere wissen, da er doch in Brüssel bei der NATO danach fragen konnte und gefragt hat, weshalb **Präsident Reagan** in der Genfer Verlautbarung mit seinem sowjetischen Gegenüber nicht auf einem Passus über Menschenrechte bestanden und weshalb er keine formale Verbindung zwischen humanitären und ökonomischen Fragen hergestellt hat.

Diese Bundesregierung muß sich Kritik auch deshalb gefallen lassen, weil sie ihrem eigenen hohen Anspruch auf **geistig-moralische Erneuerung** so wenig gerecht geworden ist

(Kolb [CDU/CSU]: Sie haben die Moral gepachtet!)

und weil sie vernebelt — so mit dem Unsinn vom rot-grünen Chaos —, wo inhaltliche Klärung geschaffen werden könnte,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C) und weil Mut zur persönlich-politischen Verantwortung mit notorischer Dickfelligkeit von denen geleugnet wird, die anderen gegenüber nicht genug daran tun konnten, sich als Sittenrichter aufzuspielen.

(Beifall bei der SPD)

Die eigentlichen Themen erfordern, daß die Parteien prüfen, was kontrovers behandelt werden muß und was im Wechselspiel von Koalition und Opposition eigentlich nur in Verbindung miteinander gelöst werden kann.

Es hat hier in diesem Jahr zwei **Reden** gegeben: die **des Bundespräsidenten vom 8. Mai** und die **Georg Lebers vom 17. Juni,** welche Beifall auf allen Seiten des Hauses — nicht auf allen Seiten gleichmäßig, aber auf allen Seiten des Hauses — fanden.

(Werner [Ulm] [CDU/CSU]: Das wird heute nicht der Fall sein!)

Meine sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen und ich haben diese Reden nicht vergessen; auch nicht unsere Zustimmung.

(Stockhausen [CDU/CSU]: Bei Leber war sie nicht gut!)

Wir haben wiederholt Vorschläge gemacht, die über unfruchtbaren Streit hätten hinausführen können. Unseren Vorschlag eines **nationalen Solidarpakts,** um die Arbeitslosigkeit zu überwinden und die Volkswirtschaft zu erneuern, hat man bisher gemeint ignorieren zu können. Auf unsere Vorschläge zur Rettung der Wälder und der Umwelt überhaupt (D) eine große gemeinsame Anstrengung zu machen, hat man bisher geglaubt nicht eingehen zu sollen. Das gilt auch für die längerfristige Konsolidierung der Renten und der anderen Systeme sozialer Sicherheit. Und wie wenig verständnisvoll, geschweige denn weise, hat man auf eine Serie von Anregungen reagiert, die das Bemühen um mehr vernünftige Gemeinsamkeit auf den Gebieten der Deutschland-, Europa-, Bündnis-, Ost-West- und Nord-Süd-Politik zum Inhalt hatten!

Vom Kurs der nationalen und sozialen Verantwortung wird uns Ihre kalte Schulter nicht abbringen. Aber ein Vorteil für unser Volk wäre es schon, wenn Voreingenommenheit, Gruppenegoismus und Engstirnigkeit abgebaut werden könnten.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Riedl.

(Kolb [CDU/CSU]: Erich, sprich zum Haushalt!)

Dr. Riedl (München) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Brandt, damit hier auch im Zusammenhang mit den Zwischenrufen kein falscher Eindruck entsteht: Niemand in diesem Saal und niemand in meiner Fraktion erkennt Ihnen an,

(Zurufe von der SPD: „Ab"!)

Dr. Riedl (München)

(A) — erkennt Ihnen nicht an, daß Sie sich in Fragen der Lösung von **Menschenrechtsungerechtigkeiten** einsetzen und daß Sie dabei Erfolge haben.

(Zuruf von der SPD: Das hörte sich eben aber anders an!)

Es darf aber in diesem Zusammenhang auch nicht verschwiegen werden, daß unter dieser Regierung — ich kenne genauso viele, viele Fälle, die glückhaft gelöst worden sind,

(Dr. Friedmann [CDU/CSU]: Jawohl!)

angefangen durch Sie, Herr Bundeskanzler Helmut Kohl, über den Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, über zahlreiche Ministerpräsidenten wie Franz Josef Strauß, Späth und Albrecht — ebenfalls in schwierigen Gesprächen Lösungen erzielt worden sind. Darüber sollten sich alle Demokraten gemeinsam freuen. Denn dies ist ja leider Gottes eine Daueraufgabe.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dies ist die dritte Lesung des Haushalts für 1986. Die Haushaltsdebatte — immer gegen Jahresende — ist für Regierung und Koalition eine sehr willkommene Gelegenheit, Rechenschaft zu geben, Bilanz zu ziehen, Soll und Haben in den Büchern offenzulegen. Ich bedauere, Herr Kollege Brandt — Sie hatten sicherlich gute Gründe dafür —, daß Sie in den letzten drei Tagen nicht hier waren. Für alle, die diese dreitägige Debatte verfolgt haben, sieht das (B) Fazit wie folgt aus: Diese Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat gehalten, was sie bei ihrem Amtsantritt laut Regierungserklärung versprochen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Erstens. Wir sind dabei und auf dem richtigen Weg, wenngleich dies noch eine schwierige, langwierige Aufgabe ist, den Bundeshaushalt endgültig wieder in Ordnung zu bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Widerspruch bei der SPD)

Zweitens. Die wirtschaftlichen Perspektiven sind in diesem Herbst so günstig wie seit vielen Jahren zuvor nicht.

(Zuruf von der SPD: Für wen?)

Drittens — und da spreche ich die Sozialdemokraten mit besonderem Ernst an —: Die Rentenfinanzen sind in Ordnung,

(Beifall bei der CDU/CSU)

die Preise sind stabil, und die Realeinkommen steigen.

(Beifall bei der CDU/CSU — [Kolb] [CDU/CSU]: Das glauben die nur nicht!)

Viertens. Eine kräftige Zunahme der Beschäftigung und eine großartige Ausbildungsbilanz kennzeichnen — bei aller Tragik der nach wie vor hohen Arbeitslosenzahl, die niemand von uns bestreitet und die wir als eine große Herausforderung für die Arbeit dieser Regierung und Koalition ansehen, meine Damen und Herren — den Arbeitsmarkt.

Fünftens. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie das Ansehen und die Stellung der deutschen Mark sind international weiter gestärkt. Wir alle sollten — ohne überheblich zu sein — angesichts der harten innenpolitischen Auseinandersetzungen über die vor uns liegenden Aufgaben auf dieses Ergebnis, auf diese Zwischenbilanz stolz sein. (C)

Was kann eine Opposition, die — das müssen Sie zugeben, das können Sie nicht bestreiten — vor drei Jahren das Handtuch geworfen, ihrem eigenen Kanzler den Rückhalt und das Vertrauen entzogen hat und vor allem wegen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der damaligen Koalition gescheitert ist, in dieser Lage tun? **Helmut Schmidt** hält ja jetzt gegen gutes Honorar weltweit Vorträge und erzählt dies im einzelnen. Es wäre nur schön, er würde es auch einmal hier im Deutschen Bundestag erzählen. Aber da gibt's keine Honorare, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zurufe von der SPD)

— Da Sie immer sagen, die Reichen würden durch uns immer reicher, ist es doch sicherlich erlaubt, auf diesen Zusammenhang einmal hinzuweisen, meine Damen und Herren. Oder schämen Sie sich dieser Tatsache?

(Beifall bei der CDU/CSU — Anhaltende Zurufe von der SPD)

— Immer dann, wenn der Gegner schreit, hat man ihn zu Recht getroffen. (D)

(Wieczorek [Duisburg] [SPD]: Dann haben wir gestern aber viel getroffen!)

Ich freue mich, daß es in diesem Fall wieder einmal gelungen ist.

Ich muß weiter fragen: Was kann eine Opposition tun, meine Damen und Herren, die in den nachfolgenden drei Jahren den wirtschaftlichen Aufschwung nicht unterstützt und die Sanierung der öffentlichen Finanzen nicht gefördert hat, sondern — wie auch in dieser Woche wieder drei Tage lang — falsche Prognosen verkündet, Tatarenmeldungen von sich gegeben, eine Verelendungspropaganda betrieben und damit das offenkundig wachsende Vertrauen gestört und eigentlich nur zur Verunsicherung beigetragen hat? Was muß eine solche Opposition tun? Ich meine, sie müßte in Sack und Asche gehen, meine Damen und Herren.

(Kolb [CDU/CSU]: Die Selbsterkenntnis fehlt denen leider! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU — Widerspruch bei der SPD)

Und schauen Sie sich doch einmal die Presse dieser Woche an. Ich nenne jetzt einmal nur die „Münchener Abendzeitung", in deren Ausgabe — das war ja ein Hurra-Blatt für die sozialliberale Koalition — vom letzten Mittwoch Sie auf Seite 3 einen vernichtenden Kommentar über Ihre haushalts- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen hier im Deut-

Dr. Riedl (München)

(A) schen Bundestag finden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU — Kolb [CDU/CSU]: Nicht zu vergessen die „Frankfurter Rundschau"!)

Und die „Münchener Abendzeitung" ist wahrlich kein Schwesterblatt des „Bayernkurier".

Mit Ihren wirtschaftspolitischen Vorschlägen war und ist — muß ich heute sagen — auch nach der Rede des Parteivorsitzenden der SPD die Sozialdemokratische Partei weiter auf dem Holzweg. Ihre Vorschläge werden von der Wirklichkeit überrollt, von der Dynamik des wirtschaftlichen Aufschwungs übersehen.

(Kolb [CDU/CSU]: Willy Wolke überschwebt alles!)

So bleibt der Opposition — und das ist auch ein trauriges Ergebnis der Debatte dieser Woche — eigentlich nur der Ausweg, die positive Bilanz dieser Regierung als „Umverteilung zugunsten der Reichen" anzuprangern.

(Walther [SPD]: Ist es doch auch!)

— Herr Kollege Walther, das wird ja nicht dadurch klüger, daß Sie es ständig wiederholen. Sie blamieren sich doch immer nur. Wenn Sie wenigstens aus Ihren Fehlern lernen würden, dann wäre das in dieser Woche eine positive Bilanz für die Sozialdemokraten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B) Die Regierung Kohl hat zugepackt.

(Zurufe von der SPD)

Sie hat die Ängste und den Neid, den Sie geschürt haben, zurückgewiesen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich kann nur sagen, die einen spucken eben in die Hände, und die anderen spucken immer nur in die Suppe; und das ist Ihr Beitrag, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU — Kolb [CDU/CSU]: Dann schmeckt die Suppe aber nicht mehr!)

— Dann würde ich aber wie der Suppenkaspar sagen: „Eure Suppe eß' ich nicht."

(Heiterkeit — Dr. Vogel [SPD]: Aber der Suppenkaspar ist daran gestorben!)

— Herr Kollege Vogel, wer ist denn schon unschlagbar im Hinblick auf Lebenslänglichkeit? Das wissen Sie doch als langerprobter Sozialdemokrat, von München über Berlin nach Bonn gekommen. Lebenslängliche Garantie hat in der Politik keiner. Das nehme ich auch für uns nicht in Anspruch. Das ist doch selbstverständlich.

(Dr. Vogel (SPD): Was hat das mit dem Suppenkaspar zu tun?)

Nun darf ich einmal den Herrn Altbundeskanzler Willy Brandt, der uns heute in der dritten Lesung die Ehre gegeben hat — —

(Dr. Hackel [CDU/CSU]: Uralt-Kanzler!)

(C) — Das Interessanteste war seine neue Rolle als Medienverkünder: Grüße von Haus zu Haus, von Willy Brandt an Johannes Rau. Hoffentlich verkündet er in zwei Jahren nach der verlorenen Bundestagswahl 1987 für die Sozialdemokraten nicht: „Wärst du doch in Düsseldorf geblieben!"

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Das wäre auch eine Botschaft an das erstaunte Volk.

Herr Kollege Brandt, ich will noch einmal ein Zitat bringen, das ich hier im Deutschen Bundestag als junger Abgeordneter gehört habe. Es lautet:

> Eine stetige Wirtschaftsentwicklung ist die beste Grundlage des gesellschaftlichen Fortschritts. Sie schafft das Klima, in dem sich private Initiative, Risikobereitschaft und Leistungsfähigkeit entfalten können. Sie sichert die Arbeitsplätze, schützt die steigenden Einkommen und wachsenden Ersparnisse vor der Auszehrung durch Preissteigerungen.

Das Zitat stammt aus der **Regierungserklärung von Willy Brandt,** abgegeben vor dem Deutschen Bundestag am 28. Oktober 1969.

(Dr. Vogel (SPD): Das stimmt heute noch!)

— Das stimmt heute noch. Da haben Sie völlig recht, Herr Kollege Vogel.

Und dann kam — und das möchte ich gerne an dieser Stelle wiederholen — ein Satz aus dieser Regierungserlärung:

(D)

> Solidität wird die Richtschnur unserer Finanzpolitik sein.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Damals, als Franz Josef Strauß Bundesfinanzminister in der Großen Koalition war und einen **Finanzierungsüberschuß** von 1,2 Milliarden — nicht Lire —

(Heiterkeit)

D-Mark hinterlassen hat, hat Willy Brandt gesagt — und da saßen wir alle wie versteinert: „Die neue Welt beginnt!"; der Wahlslogan vorher lautete: „Laß doch mal die anderen ran!"; leider haben wir das machen müssen, weil der Wähler das so entschieden hat —:

(Kolb [CDU/CSU]: Das Ergebnis tut uns heute noch weh!)

> Wir dürfen allerdings nicht verschweigen,

— 1969! —

> daß die Situation weniger günstig ist, als sie von bestimmter Seite dargestellt wurde.

1,2 Milliarden Finanzüberschuß, Plus in der Kasse! Das war nach Willy Brandt schon eine schlimme Sache.

Meine Damen und Herren, der Bundeshaushalt 1986 — damit will ich wieder auf die aktuelle Situation zu sprechen kommen — ist der vierte Haushalt dieser Bundesregierung in ununterbrochener Reihenfolge, der sich durch eine sparsame Ausgabengestaltung und eine sinkende Neuverschuldung

Dr. Riedl (München)

(A) auszeichnet. Herr Kollege Wieczorek, ich habe heute nacht kurz vor Mitternacht noch Ihre Ausführungen zum Haushaltsgesetz sehr genau verfolgt und sage Ihnen: Es geht doch im Prinzip nicht darum, daß von uns behauptet würde, die Schulden würden immer weniger. Aber der **Schuldenzuwachs** wird weniger!

(Zurufe von der CDU/CSU: So ist das! — Richtig!)

Der wird abgebaut! Begreifen Sie doch bitte, daß es hier um die Verringerung des Schuldenzuwachses geht!

(Dr. Vogel [SPD]: Bundesbank!)

— Natürlich!

(Dr. Vogel [SPD]: Bundesbankgewinnler!)

— Wir sehen das doch, Herr Kollege Vogel! Wir sind doch keine Selbsttäuscher, die nicht wüßten, vor welcher schwierigen Aufgabe wir in den nächsten Jahren stehen. Aber diese Schwierigkeiten können nur wir bewältigen, Sie leider Gottes nicht, und deshalb hat der Wähler uns auch die Mehrheit gegeben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Weil immer so vom **„Totsparen"** geredet wird, will ich noch sagen: Meine Damen und Herren, Sparsamkeit ist für uns doch kein Selbstzweck, sondern Sparsamkeit gibt uns schlicht und einfach den (B) Handlungsspielraum für beschäftigungwirksame und zukunftssichernde Maßnahmen, für eine aktive Sozialpolitik, insbesondere zugunsten der Familien,

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

und — das sage ich jetzt auch an die Adresse von Nordrhein-Westfalen und an die Adresse der SPD — für die Lösung nach wie vor schwieriger Strukturprobleme in der Landwirtschaft, bei Kohle, bei Stahl und bei den Werften.

Mit dem Bundeshaushalt 1986 erfogt — darin unterscheidet er sich von den Haushalten früherer Jahre — eine wichtige Weichenstellung. Wir wagen nämlich erstmals den Schritt zu kräftigen **Steuerentlastungen,** ohne den Konsolidierungskurs zu gefährden. Das ist das Kunststück, das Bundesfinanzminister Stoltenberg fertiggebracht hat!

Meine Damen und Herren, wir nutzen auch den neuen Handlungsspielraum im Bundeshaushalt und die Möglichkeiten der Sondervermögen des Bundes und seiner Kreditinstitute für gezielte **beschäftigungsfördernde Maßnahmen.** In diesem Zusammenhang habe ich etwas noch nicht begriffen — vielleicht können Sie es mir heute noch erklären —: Da führt der Bundespostminister ein Programm von über 1,5 Milliarden DM zur Durchsetzung der **Breitbandverkabelung** in der Bundesrepublik Deutschland durch, ein Beschäftigungsprogramm, das Zehntausende von Arbeitsplätzen schafft und sichert, und die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften haben von früh bis abends nichts anderes zu tun, als diesen Postminister deshalb zu beschimpfen. Das begreife ich nicht mehr! (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich verstehe nicht, warum eine solche Initiative, die Arbeitsplätze schafft, ausgerechnet von denen bekämpft wird, die ständig Beschäftigungsprogramme fordern.

Gleichzeitig verbessern wir — auch das möchte ich in dieser dritten Lesung herausstellen — die Rahmenbedingungen für Investitionen auf Dauer, indem wir die **Abschreibungsregelungen für Wirtschaftsgebäude** entsprechend den Regelungen in anderen Ländern verbessern. Die Opposition hat gerade diese Maßnahme außerordentlich heftig kritisiert, und zwar auch wieder unter dem Generalnenner „Die Reichen werden immer reicher". Ich kann mich eigentlich über diese Argumentation nur wundern, denn Steuergeschenke an die Wirtschaft haben doch Sie verteilt, meine Damen und Herren, zuletzt noch im Jahre 1982 mit Ihrer **Investitionszulage,** die den Steuerzahler mehr als 7 Milliarden DM gekostet hat. Das war ein eklatantes Steuergeschenk, nichts anderes!

(Carstens [Emstek] [CDU/CSU]: So ist es!)

Eine verbesserte Abschreibungsregelung hingegen ist — das muß man auch begreifen — kein Steuergeschenk, sondern ein Vorziehen von Abschreibungen mit einer Nachholwirkung in den späteren Jahren.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

(D) Meine Damen und Herren, zusätzliche beschäftigungswirksame Mittel in Milliardenhöhe für Stadtsanierung und Dorferneuerung, für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bei Bahn und Post, für den Umweltschutz und für strukturschwache Bereiche in Verbindung mit den geplanten Steuerentlastungen und den durch die Umweltschutzpolitik induzierten Privatinvestitionen z. B. durch den Vollzug der sogenannten Großfeuerungsanlagenverordnung stellen ein Beschäftigungsprogramm dar, das von seinem Umfang und von seinen Beschäftigungswirkungen her Ihr Programm weit in den Schatten stellt, weil es effektiver ist.

Meine Damen und Herren, aus zeitlichen Gründen kann ich das Umweltprogramm der SPD jetzt nicht auseinanderklamüsern; das werden wir im Ausschuß noch tun.

(Kolb [CDU/CSU]: Es lohnt sich auch nicht!)

— Nun, wir werden uns schon damit befassen, damit die Sozialdemokraten merken, daß — das haben wir doch 30 Jahre lang erlebt — diese Programme so, wie sie sie gestalten, keine Beschäftigung bringen, sondern auf Dauer sogar Beschäftigung abbauen. Aber vielleicht unternehmen wir noch einmal einen letzten Versuch; man soll die Hoffnung ja nicht aufgeben, daß der Mensch immer noch bereit ist dazuzulernen.

Diese Koalition — ich muß es immer wieder sagen — ist im Bereich der Wirtschafts-, der Haushalts- und der Finanzpolitik außerordentlich erfolg-

Dr. Riedl (München)

(A) reich gewesen. Wir sind fest entschlossen, auf dieser guten Basis in der nächsten Legislaturperiode unsere Politik gemeinsam fortzusetzen für mehr Beschäftigung, für sichere Arbeitsplätze, für steigende Realeinkommen als Frucht eines inflationsfreien Wachstums und für soziale Korrekturen. Herr Kollege Brandt, dies ist uns genauso wie Ihnen ein echtes Anliegen für Benachteiligte und Schwache in unserer Gesellschaft. Dieses Problem wird man hundertprozentig wahrscheinlich nie lösen können. Uns geht es darum, uns an eine Lösung möglichst stark anzunähern. Dabei wären wir für die Unterstützung durch die große Sozialdemokratische Partei — natürlich als Oppositionspartei — sehr dankbar.

Steuerentlastungen werden ein wesentliches Kennzeichen unserer weiteren Regierungspolitik sein.

(Suhr [GRÜNE]: Wer soll sie bezahlen?)

Diese Regierung ist eine Regierung der Steuerentlastungen. Dagegen ist die SPD — ich komme jetzt zwangsläufig auf den Wahlkampf, meine Damen und Herren; denn das wird im Wahlkampf eine wichtige Rolle spielen — bei all ihrer Problematik für massive Steuererhöhungen. Das sollte der Bürger wissen. Auch wenn es den Wahlkampf bereits vorwegnimmt, muß gesagt werden, daß das die Realität ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir scheuen dieses Kontrastprogramm nicht. (B) Dem gutverdienenden Facharbeiter, der berufstätigen Ehefrau, den engagierten Ingenieuren und Technikern, den kleineren Handels- und Gewerbetreibenden, den Freiberuflern, den Landwirten, ihnen allen werden wir schon klarmachen, was es heißt, die SPD mit ihrer Horrorliste von geplanten Steuererhöhungen zu wählen. Die SPD will dem Fleißigen und Tüchtigen damit ein Würgeeisen um den Hals legen

(Dr. Rose [CDU/CSU]: Schon wieder!)

und die Luft zum Atmen nehmen. Und wir werden ihnen klarmachen, was es heißt, der CDU/CSU-FDP-Koalition auch in den nächsten vier Jahren das Vertrauen zu schenken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Kolb [CDU/CSU]: Nicht zu vergessen, was die SPD bei den Betrieben vorhat!)

Meine Damen und Herren, wir haben mit unserer Politik die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft dauerhaft verbessert und sind damit ebenfalls außerordentlich erfolgreich. So rechnet das **Ifo-Institut** für das laufende Jahr mit einem Anstieg der Investitionen in Bauten und Ausrüstungen von 16 %; preisbereinigt sind es immer noch 13 %. Eine derart kräftige Steigerung der **Realinvestitionen** wurde **im verarbeitenden Gewerbe** schon lange nicht mehr beobachtet, stellt das Ifo-Institut fest. Auch im kommenden Jahr wollen nach den neuesten Umfrageergebnissen gut die Hälfte der beauftragten Unternehmen mehr investieren als 1985. Das ist eine sensationelle Botschaft. Sie muß hier in Bonn und im Parlament mit entsprechender

(C) Politik erfüllt werden, damit sich das Vertrauen in der Wirtschaft auch in Heller und Pfennig, in Arbeitsplätzen, in mehr Beschäftigung und damit in mehr soziale Wohlfahrt draußen umsetzt.

(Kolb [CDU/CSU]: Bei der SPD gilt nur, was der Staat macht!)

Ich möchte jetzt einmal zitieren, was zwar schon häufig zitiert worden ist, aber um so weniger beachtet wird — jedenfalls auf seiten der Opposition —, je häufiger es zitiert wird. Es ist ein Zitat des **Bundesbankpräsidenten Pöhl** vom November 1982, in dem er die Zusammenhänge in einer unwahrscheinlichen Klarheit erläuterte. Da heißt es wörtlich:

> Ohne eine deutliche Verbesserung der Ertragslage wird es keine höheren Investitionen geben und ohne höhere Investitionen keinen Konjunkturaufschwung und keine Verringerung der Arbeitslosenzahlen. Wem das Schicksal der Arbeitslosen wirklich am Herzen liegt, wer mehr Beschäftigung und eine Erhaltung der Realeinkommen will, der muß auch für bessere Unternehmenserträge und eine bessere Eigenkapitalausstattung eintreten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, Herr Pöhl ist doch nicht Mitglied der CSU oder der CDU; der steht doch Ihnen weitaus näher als jeder anderen Partei. Nun glauben Sie es ihm doch endlich! Wenn ich Unternehmer wäre und das Gerede der SPD, angefangen von Herrn Wolfgang (D) Roth bis hin zu allen anderen, hier hören würde: Ich würde mir auch überlegen, ob ich unter einer solchen Regierung, wenn es die je geben würde, investieren würde.

(Zuruf von der CDU/CSU: In Hessen!)

Das geht doch nicht. Aber Sie sollten aus den Erfahrungen der Bundesbank endlich lernen!

Ich komme jetzt auf einen Punkt zu sprechen, der mich und viele, viele meiner Freunde, die wir in der Politik sind, weil wir uns dem Einsatz für das Soziale, für die **Sozialpolitik** und für die Menschen in unserem Land in besonderer Weise verpflichtet fühlen, unwahrscheinlich betroffen macht: daß Sie unsere Politik, wie es die Frau Fuchs gestern wieder getan hat, Frau Kollegin Fuchs, als kalt und unbarmherzig, als unsozial und als Störer des sozialen Friedens bezeichnet haben.

(Beifall bei der SPD — Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Unchristlich sogar!)

Frau Kollegin Fuchs, ich frage Sie jetzt einmal: Ist es unsozial und ist es kalt und unbarmherzig, daß wir in diesem und im kommenden Jahr über 500 000 neue Arbeitsplätze schaffen, weil wir eine bessere Ertrags- und Investitionskraft der Unternehmen herbeigeführt haben?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Wer schafft die denn?)

Dr. Riedl (München)

(A) Ist es unsozial und unbarmherzig, daß wir Jahr für Jahr

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: 2,2 Millionen Arbeitslose!)

neue Ausbildungsrekorde zu verzeichnen haben,

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Das haben Sie gemacht?)

im laufenden Jahr rund 100 000 Lehrverträge mehr als 1981?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Frau Kollegin Fuchs, legen Sie einmal Ihren sozialdemokratischen Mantel ab und denken Sie einmal als Staatsbürger wie der Staatsbürger draußen!

(Kolb [CDU/CSU]: Das wird sie nie schaffen! — Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Sie sind unbarmherzig!)

Dann frage ich Sie: Ist es unsozial und unbarmherzig, daß wir mit der Rückkehr zu stabilen Preisen vor allem die Kaufkraft der Einkommensschwächeren

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Rente auf Pump!)

und der kleinen Sparer gestärkt haben?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ist es unbarmherzig und unsozial, daß die Realeinkommen wieder steigen,

(B)

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Sie nehmen es doch wieder über höhere Krankenversicherungsbeiträge! Das stimmt doch nicht!)

daß die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik um rund ein Drittel über dem Niveau von 1982 liegen?

Ist es unsozial und unbarmherzig, daß die Kurzarbeit nach wie vor abnimmt und nahezu verschwunden ist? Ist es unsozial und unbarmherzig, daß ein Rekordrentenniveau erreicht wird, nämlich 10,5 Prozentpunkte höher als 1970?

Ist es unsozial und unbarmherzig — hören Sie sich das nur an, und dann antworten Sie bitte mit ja oder mit nein darauf! —,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

daß wir erstmals in unserer Sozialgeschichte Kindererziehungszeiten in der Rente berücksichtigen?

Ist es unsozial und unbarmherzig, daß wir erstmals in der Geschichte Deutschlands ein Erziehungsgeld eingeführt haben?

(Kolb [CDU/CSU]: Für alle! — Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Und unsoziale Kinderfreibeträge!)

Ist es unsozial und unbarmherzig, daß wir das Wohngeld um 30% erhöht haben? Um 30%! Noch nie gab es in der Bundesrepublik Deutschland ein so hohes Wohngeld wie im Jahre 1986.

(Zurufe von der SPD)

(C) — Ich weiß, daß Ihnen das weh tut. Aber Sie haben mir in dieser Debatte auch weh getan, als Sie uns vorgeworfen haben, wir seien unsozial gewesen.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Sind Sie!)

Ist es unsozial und unbarmherzig, daß die Steuern in zwei Stufen um 20 Milliarden DM gesenkt werden und daß die Familien insgesamt um 10 Milliarden DM finanziell bessergestellt werden, daß wir seit 1982 — wir, diese Regierung von Helmut Kohl und der FDP — die Sozialausgaben von 1982 bis heute um 45 Milliarden DM erhöht — nicht gekürzt! — haben?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Wegen der Arbeitslosigkeit!)

Ist es schließlich unsozial, daß sämtliche Sozialausgaben in der Bundesrepublik Deutschland sich im Jahr auf 572 Milliarden DM belaufen?

Meine Damen und Herren, ich könnte diese Liste fortsetzen. Hören Sie doch endlich mit dieser **Verhetzung unserer Bevölkerung** auf, und ersparen Sie sich diese unglaublichen Vorwürfe!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Nein!)

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob er hier ist. Wenn er nicht hier ist, werfe ich es ihm persönlich auch nicht vor. Aber zu den erschütternden Verleumdungen der Politik der CDU/CSU gehört dieses **Mieterflugblatt**, das der Präsident des Deutschen Mieterbundes vor der letzten Bundestagswahl verteilt hat. Er hat sogar draufgeschrieben: Bitte weitergeben. — Deshalb habe ich es auch bekommen, und ich habe es mir aufgehoben.

(D)

Meine Damen und Herren, bevor ich Ihnen das vorlese, nenne ich Ihnen die Zahlen, die Minister Schneider vor wenigen Tagen bekanntgegeben hat. Die vor allem aus Mietersicht außerordentlich günstige Entwicklung am Wohnungsmarkt wird am drastischen Rückgang der Mietsteigerungsraten besonders deutlich. Wir haben im Oktober 1985 bei den frei finanzierten Wohnungen in Deutschland einen Mietanstieg von sage und schreibe nur noch 1,8%. Damals hat der SPD-Abgeordnete und Präsident des Mieterbundes, Herr **Jahn** — mit der Adresse an den Bürger, uns nicht zu wählen —, geschrieben: Wohnen wird wieder zum Risiko. — Wo ist denn das Wohnen ein Risiko? Bei der Neuen Heimat, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU/CSU)

— Hören Sie sich das einmal an! — Er schrieb weiter: Vermieter werden bereichert, obwohl dadurch nicht eine einzige Wohnung gebaut wird, die der kleine Mann bezahlen kann. — Wo ist denn das passiert? Bei der Neuen Heimat, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Weiter: Eine Mietenexplosion droht. — 1,4% Mietsteigerung haben wir. — Und das letzte: Wohngeldkürzungen: 200 Millionen DM sollen eingespart werden. — 900 Millionen DM mehr gibt es im Jahre 1986 durch unsere Politik. Schämen Sie sich für

Dr. Riedl (München)

(A) eine solche Wahlpropaganda, die in nichts zusammengebrochen ist!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich sage es Ihnen ja nur, damit Sie vor der nächsten Bundestagswahl keinen solchen Unfug und keine solche Verleumdung mehr machen.

(Kolb [CDU/CSU]: Der Herr Jahn ist auch nicht da!)

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Riedl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Müntefering?

Dr. Riedl (München) (CDU/CSU): Das geht aus zeitlichen Gründen nicht; meine Redezeit ist vorgeschrieben.

Vizepräsident Cronenberg: Die Zeit wird Ihnen nicht angerechnet, Herr Abgeordneter Riedl.

(Zurufe von der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Riedl (München) (CDU/CSU): Ich möchte mich an die Redezeit halten.

Meine Damen und Herren, ähnlich ist es mit den **Renten.** Der Mietenlüge ist die Rentenlüge gefolgt, und jedes Jahr versucht die Opposition, unsere Rentner zu verunsichern.

(Dr. Hackel [CDU/CSU]: Das ist unbarmherzig und unsozial!)

(B) Es gelingt ihr nicht. Auch in dieser Debatte haben Sie es wieder versucht, meine Damen und Herren. Ich unterstreiche eingedenk unserer eingehenden Beratungen im Haushaltsausschuß auch für meine Fraktion, was Bundesminister Blüm hier gesagt hat — darauf kann sich jeder draußen im Land verlassen —: Unsere Renten sind finanziell gesichert, und es gibt keine Rente auf Pump.

(Zustimmung bei der CDU/CSU — Zurufe von der SPD: Doch!)

Rente auf Pump ist, wenn man so verfährt, wie die Finanzminister Apel und Matthöfer unter Helmut Schmidt verfahren sind, indem sie eine höhere Nettokreditaufnahme ausgewiesen haben, als die Geldausgaben für Investitionen betragen haben. Das ist Rente auf Pump, denn die Gehälter und Renten sind damit über die Nettokreditaufnahme bezahlt worden.

Meine Damen und Herren, wir haben auch die letzte Ungewißheit beseitigt und — das ist etwas, was es, außer im letzten Jahr, erst zum zweitenmal im Haushalt gibt — mit § 24 des Haushaltsgesetzes Vorsorge getroffen, daß auch die bekannten Liquiditätsprobleme im November und Dezember gesetzmäßig abgesichert werden.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Also doch!)

Dem haben Sie, dem haben wir im Haushaltsausschuß zugestimmt, damit der Bürger, der Rentner, die gesetzliche Garantie für seine Rente auch in den Zeitabläufen des Jahres hat, in denen es durch die enormen Einnahmen- und Ausgabensprünge in (C) der Rentenversicherung bekannterweise Liquiditätsprobleme gibt.

(Beifall des Abg. Carstens [Emstek] [CDU/CSU])

Meine Damen und Herren, das ist gesetzlich abgesicherte Vorsorge für den Rentner.

(Dr. Friedmann [CDU/CSU]: Wir brauchen den Rahmen gar nicht!)

Ich darf zusammenfassend folgendes feststellen: Die Haushalts-, die Finanz- und die Währungspolitik dieser Bundesregierung sind eine Politik aus einem Guß. Ich möchte mich beim Herrn Bundeskanzler, aber stellvertretend für das gesamte Kabinett natürlich bei — ich habe ihn im letzten Jahr als das „Flaggschiff dieser Bundesregierung" bezeichnet — Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg für seine ausgezeichnete Arbeit bedanken, die er in den vergangenen knapp drei Jahren für unser Land, für die Bundesrepublik Deutschland und damit für alle Bürger unserer Heimat und unseres Vaterlandes geleistet hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Stoltenberg, gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung. Sie kommen aus dem hohen Norden. Ich komme aus Bayern, aus München. Es macht einen Riesenspaß, mit Ihnen als dem sogenannten „Kühlen aus dem Norden" zusammenzuarbeiten. Sie haben den Charme der Norddeutschen mit der Zurückhaltung der Bayern

(Heiterkeit)

(D) in einer so charmanten Weise in sich vereinigt, daß ich nur sagen kann: Machen Sie weiter so; wir freuen uns darauf, in den nächsten Jahren mit Ihnen im Haushaltsausschuß zusammenzuarbeiten.

Das Jahr 1985 war erneut und ohne Zweifel ein Gewinn für unser Vaterland. Die Koalition aus CDU, CSU und FDP ist eine erfolgreiche Koalition. Dies wird sich auch im Rahmen der politischen Vorgaben, die dieser Haushalt für 1986 gibt, im Jahre 1986 erweisen. Wir können mit Zuversicht Anfang 1987 den Wählern eine Bilanz vorlegen, die im Vergleich zur katastrophalen Situation von 1981 und 1982 die Wende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik überdeutlich macht.

Der Bundeshaushalt 1986 ist ein weiterer wichtiger Baustein unserer Politik der Solidität, der Beharrlichkeit und der Verläßlichkeit.

Meine Damen und Herren, was einen Politiker sicherlich auch freut: Die heutige Jugend ist wieder zuversichtlich. EMNID hat vor einigen Tagen festgestellt, daß 78 % unserer Jugend sehr zufrieden und zuversichtlich in die Zukunft schauen. Es gibt bei der Jugend der Bundesrepublik Deutschland kein „no future" mehr. „No future" gab es, solange Sie von der SPD regiert haben. Die Jugend blickt nach vorn, die Jugend freut sich, in diesem Land leben zu können.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden dieser Jugend helfen, daß sie sich auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in un-

Dr. Riedl (München)

(A) serer Bundesrepublik Deutschland genauso wie alle anderen wohlfühlen wird.

(Rusche [GRÜNE]: Was wissen Sie denn von der Jugend!)

Ich möchte Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem Haushalt für 1986 zustimmen wird.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Kleinert (Marburg).

Kleinert (Marburg) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Riedl, bei Ihrer Rede habe ich streckenweise um Ihren Kreislauf gefürchtet.

(Dr. Riedl [München] [CDU/CSU]: Keine Angst!)

Deshalb lassen Sie sich einmal sagen: Sie sind ja persönlich ein ganz anständiger Mensch. Aber Sie haben den Begriff der Suppe hier eingeführt. Deshalb sage ich: Die Rede, die Sie gehalten haben, war die Rede eines geistigen Suppenkaspers, Herr Kollege Dr. Riedl.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Ich will mich deshalb gleich der Gesamtbilanz dieser vier Tage Haushaltsdebatte zuwenden.

(B) (Dr. Rose [CDU/CSU]: Wenn einer so aussieht wie Sie! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Ach, Klaus Rose!

Vizepräsident Cronenberg: Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter. — Meine Damen und Herren, Zwischenrufe sind sicher das Salz in der Debatte. Aber versalzen Sie sich bitte die Suppe nicht, indem Sie zuviel Gebrauch davon machen.

Kleinert (Marburg) (GRÜNE): Herr Präsident, der Kollege Rose ist ohnehin auf dem Fußballfeld besser als im Parlament aufgehoben.

(Dr. Rose [CDU/CSU]: Ich bedanke mich!)

Vier Tage Haushaltsdebatte, das war nicht nur eine anstrengende, das war im wesentlichen bislang auch eine ziemlich deprimierende Veranstaltung.

(Dr. Hackel [CDU/CSU]: Immer dann, wenn die GRÜNEN geredet haben!)

Ich habe das jetzt zum drittenmal erlebt. Zum drittenmal habe ich Ihre ganzen **frohen Botschaften** vernommen, die frohen Botschaften, die diese Bundesregierung seit Jahr und Tag verkündet. Da werden die Segnungen des wirtschaftlichen Aufschwunges ausgemalt, da schmückt sich der Herr Stoltenberg mit dem Lorbeerkranz des erfolgreichen Sanierers der Staatsfinanzen, und da wird die Kritik der Opposition auf eine Weise abgetan, daß man meinen könnte, die Koalitionsfraktionen lebten in einer ganz anderen Welt. Die grünen Änderungsanträge, die Schritte in Richtung ökologischer Sofortmaßnahmen, in Richtung Abrüstung und Entmilitarisierung, in Richtung einer sozialen Grundsicherung angeben, werden niedergestimmt.

(C)

(Ströbele [GRÜNE]: Skandalös!)

Dabei bleibt es eine schlichte Tatsache, daß der Bundeshaushalt 1986 so, wie Sie ihn heute mittag verabschieden werden, keine Antworten auf die zentralen Probleme der Gesellschaft der Bundesrepublik gibt. Es bleibt eine Tatsache, daß dort, wo Antworten gegeben werden, die falschen Antworten gegeben werden.

Ökologisch ist dieser Bundeshaushalt verantwortungslos. Die 19 Millionen DM Aufstockung im Etat des Bundesinnenministers sind angesichts der tatsächlichen Probleme ein läppischer Betrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht einmal die dringendsten Maßnahmen zur Sanierung von Luft, Böden und Wasser wollen Sie verwirklichen. Die ganze Umweltpolitik des Innenministers entpuppt sich hier, wo es ums Geld geht und damit ums Eigentliche, als bloße Sprechblasenrhetorik. Der starke Friedrich Zimmermann — das hat sich hier wieder einmal gezeigt — ist in Wahrheit nur ein umweltpolitischer Hanswurst.

(Hinsken [CDU/CSU]: Was erlauben Sie sich eigentlich! Eine Frechheit! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Jetzt zähmen Sie sich einmal, Herr Rossmanith.

Der stolze Haushaltssanierer Stoltenberg hat einmal mehr die bekannten **Halbwahrheiten und Schönfärbereien** vorgetragen. Der Konsolidierungserfolg, den Sie so gerne beschwören, beruht zum großen Teil auf den heimlichen Steuererhöhungen und auf dem buchhalterischen Trick,

(D)

(Vogel [München] [GRÜNE]: Richtig!)

mit dem die 12,5 Milliarden DM Bundesbankgewinn als Bestandteil des Bundeshaushalts ausgewiesen werden. Diese Haushaltssanierung wird vor allem auf dem Rücken der Arbeitslosen und all derjenigen ausgetragen, denen Sie in den letzten Jahren die sozialen Leistungen weggekürzt haben, meine Damen und Herren. Das ist im Detail in den letzten Tagen hier vorgetragen worden. Trotz allen Aufschwunggeredes und trotz Ihrer ganzen geschönten Zukunftsversprechen ist das eine Tatsache.

Es ist eine Tatsache, daß Sie mit Ihrer Haushaltspolitik die **Massenarbeitslosigkeit** festschreiben. Da können Sie noch so lange die Prognosen des Sachverständigenrats in den Himmel loben. Es bleibt dabei: Die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Sie vorschlagen, weist keine Perspektiven. Sie weist sie ebenso wenig den Arbeitslosen wie denen, die unter das fallen, was man heute die neue Armut nennt.

Das Gegenteil ist richtig. Wenn sich dieser Kurs fortsetzt, werden wir spätestens beim nächsten konjunkturellen Abschwung eine weitere drastische Zunahme der Massenarbeitslosigkeit erleben. Sie wissen im Grunde genausogut wie ich: Ihr ökologisch ohnehin fragwürdiges Wirtschaftswachstum, auf das Sie setzen, kann überhaupt nicht dazu führen, daß die Massenarbeitslosigkeit beseitigt wird.

Kleinert (Marburg)

(A) Denn so viel Wachstum, wie Sie dafür brauchen, ist gar nicht drin, selbst wenn man es wollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn der Herr Blüm gestern hier vorgetragen hat, von dieser Regierung werde eine Politik gemacht, die nur das verspricht, was sie auch halten kann, dann kann ich dazu nur sagen: Das war eine neuerliche Kostprobe Ihrer Karnevalsrhetorik, Herr Blüm. Mit der Realität hat das nichts zu tun. Denn schließlich haben auch Sie mit zu denen gezählt, die uns hier vor zwei Jahren weismachen wollten, daß es schon 1986 eine Million Arbeitslose weniger gäbe, daß Sie schon 1986 eine Million Arbeitslose von der Straße geholt hätten, meine Damen und Herren. Das waren die Versprechungen, die damals zu hören waren.

(Vogel [München] [GRÜNE]: Davon will er heute nichts mehr wissen!)

Der Herr Blüm war es, der im Frühjahr 1984 angekündigt hat, die Vorruhestandsregelung würde 150 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Bis jetzt haben Sie vielleicht gerade ein Zehntel davon erreicht.

Das sind die Versprechungen auf der einen Seite und die Realität auf der anderen Seite. Ihre Zunge sitzt sehr locker, Herr Blüm, aber mit der Umsetzung der Versprechungen ist es dann weiß Gott nicht weit her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Ankündigungsminister wie Herr Zimmermann, Karnevalsrhetoriker wie der Herr Blüm und eiserne Sparkommissare wie der Herr Stoltenberg, das sind dabei noch die Glanzlichter dieser Bundesregierung, einer Bundesregierung, deren Konzept im Blick auf 1987 ohnehin in die Richtung geht: ablenken von den Alltagsrealitäten, ablenken von den Tatsachen, hin zum Erzeugen von Stimmungen, von Zukunftsoptimismus, von Grundströmungen, die in die Richtung gehen: frohe Botschaften verkünden, Optimismus schaffen, zupacken, „Wir schaffen es schon!", Verdrängen der wirklich sozialen Realität, der sozialen Verhältnisse,

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schaffen positiver Grundstimmung nach amerikanischem Vorbild. „Be positive", das ist das Stichwort. Das soll ausgegeben werden. So soll der Wahlkampf geführt werden. Von der wirklichen sozialen Realität, von der ökologischen Realität in der Bundesrepublik Deutschland soll abgelenkt werden. Das wird auch Ihr Konzept für den Wahlkampf für 1987 sein. Dafür werden allerlei Mittel eingesetzt. Das führt sogar so weit, daß Sie so tun, als wären selbst Boris Becker und die Weltraumfahrer geradezu die Kronzeugen für den Erfolg dieser Bundesregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN — Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Eher als die GRÜNEN!)

Denn sie sollen symbolisieren: Wir leisten wieder etwas. Daran wird der angebliche Erfolg dieser Regierung sichtbar, als hätte der Bundeskanzler gewissermaßen mit seiner Rückhand im Wimbledon (C) selber mitgewonnen, meine Damen und Herren.

(Ströbele [GRÜNE]: Boris for Kanzler!)

Wenn man im Sommer gesehen hat, wie der Herr Kohl auf dem Kinderfest in Bonn medienträchtig den Rockzipfel des neuen deutschen Lieblings aller Altersklassen zu erhaschen suchte, weiß man, was uns da nächstes Jahr im Wahlkampf noch bevorstehen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, über die Verbreitung solcher positiver Grundstimmungen wollen Sie die nächste Bundestagswahl gewinnen und dabei vergessen machen, daß es Ihnen vor allen Dingen darum geht, eine harte politische **Interessenvertretung** für eine bestimmte politische Klientel zu betreiben. Das zeigt sich nicht nur da, wo diese Regierung Steuergeschenke verteilt und Umverteilung betreibt, es zeigt sich in diesen Tagen an einer Frage ganz besonders, an der Absicht der Regierungsparteien, über die Änderung des § 116 AFG das **Streikrecht** praktisch außer Kraft zu setzen.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Was Sie hier vorbereiten, betrifft direkt ein verfassungsmäßiges Grundrecht. Deshalb haben die Gewerkschaften völlig recht, wenn sie diese Vorstöße als einen Anschlag auf die Grundfesten ihrer Existenz verstehen.

(D) (Kolb [CDU/CSU]: Können Sie eigentlich auch reden, oder können sie nur lesen?)

Wenn diese Vorstellungen der Regierungskoalition zum Zuge kommen sollten, dann wäre die soziale Realität in der Bundesrepublik eine andere geworden, dann hätte sich das Kräfteverhältnis in dieser Gesellschaft wesentlich zugunsten der Unternehmer und der konservativen Seite verschoben. Das ist die soziale und politische Realität. Das ist der Hintergrund Ihrer frohen Botschaften. Das sind die wirklichen gesellschaftspolitischen Ziele, um die auch im Bundestagswahlkampf 1987 gestritten werden wird.

(Kolb [CDU/CSU]: Sie können nicht mal eine frohe Botschaft bringen!)

Das werden Sie durch Ihren ganzen Optimismus nicht verdecken können; denn es sind in den letzten Jahren immer mehr Menschen geworden, die gemerkt haben, wohin Ihre Politik zielt.

(Kolb [CDU/CSU]: Bei Ihnen wendet sich der Gast mit Grausen!)

Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, daß das noch mehr Menschen werden. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, daß diese Regierung 1987 abgelöst werden kann.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie werden mit Sicherheit abgelöst!)

Wir werden daran mitarbeiten, auch wenn wir Zweifel haben, ob es das richtige Konzept sein kann, ...

(A)

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter, Sie sind deutlich — —

Kleinert (Marburg) (GRÜNE): Ich bin beim letzten Satz, Herr Präsident.

... wenn die SPD mit dem Kanzlerkandidaten Rau so etwas wie eine Fortsetzung von Helmut Kohl mit etwas sozialeren Mitteln versucht. Da haben wir unsere Zweifel, meine Damen und Herren, ob das das richtige Konzept ist. Aber daß wir diesen unsozialen und unökologischen ...

Vizepräsident Cronenberg: Ich bewundere ja Ihre Kunst, den letzten Satz zu verlängern. Aber ich muß Ihnen jetzt das Wort entziehen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Abschalten!)

Kleinert (Marburg) (GRÜNE): ... Bundeshaushalt ablehnen, das ist klar.

Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zuruf von der CDU/CSU: Schreihals!)

Vizepräsident Cronenberg: Meine Damen und Herren, für keine Musterbeispiele parlamentarischer Ausdrucksweise halte ich die Ausdrücke „Hanswurst" und „Suppenkasper" und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in Zukunft auf dieselben verzichteten.

Das Wort hat nun der Abgeordnete Hoppe.

(B)

Hoppe (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Kollege Kleinert andere der Mediensüchtigkeit zeiht, klingt das bei ihm etwas komisch. Aber das soll ja wohl so sein; denn natürlich sind gerade die GRÜNEN,

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Herr Hoppe, können Sie das noch einmal wiederholen?)

Lieber Herr Kleinert, eine Gruppierung nach politischer Pop-Art, und die braucht ja wohl die Mediensüchtigkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Waltemathe [SPD]: Und davon ist die FDP weit entfernt!)

Meine Damen und Herren, wer das Zahlenwerk des Haushalts einerseits und die Probleme in unserer Welt andererseits betrachtet, kommt an der Feststellung nicht vorbei, daß in der Tat allenthalben Defizite zu beklagen sind. Hier hätte ich mich ganz gern mit dem Parteivorsitzenden der SPD in einen Dialog begeben.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Von Geld hat der noch nie etwas verstanden!)

Aber leider hat er uns nach Ablieferung seines Beitrages schon wieder verlassen.

(Waltemathe [SPD]: Auch der Bundeskanzler hört nicht zu!)

— Kommen Sie mal, Kasper. — Wenn einer in der ganzen Haushaltswoche hier nur einmal kurz einfliegt und seine Meinung vorträgt und dann nicht mal mehr zu einem Dialog zur Verfügung steht — ich sage das wirklich nicht gern, gerade gegenüber Willy Brandt, meinem früheren Regierenden Bürgermeister —, dann ist das für die Debatte etwas schmerzlich-peinlich.

(C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Denn ich würde gern bestätigen, daß es in der Tat politische Handlungsdefizite auf allen Feldern gibt. Das gilt sowohl für den Nord-Süd-Dialog und die Hilfe der Industrieländer zur Selbsthilfe für die Länder der Dritten Welt als auch für die Themen Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und für Abrüstung, die man wirklich auch so nennen darf. Gleichermaßen gilt es für die Probleme der Arbeitslosigkeit, wie sie hier angesprochen wurden. Insofern ist eine allseits friedensstiftende Politik unverzichtbar.

(Abg. Brandt [SPD] betritt wieder den Saal)

— Ich freue mich, daß wir das Gespräch miteinander führen können und ich insofern das Bedauern korrigieren kann. Das tue ich ausgesprochen gern.

(Zustimmung des Abg. Dr. Apel [SPD])

Es wäre nämlich in der Tat eine Bankrotterklärung des menschlichen Geistes, wenn es nicht gelänge, den **Rüstungswettlauf,** zu beseitigen;

(Beifall bei der FDP)

denn an den Verteidigungskosten gehen Ost und West andernfalls im wahrsten Sinne des Wortes bankrott.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es war in der Tat verdienstvoll, daß sich der Parteivorsitzende der SPD in der dritten Lesung des Haushalts diesem Thema noch einmal zugewandt hat. Aber verlassen wir bei allem Engagement nicht den Boden der Wirklichkeit! Denn, meine Damen und Herren, schon einmal haben wir einen Anlauf genommen, um aus der sich ständig drehenden Rüstungsspirale auszusteigen. Der NATO-Doppelbeschluß war dazu unser Angebot. Die Sowjetunion war gefordert, ihren Anschlag auf die Entspannungspolitik zu korrigieren. Als sie dieses Angebot des Westens ausschlug, war es für uns unverzichtbar, die Verteidigungsfähigkeit zu bewahren und die politische Kraft zum Handeln, nämlich zum Vollzug des angekündigten Beschlusses, unter Beweis zu stellen. So wie das Bündnis mit dem Doppelbeschluß aus dem Rüstungswettlauf aussteigen wollte, so ist dann leider die SPD aus dem NATO-Doppelbeschluß ausgestiegen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ohne die von der Koalition gezeigte Konsequenz und ohne die Geschlossenheit des westlichen Bündnisses, glaube ich, wäre das Genfer Gipfeltreffen schwerlich zustande gekommen. Jetzt haben wir beim zweiten Anlauf einen neuen Hoffnungsschimmer. Er kann erfolgreich sein, und wir sollten alle — und ich glaube, wir werden das tun — unseren Beitrag in diesem zweiten Versuch leisten.

(Beifall bei der FDP — Zustimmung des Abg. Dr. Riedl [München] [CDU/CSU])

Hoppe

(A) Meine Damen und Herren, eine solide **Haushaltspolitik** ist Grundlage für jede vernünftige Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Wie aktuell diese Feststellung ist, hat unlängst der nordrhein-westfälische Finanzminister Posser allen in Erinnerung gebracht. Ich sage ausdrücklich „allen", auch wenn auf dem Verteiler seines Briefes nur die Ministerkollegen seines Landes standen; und dies um so mehr, als er — mit den heute nachgereichten Grüßen seines Ministerpräsidenten — in der zweiten Lesung als Lückenbüßer seinen Kopf hinhalten mußte.

Ja, es liegt auf der Hand, daß sich eine spezielle Verschuldungspolitik nur wenige Jahre durchhalten läßt, weil die dramatisch rasch steigende Zinslast den Haushalt sonst in Kürze geradezu erdrosseln würde, wie an abschreckenden Beispielen anderer hochverschuldeter Länder zu studieren ist. Wie wahr! Aber gleichwohl hält die Opposition die Bundesregierung und die Bundesrepublik für finanziell stark genug, das Problem der Arbeitslosigkeit mit neuen Beschäftigungsprogrammen anzupacken.

(Zuruf von der FDP: Neue Schulden machen!)

Herr Vogel hat zur Begründung das **Zukunftsinvestitionsprogramm** der sozialliberalen Koalition angepriesen. Das ist nun ausgerechnet jenes Programm, das der Sachverständigenrat in der letzten Woche in seinem Gutachten wegen der für die Volkswirtschaft fatalen Wirkungen in Grund und (B) Boden verdammt hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Nein, solche Schnellschüsse ohne dauerhafte Wirkung produzieren nur ein Aha-Erlebnis für den Augenblick. Letztlich sind sie aber für Arbeitnehmer und Steuerzahler sehr kostspielig. Auf einen solchen faulen Zauber werden wir nicht mehr hereinfallen. Und die Probleme des Arbeitsmarkts sind in der Tat zu ernst, um sie der Abteilung Werbung und Agitation zu überlassen. Das, was der Kollege Brandt heute zu Beginn seines Debattenbeitrags hinsichtlich der Werbung um den politischen Konsens ausgeführt hat, gibt mir Mut, zu sagen, daß es uns vielleicht allen guttut, wenn wir die Überlegungen zu den **Bedingungen der Freiheit und der demokratischen Institutionen** zur Kenntnis nehmen, die der Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig, Rudolf Wassermann, zum 40. Geburtstag der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel" ausgebreitet hat:

> Das Gefühl für die Legitimität eigener subjektiver Überzeugungen, Vorstellungen und Ansichten ist immer stärker geworden, während der Sinn für den Wert von Institutionen und Normen sowie für die Nützlichkeit von Kompromissen zurückgegangen ist.
>
> Hinzu kommt die Neigung zur Abkehr von rationaler, nüchterner Urteilsfindung, von der Bereitschaft, den Argumenten Andersdenkender zuzuhören, ihnen sachlich zu entgegnen, und vom pragmatischen Kompromiß als Voraussetzung des friedensstiftenden Interessenausgleichs. (C)
>
> An die Stelle solcher demokratischer Tugenden tritt zunehmend die Hinwendung zur Idee des Absoluten und deren Verwirklichung in der irdischen Politik, die Sehnsucht nach gefühlsmäßiger Harmonie, die Ideologisierung der Auseinandersetzung und eine scharfe Freund/Feind-Polarisierung.
>
> Dieses Syndrom ist nicht zuletzt deshalb so bedenklich, weil die „Versuchung des Absoluten" tief in der deutschen Geschichte der letzten beiden Jahrhunderte angelegt ist.
>
> Politik als Kampfplatz zwischen Gut und Böse ist im Ergebnis nichts anderes als der Ausstieg aus der Politik ...

(Beifall bei der FDP)

> Sorge und Wachsamkeit aller Demokraten ist daher geboten, gleichviel in welchem parteipolitischen Lager sie stehen.

Mir scheint, hier klingt noch einmal die Schule Gustav Heinemanns durch.

Wenn auch bei den aktuellen Themen von innen- und außenpolitischer Brisanz die Wellen hochschlagen, bleibt doch die **Wirtschafts- und Finanzpolitik** unverändert im Mittelpunkt. Das einfach deshalb, weil die Last der hohen **Arbeitslosigkeit** zur Herausforderung Nummer eins in unserem Lande geworden ist. Aber wohlgemerkt: Sie ist es in den 70er Jahren geworden und sie übersprang im Oktober (D) 1982 die 2-Millionen-Grenze. Möge sich also niemand als vorlauter Besserwisser aufspielen.

(Sehr wahr! bei der CDU/CSU)

Das Problem sitzt tief, es hat alle Industrienationen erfaßt, und es wird nur in einem mühsamen, langwierigen Prozeß bewältigt werden können.

Der notwendige **Strukturwandel** in Gesellschaft und Wirtschaft verlangt deshalb eindeutige politische Entscheidungen. Die Koalition ist willens und fähig, sie zu treffen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

In der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 hieß es deshalb:

> Die Ausgabendynamik muß gebremst, die jährliche Neuverschuldung zurückgeführt werden. Das Wachstum der Bundesausgaben soll in den nächsten Jahren deutlich unter dem Zuwachs des Bruttosozialprodukts liegen. Die Reduzierung der Staatsquote belebt die Kräfte der Wirtschaft.

Auch Schlagworte wie „soziale Demontage", „Kaputtsparen" oder „Umverteilung von unten nach oben" und „Ellbogengesellschaft" konnten über die bittere Notwendigkeiten des Sparkurses nicht hinwegtäuschen. Haushaltskonsolidierung heißt zunächst systematischer und anhaltender Abbau der Defizite der öffentlichen Hausalte. **„Quantitative Konsolidierung"** nennt das der Sachverständigenrat.

Hoppe

(A) Hinzu kommen müssen Veränderungen in den Strukturen der staatlichen Ausgaben und Einnahmen mit dem Ziel, die Bedingungen für eine florierende Wirtschaft, für eine Steigerung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft von Unternehmen und Arbeitnehmern zu verbessern.

Zum Störfaktor gehört dabei der Bereich der **Subventionen.** Subventionsabbau steht deshalb auch seit Jahren auf dem Programm; aber Subventionsaufwuchs ist die traurige Wirklichkeit.

(Waltemathe [SPD]: Bei Wirtschaftsministern von der FDP!)

Und da fällt einem eigentlich nichts mehr zu dem Thema ein, es sei denn eine Äußerung unseres Landwirtschaftsministers Kiechle, der einmal gesagt hat:

> Wenn man weiß, daß wir subventionierte Kohle fördern, mit der wir dann subventionierten Stahl produzieren, den wir mit der subventionierten Bundesbahn zu subventionierten Werften fahren, wo Schiffe gebaut werden, die keiner auf dem Weltmarkt haben will, dann weiß man, wie gut die Agrarpolitik ist.

Es bestätigt sich erneut die Erfahrung, daß Geben seliger ist denn Nehmen.

Und doch müssen wir verhindern, daß der Konsolidierung ein Kontrastprogramm von Subventionen entgegengestellt wird.

(Frau Matthäus-Maier [SPD]: Das ist doch unglaubwürdig!)

(B) Wünsche wird es immer geben; aber sie sind für die Staatsfinanzen keine glückbringenden Wünsche. Und ich möchte uns allen — auch mir — mit Wilhelm Busch sagen: „Ach, Freundchen, bezähme deine Zunge. Ein jeder Wunsch, wenn er erfüllt, kriegt augenblicklich Junge."

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Gefordert bleibt die unverzichtbare Eindämmung der konsumtiven Staatsausgaben zugunsten der Investitionen. Dies nennt man **qualitative Konsolidierung.** Sie ist jetzt gefragt.

Aber die Konsolidierung ist ein weites Feld. Den Handlungsbedarf hat der Bundesfinanzminister schon in der ersten Lesung präzisiert: Die **Verschuldung** des Bundes beträgt zum Jahreswechsel rund 400 Milliarden DM, und die jährlichen Zinsausgaben erreichen die Höhe von 30 Milliarden DM. Die Neuverschuldung liegt bei knapp 24 Milliarden DM trotz der kräftigen Finanzspritze der Bundesbank von über 12 Milliarden DM.

Wir haben den Würgegriff zwar gelockert. Aber wer jetzt schon wieder aus dem vollen schöpfen will, macht sich selbst etwas vor und leugnet die Realitäten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Mit Recht haben die Sachverständigen im Sondergutachten dieses Sommers deshalb die **Fortsetzung der vertrauenbildenden Konsolidierungspolitik** angemahnt und davor gewarnt, der Verteilungs- und Subventionsmentalität wieder Tür und Tor zu öffnen.

(C) Wer die Konsolidierung in Zeiten konjunktureller Erholung nicht energisch anpackt, wird beim nächsten Konjunkturtief aus der Kurve fliegen.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist das!)

Und es waren dann die Mitglieder des Finanzplanungsrates, die am 21. November 1985 noch einmal in dieselbe Kerbe schlugen, als sie feststellten, daß der Kurs der finanzpolitischen Konsolidierung eine Grundlage für die weitere positive Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung sei. Meine Damen und Herren, wenn aber der Finanzplanungsrat mit seiner Sachkompetenz und — darf ich ja wohl sagen — mit seiner parteipolitischen Vielfalt dieser Politik auf Sicht **positive Wirkungen für unsere Arbeitnehmer** bescheinigt, dann weiß man, warum der vom DGB in der Aktionswoche aufgeblasene Luftballon „Schluß mit der Politik für wenige" so schnell geplatzt ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wir müssen einsehen, „daß wir mit der Sozialstaatsentwicklung in eine Sackgasse geraten sind". Diese Erkenntnis stammt nicht von einem Konservativen, sondern von dem großen Analytiker Jürgen Habermas. Unter dem aufschlußreichen Titel „Die neue Unübersichtlichkeit" hat Habermas in der Januar-Ausgabe des „Merkur" über die **Aufzehrung der utopischen Energien** geschrieben. Seine Bestandsaufnahme läßt ahnen, wie tief der Umbruch ist, den wir durchzustehen haben. Habermas nimmt Abschied von langgehegten Illusionen und setzt die Hoffnung auf (D) eine neue Kombination von „Macht und intelligenter Selbstbeschränkung"; so nennt er das.

Vieles verändert sich, bis hin zur Arbeitsmoral, wie auch der Züricher Sozialpsychologe Prof. Schmittchen vor kurzem in einer umfassenden Untersuchung ermittelte. Die sogenannten **„kommunikativen Tugenden"** gewinnen an Boden: die Fähigkeit zur Teamarbeit, zur Offenheit, zur Eigenständigkeit. Und diese Tugenden sind notwendig, um die Aufgaben unserer modernen „Informationsgesellschaft" zu meistern.

Meine Damen und Herren, bei einer alles in allem erfreulichen finanz- und wirtschaftspolitischen Bilanz ist die nach wie vor bedrückend hohe **Arbeitslosigkeit** schmerzlich. Es gibt aber keine Therapie, die schnell durchgreift und dauerhaft Abhilfe schafft. Deshalb: nicht noch einmal teurer Aktionismus, sondern die Belebung des Arbeitsmarktes muß von der Gesundung der Wirtschaft und der Staatsfinanzen ausgehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Kolb [CDU/CSU]: Und vom Vertrauen der Beteiligten!)

Nur so bauen wir das feste Fundament für arbeitsplatzschaffende Investitionen in der privaten Wirtschaft, in Bund, Ländern und Gemeinden. Und dennoch: Die Arbeitslosigkeit wird uns noch lange Zeit beschäftigen.

Wenn es sich hier aber nun wirklich um eine gemeinsame Sorge handelt — die Vollbeschäftigung bleibt doch das Ziel der Sozialen Marktwirt-

Hoppe

(A) schaft —, dann sollten wir gerade auf diesem Feld den konstruktiven Dialog suchen und auf Polemik, Agitation und Taktik verzichten.

Wenn es wirklich um das Einzelschicksal geht, dann kann uns nicht an Stimmungsmache gelegen sein. Den Arbeitslosen wird nur der Pakt der Vernunft aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft helfen. Meine Damen und Herren, verlockend ist diese Aufgabe nicht. Alle reden darüber, aber wenn es ernst wird, reißt sich keiner darum. Schließlich hat schon Friedrich Nietzsche das Defizit der Menschen an Ausdauer und Disziplin beklagt, als er sarkastisch fragte: „Alles gackert, aber wer will noch still auf dem Nest sitzen und Eier brüten?"

Meine Damen und Herren, still hinsetzen und die für den Arbeitsmarkt richtigen Konzepte ausbrüten heißt deshalb die Devise. Und daraus sollten wir die Gemeinschaftsaufgabe machen, die es in Bund, Ländern und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland zu lösen gilt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Walther.

Walther (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Am Ende einer langen Woche der Debatten um den Bundeshaushalt 1986 ist es eine von mir gern wahrgenommene Pflicht, all denen herzlich zu danken, die in den letzten Wochen und Monaten mitgeholfen haben, die Beratungen (B) des Ausschusses mit ihrem Sachverstand und mit ihrer Zuarbeit hilfreich zu begleiten.

Ich nenne an erster Stelle die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Ausschußsekretariats, ohne deren tätige und ausdauernde Mithilfe bis in die späten Abendstunden wir ebenso hilflos gewesen wären wie ohne die Mit- und Zuarbeit der fach- und sachkundigen Beamten des Bundesfinanzministeriums und der Fachministerien.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ihnen gebührt auch an dieser Stelle unser herzlicher Dank.

In diesen Dank möchte ich die Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung einbeziehen, die dafür gesorgt haben, daß die umfangreichen und zum Teil auch komplizierten Beschlußvorlagen des Ausschusses rechtzeitig alle Abgeordneten erreicht haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Alljährlich erfordern die Haushaltungsberatungen im Haushaltsausschuß einen unglaublichen Zeitaufwand, der sich nicht nur in vielstündigen Sitzungen niederschlägt, sondern auch in den vielen vorbereitenden Berichterstatter- und Gruppenberatungen. In den letzten Monaten wird für die Ausschußmitglieder der Sitzungssaal mit seinem ghettohaften Charakter zu einer zweiten, wenn auch etwas ungeliebten Heimat. Das, was sonst im Bundestag geschieht, läuft weitgehend an uns vorbei. Dies erfordert deshalb nicht nur physische (C) Anwesenheit, sondern bedeutet gelegentlich auch starken psychischen Druck aus jedweder Richtung.

Deshalb habe ich allen Grund, allen Mitgliedern unseres Ausschusses dafür Dank zu sagen, daß sie bei aller Leidenschaftlichkeit und bei den geschilderten sachlichen Schwierigkeiten das menschliche Miteinander nicht ganz vergessen haben. Das, was Frau Kollegin Berger in der letzten Sitzungswoche als die Nestwärme des Ausschusses bezeichnet hat, hat manche schwierige Situation überbrückt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit der Kollege Weng zufriedengestellt wird — ich bedanke mich übrigens herzlich für Ihre freundlichen Worte, Herr Kollege Weng —, sage ich das, was jetzt kommt, für meine Fraktion: Zur Schlußabstimmung steht nicht nur der Haushalt, sondern die Gesamtpolitik der Regierung. Dazu hat mein Parteivorsitzender Willy Brandt heute morgen schon Hervorragendes in der Debatte beigetragen, wofür ich ihm im Namen meiner gesamten Fraktion herzlichen Dank sage.

(Beifall bei der SPD)

Ich will von mir aus — nur wenn Sie wollen — eine Kleinigkeit beitragen, daß nämlich der **Autoritätsverfall des Bundeskanzlers** unübersehbar ist.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Aus dem früheren Kanzlerbonus ist ein Kanzlermalus geworden. Dabei haben sich die jeweiligen Chefverkäufer des Kanzlers, nämlich die Bundespressesprecher, große Mühe gegeben, das Image des (D) Kanzlers aufzupolieren. Eine Kette von Affären der Regierung, die unvergleichbare sprachliche Treffsicherheit des Bundeskanzlers, seine brillianten Lageanalysen machen es aber notwendig, daß selbst die publizistischen Hilfstruppen der Regierung in regelmäßigen Abständen moralisch aufgerüstet werden. Was da so alles aus den Mitteln des Bundespresseamtes des Herrn Ost an sogenannten Hintergrunddiensten und Kommentardiensten mitfinanziert wird, geht schon an das Eingemachte politischer Moral.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe keine Zweifel daran, daß diese Praxis, Propagandameldungen in vom Staat finanzierten und von Privatverlegern herausgegebenen **Pressediensten** zu verbreiten, gegen das Prinzip der Staatsfreiheit der Presse und gegen das Verfassungsgerichtsurteil zur Öffentlichkeitsarbeit verstößt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in dieser Woche und heute morgen eine Reihe schöner **Konjunkturdaten** gelobt. Ich will diese Daten überhaupt nicht schmälern. Aber ich füge hinzu: Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft seit einigen Monaten im Auf und Ab der längerfristigen Konjunkturwellen. Es sieht so aus, als ob es durch die Leistungskraft einer hochqualifizierten Arbeitnehmerschaft und der Beweglichkeit eines Teils der Unternehmer ein weiteres Mal gelingt, nach den Rezessionen von 1966, 1973, 1981/82 einen Aufschwung zu schaffen, wie das nach den

Walther

(A) beiden Ölschocks zu Zeiten der sozialliberalen Koalition auch gelungen war.

(Beifall bei der SPD)

Nur, meine Damen und Herren — lieber Herr Kollege Hoppe, entschuldigen Sie, wenn ich mich speziell an Sie wende —, Sie erinnern sich daran, daß wir Ende der 70er Jahre, im damaligen Aufschwung, sehr viel höhere Wachstumsraten, sehr viel niedrigere Arbeitslosenzahlen und eine sehr viel höhere Beschäftigtenzahl hatten, als wir sie heute haben.

(Zuruf des Abg. Reddemann [CDU/CSU])

Es handelt sich hier also nicht um eine weltgeschichtliche Premiere; vielmehr ist das, was sich jetzt im Lande abspielt, etwas, was wir zu sozialliberalen Zeiten schon viel besser geschafft hatten.

Wer sich die Daten im einzelnen anschaut, stellt nämlich vor dem Hintergrund der **weltwirtschaftlichen Entwicklung** — insbesondere derjenigen der wichtigsten Industrieländer — fest, daß wir uns mit diesen exakt auf einer Parallelbahn im Auf- und Abschwung bewegen, die uns in einigen Bereichen — leider jedoch nicht im Bereich der Arbeitslosigkeit — den Platz wahrt, den wir international im Auf- und Abschwung der Entwicklung seit rund zwei Jahrzehnten immer eingenommen haben. Das gilt für die Preise ebenso wie für das Wachstum.

Die Spitzenstellung nehmen beim Wachstum in den letzten drei Jahren die Vereinigten Staaten von Amerika ein, deren gegenwärtiges Wachstum von (B) 2,5% dort allerdings fast schon als Rezession erscheint, während bei uns dasselbe Ergebnis als ein atemberaubender Erfolg dargestellt wird. Unser Aufschwung ist weitgehend ein Reflex der wirtschaftlichen Expansion in den USA und ist vor allem auf die unerhört günstigen Exportbedingungen zurückzuführen; dahinter tritt die Inlandsnachfrage immer noch erheblich zurück.

(Kolb [CDU/CSU]: Aber sie steigt doch!)

Niemand darf deshalb verschweigen, daß heute das **Wachstum** weitgehend vom **Export** getragen wird und daß die Inlandsnachfrage weiterhin hinter dem Export hertrabt.

(Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Mit dieser Aussage sind Sie aber weit zurück!)

Insoweit ist unser Wachstum ein im Ausland geborgtes.

Auch die guten Produktionszahlen in der Investitionsgüterinduistrie rühren zu einem großen Teil aus Auslandsbestellungen her. Die Zahlen der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz für die ersten acht Monate des Jahres 1985 machen das auch besonders deutlich:

(Kolb [CDU/CSU]: Sie sind sechs Monate zurück, Herr Kollege!)

Die Handelsbilanz schloß mit einem Überschuß von 42 Milliarden DM, die Leistungsbilanz mit einem solchen von 17 Milliarden DM ab.

Warum aus solchen Überschüssen keine nachhaltige Inlandsnachfrage geworden ist, zeigt ein Blick (C) auf die **Kapitalbilanz:** 1983 betrug der Nettokapitalexport der deutschen Wirtschaft noch 16 Milliarden DM, im Jahre 1984 aber schon über 31 Milliarden DM. In den ersten acht Monaten des Jahres 1985 hatten wir schließlich einen Nettokapitalexport von über 24 Milliarden DM.

Deshalb ist es übrigens auch kein Wunder, daß sich die Währungsreserven der Deutschen Bundesbank, in Dollar ausgedrückt, seit vielen Jahren auf der gleichen Höhe bewegen, also nicht steigen. Das heißt, meine Damen und Herren: Das, was die Regierung der Wirtschaft an Steuergeschenken hat zugute kommen lassen und was die Arbeitnehmer durch Lohnverzicht an höheren Gewinnen möglich gemacht haben, ist weitgehend auf ausländischen Konten gelandet.

Meine Damen und Herren, trotz eines im Jahre 1985 gegenüber 1982 um rund 6% höheren Sozialprodukts gibt es jetzt 190 000 Beschäftigte weniger als damals.

(Zander [SPD]: Leider wahr!)

Die Beschäftigungszahlen zeigen im internationalen Vergleich, daß die Bundesrepubik Deutschland neben Frankreich das einzige Land ist — nun mögen bitte die Damen und Herren, die die Zahlen immer so loben, einmal zuhören —, in dem im Wachstumsjahr 1985 die **Beschäftigtenzahl** im Vergleich zum Rezessionsjahr 1982 abgenommen hat. Während es nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes 1982 immerhin 25,651 Millionen Beschäftigte gegeben hat, werden es 1985 im Jahresdurchschnitt nur 25,466 Millionen sein. Das heißt, die An- (D) gaben über die Zunahme der Beschäftigung reduzieren sich auf die Feststellung, daß es im heutigen Aufschwung weniger Bechäftigte gibt als in der damaligen Rezession.

(Waltemathe [SPD]: Sehr wahr!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die hohen **Arbeitslosenzahlen** bei uns bedeuten zusammen mit dem geringen Anstieg der Beschäftigtenzahlen die bedrückende Aussicht, daß eine teilweise prosperierende Wirtschaft mit hohen Unternehmergewinnen weit mehr als ein Zehntel der aktiven Erwerbsbevölkerung von der Teilhabe glatt ausschließt. Dabei ist das erniedrigende Gefühl, nutzlos und überflüssig zu sein, nicht etwa, wie es vielen draußen erscheinen mag, einem statistischen Kreis von immer denselben über 2,2 Millionen Arbeitslosen vorbehalten. Wegen der umfangreichen Bewegung am Arbeitsmarkt haben, wie die Statistik zeigt, unter der Regierung Kohl von 1982 bis Oktober 1985 über 10,5 Millionen Menschen ihre Arbeit verloren oder haben für längere oder kürzere Zeit das Schicksal der Arbeitslosigkeit erlebt.

(Hornung [CDU/CSU]: Und noch mehr haben wieder Arbeit bekommen!)

Das Elend der Arbeitslosigkeit und seine Folgen werden durch die Zunahme der Zahl der **Sozialhilfeempfänger** deutlich. 1983 waren es 2 436 000.

(Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Wie viele waren es am Anfang der SPD-Regierungszeit?)

Walther

(A) Im letzten Jahr waren es 5% mehr, also fast 2,6 Millionen.

(Kolb [CDU/CSU]: Erzählen Sie uns etwas über die Zahlen von 1969 bis 1982!)

Die Zahl derer, die in den bedrängtesten Verhältnissen leben, steigt.

Die Sozialleistungen der Kommunen sind 1984 um 6,7% auf 18,7 Milliarden DM gestiegen, und diese Steigerung wird sich fortsetzen.

(Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Reine Miesmacherei und Schwarzmalerei, sonst gar nichts!)

Den Schaden der Arbeitslosigkeit trägt zusätzlich die **Rentenversicherung,** die im Oktober 1985 über Barmittel von 1,6 Milliarden DM verfügt hat, während die zu erbringenden Leistungen eines Monats 11,2 Milliarden DM betragen.

Von den Versprechungen 1983, daß die Gewinne der Unternehmer nach einer Vorlaufzeit schließlich einen spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit brächten, ist wenig geblieben.

(Kolb [CDU/CSU]: Ein Glück, daß Ihnen niemand glaubt!)

Die Gewinne sind da. Die Wirtschaft verzeichnet Erfolge. Die sogenannten Leistungsträger verdienen. Aber ein großer Teil von Menschen, die davon ausgeschlossen sind, mag zusehen, wo er bleibt.

(Beifall bei der SPD)

(B) Wie die Ergebnisse eines Aufschwungs gesellschaftlich verteilt werden, darüber entscheidet auch die Regierung. Deshalb ist der hohe Sockel der Arbeitslosigkeit auch ihr anzulasten.

Ich sage noch einmal: Der Unterschied der Aufschwünge während der Zeit der sozialliberalen Regierung zu den heutigen sieht so aus: Damals gab es mehr, heute gibt es weniger Beschäftigte.

(Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Bei Ihnen ging es abwärts, jetzt geht es wieder aufwärts!)

Der Unterschied besteht darin, daß die Bundesregierung diesen Aufschwung nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit nutzt, sondern es zuläßt, daß sich, wie es Karl Schiller formuliert hat, unser wirtschaftliches Gesamtsystem **langfristig** darauf einstellt, auch in Zeiten des Aufschwungs **2 Millionen Arbeitslose** aufzuweisen.

Sie hören das nicht gern; ich weiß das. Aber wer sollte denn in diesem Land, wo schon die Weihnachtswerbeanzeigen der Hochglanzmagazine mit ihrem zur Schau gestellten Luxus einen **Klassengegensatz** unerhörter Art zwischen Gewinnern und Verlierern dokumentieren, überhaupt noch für diejenigen sprechen, die daraußen bleiben, wenn nicht wir Sozialdemokraten?

(Beifall bei der SPD — Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Na, das ist aber sehr anmaßend!)

Eine halbe Million junger Menschen unter 25 Jahren sind arbeitslos. Das ist eine bedrückende Perspektive. Da bewundere ich schon den Mut von Herrn Wörner, mit dem er in diesen Wochen öffentliche Gelöbnisse am laufenden Band zelebrieren (C) und von den einberufenen jungen Menschen fordern läßt, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, wenn vielen dieser **jungen Wehrpflichtigen** nach Beendigung der Wehrdienstzeit die **Arbeitslosigkeit** droht. Vielen Zeitsoldaten, Offizieren und Unteroffizieren geht es keinen Deut besser. Wäre es da nicht die verdammte Pflicht und Schuldigkeit dieser Regierung, diesen jungen Menschen eine andere Perspektive zu bieten als im Zweifel diese Arbeitslosigkeit?

(Hornung [CDU/CSU]: Das können Sie doch nicht in einen Topf werfen!)

Sollen die eigentlich im Ernst einen Staat verteidigen,

(Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Sollen sie ihn nicht verteidigen?)

der für sie die Arbeitslosigkeit, aber den anderen, den Reichen mit den breiten Schultern und den rücksichtslosen Ellenbogen, Wohlstand aufzeigt?

(Zuruf von der CDU/CSU: Diese Unterstellung ist eine Frechheit!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bundeshaushalt leistet auch in diesem Jahr keinen bedeutenden Beitrag zur **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.** Das zeigt die weiterhin negative Entwicklung des **Investitionsanteils am Bundeshaushalt.** Wir messen diesen Haushalt daran, was er zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leistet.

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Nichts!)

(D) Diesem Ziel ordnen wir alle anderen Überlegungen unter.

Obwohl der Bundeshaushalt eine traurige Entwicklung des Investitionsanteils aufweist, ist das **Haushaltsdefizit** im vierten Jahr nach der Wende nahezu das gleiche wie im Jahre 1981. Was sich an wirklich bedeutenden Einsparungen im Bundeshaushalt darstellt, ist zu einem erheblichen Teil noch Folge von Gesetzen, die zu sozialliberaler Zeit beschlossen wurden.

Die rabiaten Einschnitte dieser Koalition in das soziale Netz sind weniger zur Verminderung des Haushaltsdefizits des Bundes verwandt worden als schlicht und einfach für die Umverteilung; denn die enorme Höhe des Bundesbankgewinns verschleiert den Blick auf das wahre Haushaltsdefizit, das im nächsten Jahr immer noch rund 36 Milliarden DM betragen soll.

(Hornung [CDU/CSU]: Sie vergessen immer wieder die Erblast!)

Ich tue dem Herrn Bundesfinanzminister sicherlich keinen Tort an, wenn ich behaupte, daß dies eine Scheinsanierung ist.

(Beifall bei der SPD)

In den Schlußberatungen des Ausschusses wurde ein einmaliger Betrag von 460 Millionen DM für die **Verscherbelung von Bundeseigentum** eingesetzt. Ich sage bewußt Verscherbelung; denn das Märchen, Sie wollten damit eine breite Vermögensbildung erreichen, verbreiten Sie heute nicht mehr,

Walther

(A) nachdem sich dieses angebliche Motiv schon bei der VEBA-Verscherbelung als ein Schlag ins Wasser erwiesen hatte.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Vielmehr argumentieren Sie heute ordnungspolitisch oder marktwirtschaftlich oder wie immer. In Wahrheit, das sage ich Ihnen, geht jedoch von der Bundesbeteiligung an privatwirtschaftlich geleiteten und organisierten Unternehmen überhaupt keine Gefahr für die Marktwirtschaft aus. Die Unternehmen im öffentlichen Besitz müssen sich nach den gleichen Prinzipien im Wettbewerb bewähren wie solche im Privatbesitz.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Nun ist die Privatisierungseuphorie in Ihrer Gruppe, Herr Kollege Riedl, angesichts des Staatsinterventionismus und der Investitionslenkung der Herren Strauß und Späth überhaupt nicht zu begreifen.

(Dr. Riedl [München] [CDU/CSU]: Die machen es aber nicht schlecht!)

— Das will ich nicht bestreiten.

Wenn die Koalition mehr Marktwirtschaft will, dann soll sie endlich dafür sorgen, daß die **Macht der Großbanken** gebrochen oder zumindest reduziert wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Herr Herrhausen von der Deutschen Bank ist (B) doch in Wahrheit sehr viel mächtiger als der Herr Kohl, selbst wenn dieser anders wäre, als er ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Kolb [CDU/CSU]: Was sagt denn der Herr Hesselbach dazu?)

Wo, frage ich die verbalen Marktwirtschaftsideologen, gibt es eigentlich im weiten Bereich der deutschen Wirtschaft wirkliche **Marktwirtschaft?**

(Stockhausen [CDU/CSU]: Bei der Neuen Heimat!)

Gibt es sie in der Energieversorgung? Gibt es sie bei den Anbietern von Gesundheitsleistungen? Gibt es sie in der Landwirtschaft? Wenn Graf Lambsdorff da wäre, würde ich fragen: Gibt es sie in der Versicherungswirtschaft? Ich schätze, das weit mehr als 50% der deutschen Wirtschaft überhaupt nicht marktwirtschaftlichen Gesetzen unterliegen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Also müssen wir etwas tun! Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?)

Hier wäre ein weites Feld für echte Marktwirtschaftler. Aber da verläßt Sie offenbar der Mut, wie wir letztens bei Herrn Blüm wieder gesehen haben.

Privatisierungskampagnen lenken von dem eigentlichen Problem gestörter marktwirtschaftlicher Verhältnisse ab, es sei denn — was auch realistisch ist —, daß die Fürsprecher der Privatisierung von Bundesvermögen wollen, daß die Macht der Vor-

(C) stände von Großbanken noch größer und noch gefährlicher wird;

(Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: So ein Unsinn!)

denn genau dort, Herr Kollege Weng, werden die verscherbelten Bundesanteile landen, so wie sie beim letzten Mal auch schon dort gelandet sind.

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Das weiß der nicht!)

Trotz der erfreulichen Zahl von Neugründungen wird die **Pleitewelle** in der deutschen Wirtschaft immer größer. Im letzten Jahr waren es 16 760 Pleiten, in diesem Jahr werden es voraussichtlich 17 000 sein. Da der Herr Geißler zu sozialliberalen Zeiten diese Pleiten uns zugerechnet hat — zumindest im Wahlkampf —, kann ich es Ihnen nicht ersparen, auch Ihnen diesen Pleitenrekord zuzurechnen.

(Hornung [CDU/CSU]: Das ist die Erblast! — Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Das sind die Spätfolgen!)

Der Rückgang an öffentlichen Investitionen, an dem der Bund maßgeblich mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist, hat zu vermehrten Insolvenzen im Baubereich beigetragen. Dies unterstreicht meine Behauptung, daß vom Bundeshaushalt eher negative als positive Wirkungen auf die Beschäftigungslage ausgehen.

Nun wird behauptet, durch die am 1. Januar in Kraft tretende, angeblich größte **Steuerreform** aller Zeiten werde soviel zusätzliche Kaufkraft im privaten Bereich geschaffen, daß davon **konjunkturelle** (D) **Wirkungen** ausgingen. Dies kann man mit Fug und Recht bezweifeln,

(Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Warten wir es doch ab!)

denn den größten Teil der dadurch entstehenden Steuerausfälle haben **Länder und Gemeinden** zu tragen, die damit erneut in ihrer eigenen Investitionskraft geschwächt werden. Denn diese haben nämlich — anders als der Herr Stoltenberg — keine Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das stimmt doch nicht!)

Ohne diesen Bundesbankgewinn — diese Behauptung wage ich — wäre der Bundesfinanzminister zu einer solchen steuerlichen Entlastung überhaupt nicht bereit gewesen. Für die Empfänger kleiner Einkommen kommt dabei wenig, für die Empfänger großer Einkommen aber viel heraus, obwohl man bei den zuletzt Genannten ja nicht unbedingt annehmen muß, daß sie zusätzliche Steuererleichterungen in Inlandsnachfrage umsetzen.

(Hornung [CDU/CSU]: Bei Ihnen käme überhaupt nichts heraus!)

Ungerecht sind vor allem die **Kinderkomponenten** in der Steuergesetzgebung.

(Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Was ist denn daran ungerecht?)

— Wie immer man rechnen mag, Herr Kollege Roth, eines steht fest: Dieser Regierung ist das

Walther

(A) Kind des Kleinen erheblich weniger wert als das Kind des Großen.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von den GRÜNEN: Das ist leider wahr!)

Dies nenne ich die Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben mit steuerlichen Mitteln.

In dieses Bild paßt auch die jetzt vorgesehene Verbesserung der **Abschreibungsmöglichkeiten für gewerbliche Gebäude.** Das ist ein reines Unternehmergeschenk, meine Damen und Herren. Für die Konjunktur bringt es nichts, denn niemand baut zusätzlich, wenn er nicht durch Produktionserweiterungen dazu gezwungen wird. Und dann baut er sowieso, ob mit oder ohne Abschreibungserleichterungen.

Aber, Herr Bundesfinanzminister, die gemeindliche Investitionskraft wird auf diese Art und Weise zusätzlich erheblich geschwächt, weil die Gewerbekapitalsteuer sinkt. Der Deutsche Städtetag hat ausgerechnet, daß der durch diese Operation entstehende Ausfall bei den deutschen Gemeinden 1988 rund 1,1 Milliarden DM betragen wird. Das schwächt die Investitionskraft der Gemeinden noch einmal zusätzlich.

Jetzt machen Sie neue Steuerversprechungen für die Jahre nach 1988 in Höhe von 38 Milliarden DM nach der Methode: Wer bietet mehr? Darauf, wie das bezahlt werden soll, wem das zugute kommen soll, haben wir bis heute keine Antwort erhalten. Da wird ominös darüber fabuliert, es solle eine Teilfi-(B) nanzierung durch den **Abbau von Subventionen** erfolgen.

Meine Damen und Herren, nachdem die Subventionen — insbesondere auch die steuerlichen Subventionen — unter dieser Regierung immer weiter steigen, muß man gespannt sein, welcher Subventionsabbau jetzt eigentlich gemeint ist. Hierauf, Herr Bundesfinanzminister — darum bitte ich Sie sehr herzlich — sollten Sie in Ihrer Schlußantwort Auskunft geben.

Ich komme zum Herrn Bundeswirtschaftsminister, der hier durch seinen Parlamentarischen Staatssekretär vertreten ist. Ich habe in der Zeitung gelesen, er soll gestern, während wir hier über den Haushalt beraten haben, in München gesagt haben, 25 Milliarden DM für diese Steuergeschenke würden aus dem Abbau von Subventionen finanziert. Nun möge er bitte einmal hier vor den Deutschen Bundestag hintreten und sagen, was er damit gemeint hat und wie er diese Steuergeschenke finanzieren will.

(Beifall bei der SPD — Wieczorek [Duisburg] [SPD]: Der Mensch ist ahnungslos!)

Herr Kollege Dr. Stoltenberg, es bleibt Ihnen nicht erspart: Ich muß an dieser Stelle auf die Strauß-Subvention zu sprechen kommen. Herr Kollege Hoppe, wir haben diese **Subvention der Privatfliegerei** zu unserer Zeit abgebaut. Jetzt kommt der Herr Strauß, selber Hobbyflieger, und sagt, er — der arme Herr Strauß — müsse für seine Sportfliegerei eine neue zusätzliche Subvention haben. Und

(C) schon sagt der Herr Stoltenberg ja; das kostet ja auch nur 15 Millionen DM im Jahr.

(Zander [SPD]: Denn Leistung muß sich wieder lohnen!)

Ich hätte es schon gerne gesehen, Herr Kollege Hoppe — ich habe Ihnen nämlich in vielem, was Sie gesagt haben, zugestimmt —, wenn Sie zu diesem Thema einen Satz gesagt hätten. Ich habe mich auch zu einer Zwischenfrage gemeldet, um Ihnen die Gelegenheit dazu zu geben. Ich halte das, was hier geschieht, für einen Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Zum persönlichen Nutzen des Herrn Strauß wird eine steuerliche Subvention wieder eingeführt!

(Zuruf von den GRÜNEN: Unglaublich!)

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kleinert?

Walther (SPD): Wenn sie nicht angerechnet wird, Herr Präsident.

Präsident Dr. Jenninger: Ja, bitte.

Kleinert (Marburg) (GRÜNE): Herr Kollege Walther, würden Sie mir zustimmen, wenn ich davon ausgehe, daß die Vermutung berechtigt sein könnte, daß man daran erkennen kann, daß Herr Stoltenberg den Herrn Strauß für ganz besonders leistungsbereit hält? (D)

(Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Flugtüchtig!)

Walther (SPD): Herr Kollege Kleinert, fragen Sie ihn doch nachher selber; er tritt ja gleich ans Mikrophon. Er wird Ihnen die Antwort sicher nicht verweigern.

Unter dieser Regierung sind die steuerlichen Subventionen für die Wirtschaft von 12,8 Milliarden DM auf 17,8 Milliarden DM im Jahr, also um 5 Milliarden DM pro Jahr, gestiegen. Dabei sind die Subventionen für die landwirtschaftlichen Großbetriebe noch nicht einmal eingerechnet. Hier sind zu einem großen Teil die Einsparungen im sozialen Bereich auf dem Wege der Umverteilung gelandet. Was Sie zur angeblichen Konsolidierung den sozial Schwächeren genommen haben, landete bei den Großverdienern.

(Zander [SPD]: Das war ja auch so gewollt!)

Dieses traurige Fazit muß ich leider ziehen, meine Damen und Herren.

Obwohl der Herr Stoltenberg das nicht gerne hört, wiederhole ich noch einmal vergleichsweise die Zahlen der Haushaltsdefizite der letzten Jahre. Von 1983 bis 1986 wird Herr Stoltenberg insgesamt rund 156 Milliarden DM an Haushaltsdefiziten zu verbuchen haben. Dagegen belief sich das Haushaltsdefizit zu Zeiten sozialdemokratischer Finanzminister von 1979 bis 1982 auf 138 Milliarden DM. Das sind also im Vierjahresvergleich 18 Milliarden DM weniger.

Walther

(A) Aber es kommt hinzu: Diese Jahre der sozialliberalen Regierungszeit, von denen ich sprach, waren Jahre des auslaufenden Aufschwungs und der beginnenden Rezession.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Hier hingegen handelt es sich um einen Haushalt im beginnenden Aufschwung. Es wird also noch gravierender, was ich sage, nämlich daß Herr Stoltenberg 18 Milliarden DM mehr Haushaltsdefizite macht als seine sozialdemokratischen Vorgänger unter anderen als den von Herrn Stoltenberg jetzt behaupteten besseren ökonomischen Bedingungen.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich nenne dies erneut eine Scheinkonsolidierung. Der Bundeskanzler beklagt sich, daß seine Politik schlechter dargestellt werde, als sie sei. Bei Ihnen, Herr Dr. Stoltenberg, ist es — es tut mir leid, aber das muß ich doch sagen — genau umgekehrt: Ihre Politik wird besser dargestellt, als sie tatsächlich ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Zuruf des Abg. Kolb [CDU/CSU])

Ich komme zu folgendem Ergebnis. Erstens. Der Bundeshaushalt 1986 setzt erneut die skandalöse Umverteilungspolitik fort.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Zweitens. Er entzieht sich seiner beschäftigungs- (B) politischen Verpflichtung und ist zusammen mit der mittelfristigen Finanzplanung ohne jede beschäftigungspolitische Perspektive.

(Beifall bei der SPD — Dr. Riedl [München] [CDU/CSU]: Nein! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Eine sozialdemokratische Bundesregierung würde erstens, ohne das Ziel der Haushaltskonsolidierung aus dem Auge zu verlieren, die Politik der sozial ungerechten Umverteilung beenden.

(Beifall bei der SPD — Dr. Friedmann [CDU/CSU]: Mehr Schulden machen!)

Sie würde zweitens eine gerechtere Steuerpolitik einleiten,

(Zuruf von der CDU/CSU: Steuererhöhungen!)

die vor allem den wirklichen Leistungsträgern der Gesellschaft zugute kommt.

(Beifall bei der SPD)

Eine sozialdemokratische Bundesregierung würde drittens das, was der Bund und der Bundeshaushalt für eine deutliche Verbesserung der Beschäftigungssituation tun können, sofort und beherzt in Angriff nehmen.

(Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Durch Steuererhöhungen!)

Soziale Gerechtigkeit würde nicht wie vom Bundeskanzler als „Sozialneid" diffamiert werden, (C) meine Damen und Herren, sondern als tragendes Element unserer Gesellschaft praktiziert werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden verstehen daß nach dem, was ich vortragen durfte, dieser Haushalt nicht den Ansprüchen genügt, die wir Sozialdemokraten an ihn stellen müssen. Wir werden daraus die einzig richtige Konsequenz ziehen: Wir werden ihn ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat Herr Abgeordneter Echternach.

Echternach (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Walther, dem Dank, des Sie eingangs Ihrer Rede ausgesprochen haben, möchte ich mich gern anschließen und ihn ausdrücklich auf Sie als den Vorsitzenden des Ausschusses erweitern.

Im übrigen aber hat Ihre Rede gezeigt, wie schwer es eine Opposition hat, wenn — wie zur Zeit — die Entwicklung in unserem Lande so sichtbar aufwärts geht. Ein so freundliches Bild, wie es die Sachverständigen über die wirtschaftliche Lage im (D) Lande zeichnen, hat es ja seit vielen, vielen Jahren nicht mehr gegeben. Die Sachverständigen sagen, daß es so weitergeht, ja, daß sich diese wirtschaftliche und finanzielle Aufwärtsentwicklung noch verstärken wird.

Wie will die Opposition solchen Erfolgen dieser Politik eine glaubwürdige Alternative entgegenstellen? Sie muß sich ja immer an dem messen lassen, was sie selbst in den 13 Jahren ihrer Regierungszeit vollbracht hat.

(Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Das haben die leider vergessen!)

Ich weiß nicht, ob dies der Grund ist, warum sich der neue Kanzlerkandidat der Opposition hier der Diskussion entzieht. Herr Brandt hat versucht, dies mit formalen Hinweisen zu entschuldigen, nämlich daß Herr **Rau** ja Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen sei.

Nur: Dieser Hinweis überzeugt nicht, denn seit 1949 hat sich jeder Kanzlerkandidat, selbst wenn er nicht dem Bundestag, sondern dem Bundesrat angehörte, hier der kritischen Diskussion vor der deutschen Öffentlichkeit gestellt. Herr Brandt hat es damals als Regierender Bürgermeister von Berlin getan.

(Brandt [SPD]: Nein, das hat er nicht getan!)

Der jetzige Bundeskanzler hat dies als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident getan. Der bayerische Ministerpräsident hat dies genauso getan. Sie

Echternach

(A) haben sich hier der streitigen Diskussion gestellt, und so gehört sich das auch.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zander [SPD]: Reden Sie zum Haushalt! Das ist das Thema!)

Das gehört sich erst recht, wenn man hier wegen seiner eigenen Politik, wegen seiner Verantwortung massiv angesprochen wird.

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rumpf?

Echternach (CDU/CSU): Ja, bitte.

Dr. Rumpf (FDP): Herr Kollege Echternach, sind Sie denn sicher, ob der Herr Rau Kanzlerkandidat werden wird?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Echternach (CDU/CSU): Das ist eine neue Deutung, die Sie dem Wegtauchen des Herrn Rau hier in dieser Debatte geben. Darauf wird die SPD vielleicht nicht eine Antwort geben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zander [SPD]: Außerdem geht Sie das überhaupt nichts an! — Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Das ist ja schrecklich! — Waltemathe [SPD]: Geben Sie zu, daß (B) heute der Bundesrat tagt?!)

Meine Damen und Herren, ich muß feststellen, daß sich, als z. B. im Verantwortungsbereich des niedersächsischen Ministerpräsidenten eine bestimmte Kraftwerksentscheidung hier von Ihnen massiv angesprochen wurde — das Thema Buschhaus —, der zuständige Ministerpräsident natürlich hier gestellt hat. Während wir hier eine andere Kraftwerksentscheidung im Verantwortungsbereich Ihres Kanzlerkandidaten ansprechen, während wir die Frage aufwerfen, wie Sie es verantworten können, ein solches **Kraftwerk in Ibbenbüren** mit einem derart massiven zusätzlichen Schadstoffausstoß ans Netz gehen zu lassen — in Buschhaus sind parallel dazu andere Kraftwerke abgeschaltet worden; in Buschhaus ist der Gesamtausstoß an Schadstoffen sogar heruntergegangen —, entzieht sich Herr Rau der kritischen Diskussion vor der deutschen Öffentlichkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zander [SPD]: Reden Sie über den Haushalt!)

Ich habe auch kein Verständnis dafür, daß der Oppositionsführer hier am Dienstag die Bundesregierung zu einer großen Gemeinschaftsleistung von Bund, Ländern und Gemeinden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auffordert

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Reden Sie zum Haushalt!)

und daß dann, wenn diese Bundesregierung genau das dort tut, wo es noch Probleme gibt, nämlich in der Bauwirtschaft, ausgerechnet Ihr Kanzlerkandidat sich dieser Gemeinschaftsanstrengung verweigert (C)

(Walther [SPD]: Ist doch nicht wahr!)

und nicht den Beitrag erbringt,

(Zuruf von der SPD: Sie sagen die Unwahrheit!)

den alle Bundesländer mit dem Bund vereinbart haben und den er als einziger unter den Ministerpräsidenten verweigert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Waltemathe?

Echternach (CDU/CSU): Ja.

Waltemathe (SPD): Herr Kollege Echternach, haben Sie denn Verständnis dafür, daß der Abgeordnete Kohl einige Minuten hier anwesend war, der Bundeskanzler aber noch gar nicht, während hier der Haushalt beraten wurde?

Echternach (CDU/CSU): Sie lenken ab. Der Bundeskanzler hat hier gesprochen, und Ihr Kanzlerkandidat entzieht sich der Diskussion mit ihm. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich weiß nicht, ob er von Ihnen Auftrittsverbot bekommen hat, nachdem er kürzlich vor der Presse eine solche Bauchlandung gemacht hat, (D)

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Primitiver geht es nicht!)

sich so leichtfertig und undifferenziert, wie er selbst gesagt hat, vor der Presse geäußert hat.

(Roth [SPD]: Ihnen wünsche ich Auftrittsverbote, der CDU und Ihnen!)

Auf jeden Fall aber muß ich feststellen: Wer Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden will, der kann und darf sich am Bundestag nicht vorbeimogeln und mit Fernsehstatements über die Runden zu kommen versuchen, sondern der muß sich hier der offenen Diskussion im Deutschen Bundestag stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn ich, meine Damen und Herren, die verschiedenen Diskussionsbeiträge der letzten vier Tage Revue passieren lasse, dann zieht sich durch diese Diskussion wie ein roter Faden — von der Rede von Herrn Vogel über die von Herrn Schröder bis hin zu den beiden Reden, die wir heute gehört haben — der vergebliche Versuch der Opposition, zu einer neuen gemeinsamen Strategie zu gelangen. Drei Jahre lang haben Sie auf **Angstmacherei** gesetzt. Drei Jahre lang haben Sie versucht, vorhandene Angstgefühle zu aktivieren und gleichzeitig neue Angst zu schüren, z. B. Angst vor dem Krieg, eine Angst, die in einem Volk, das zwei Kriegskatastrophen in diesem Jahrhundert erlebt hat, natürlich sehr tief sitzt. Sie haben massiv die Kriegs-

Echternach

(A) angst geschürt, haben von einer neuen Eiszeit im Ost-West-Verhältnis gesprochen.

Und auch Sie, Herr Kollege Brandt, der Sie heute moderate Töne gefunden haben, haben außerhalb des Parlaments und auch innerhalb des Parlaments vor zwei Jahren ganz andere Töne angeschlagen. Sie haben damals vor zwei Jahren hier im Parlament sogar davon gesprochen, daß die Stationierung atomarer Waffen den Atomkrieg führbarer und damit wahrscheinlicher erscheinen lasse. Sie haben noch etwas anderes gesagt: Ich behaupte an dieser Stelle — so sagten Sie —, die Allianz und mit ihr die Bundesregierung versäumen — ich fürchte: leichtfertig; jedenfalls offenkundig — die historische Chance, die Sowjetunion erstmals in der Geschichte vertraglich auf die Verschrottung von zahlreichen modernen Atomwaffen zu verpflichten. — Die Wirklichkeit hat Sie widerlegt. Die beiden Supermächte sitzen zusammen; sie haben sich sogar auf das gemeinsame Ziel verständigt, 50% ihrer Atomwaffen zu verschrotten. Ich kann nur feststellen: Es gibt große Propheten, es gibt kleine Propheten, und es gibt Sozialdemokraten, die im Gewand von Propheten Angstmacherei betreiben, tatsächlich aber von der Wirklichkeit widerlegt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Wirklichkeit zeigt, daß sich die Festigkeit des Westens gelohnt hat, daß sie den Weg für einen **Dialog der Supermächte** und eine neue **Abrüstungsinitiative** freigemacht hat. Und wieder einmal zeigt sich, was uns die Geschichte immer wieder lehrt: Nur wer fest bleibt, kann auch Frieden und Sicherheit garantieren.

(B)

Sie haben Angst vor einer Wirtschaftskrise zu erzeugen versucht, davon gesprochen, daß unsere Stabilitätspolitik zum Kaputtsparen führe. Sie sind widerlegt worden. Seit drei Jahren wächst unsere Wirtschaft mit zunehmender Dynamik.

(Zuruf von der SPD: Und die Zahl der Arbeitslosen auch!)

Sie haben, als sich schon der Aufschwung abzeichnete, davon gesprochen, daß dieser Aufschwung am **Arbeitsmarkt** vorbeigehen werde, haben Angst vor Arbeitlosigkeit erzeugt, von drei bis vier Millionen Arbeitslosen gesprochen. Auch hier sind Sie durch die Wirklichkeit widerlegt worden. Anders als zur Zeit Ihrer Regierung, 1981 und 1982, als die Arbeitslosigkeit jeweils um über 40% wuchs, sinkt seit dem Mai dieses Jahres, saisonbereinigt, die Arbeitslosigkeit, und die Beschäftigtenzahlen steigen mit wachsender Beschleunigung an.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben Angst vor sozialer Not zu erzeugen versucht, mit Ihrer Verelendungspropaganda das Schreckgespenst des sozialen Abstiegs beschworen. Wir haben an Stelle Ihrer Geldentwertungspolitik, die tatsächlich die größte soziale Umverteilung mit sich brachte, aber nicht von unten nach oben,

(Zurufe von der SPD: Ja!)

(C) sondern von oben nach unten,

(Waltemathe [SPD]: Endlich sagt er die Wahrheit!)

Stabilitätspolitik betrieben. — Natürlich wirkt sich jede Inflation umgekehrt aus. Sie haben mit Ihrer Inflationspolitik tatsächlich Umverteilungspolitik unsozialster Art betrieben. Wir haben demgegenüber Geldwertstabilität hergestellt, die gerade den sozial Schwachen besonders zugute kommt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Besonders übel war vor drei Jahren aber Ihr Spiel mit der Angst der Mieter um ihre Wohnungen und vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen. Zusammen mit dem Sofortprogramm zur Beseitigung des noch bestehenden Wohnungsmangels haben wir damals das **Mietrecht** durch den Einbau marktwirtschaftlicher Elemente auf eine neue partnerschaftliche Basis zwischen Mieter und Vermieter gestellt. Wir haben damals erklärt, daß dieses neue Mietrecht mittelfristig zu einer Anpassung der Mietentwicklung an die Lebenshaltungskosten führen werde. Sie haben das Gegenteil gesagt, von „Mieterhöhungsgesetz" gesprochen, uns hier massiv mit Vorwürfen überhäuft.

Aber schlimmer als das, was hier gewesen ist, war die anschließende Kampagne des Mieterbundes unter dem Vorsitz Ihres Geschäftsführers Jahn mit den Stichworten: „Demontage des Mieterschutzes", „Mieter werden vogelfrei", „Mietenexplosion", „Gefährdung des sozialen Friedens", „Kann der Mieter nicht mehr zahlen, fliegt er raus". Auch hier haben Sie wieder systematisch Angst geschürt.

(D)

(Zander [SPD]: Was hat das alles mit dem Haushalt zu tun?)

Aber der Gipfel war das, was sich in der letzten Woche vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg abgespielt hat. Der Bundeskanzler hat es im Zusammenhang mit dem Stichwort **Mietenlüge** schon angesprochen. Sie haben bezeichnenderweise auch hier in diesen vier Tagen kein Wort dazu gesagt. Ihr Schweigen war beredt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Am Sonntag vor der Bürgerschaftswahl verteilte die Hamburger SPD in vielen hunderttausend Exemplaren an alle Hamburger Haushaltungen diese „Zeitung am Sonntag" mit der zentralen Überschrift:

(Roth [SPD]: „HSV Herbstmeister"!)

„Kohls Weihnachtsgeschenk: 30 % mehr Miete". Da heißt es weiter:

> Jetzt zeigt die Regierung Kohl ihr wahres Gesicht. Das neue Mietgesetz macht Millionen Mieter zum Freiwild der Hausbesitzer, das zynischste und unsozialste Weihnachtsgeschenk, das jemals eine Regierung der großen Mehrheit ihrer Bürger verpaßte. Dieses Mietgesetz nimmt 15 Milliarden DM aus den Taschen der Mieter und steckt sie den Vermietern zu.

Aber das war nur der Anfang der Mietenlüge; denn in den folgenden Tagen spielten Mieterbund, Bürgermeister von Dohnanyi, der Hamburger DGB-

Echternach

(A) Vorsitzende, der gleichzeitig hoher SPD-Funktionär in Hamburg ist, und die Neue Heimat Hand in Hand ein übles Spiel, um die Angst auf einen Höhepunkt zu treiben.

(Roth [SPD]: Das ist alles sehr zukunftweisend! — Zander [SPD]: Was hat das alles mit dem Haushalt zu tun?)

Der Hamburger Senat legte in einer offiziellen Drucksache eine Modellrechnung vor, wonach die Miete einer 600 DM teuren Wohnung innerhalb von zehn Jahren auf 1 460 DM steigen könnte, d. h. also um 15 % in jedem Jahr. Mit diesen Argumenten trommelten Sie, trommelte diese verfilzte Gemeinschaft in dieser Woche Tag für Tag; wahrheitswidrig wurde das Gegenteil von dem behauptet, was im Gesetz stand. Zwei Tage vor der Wahl fand sich dann die Spitze des Gewerkschaftsbundes in Hamburg mit einer solchen Anzeige: „Warnung: Das neue Mietengesetz bringt den sozialen Frieden in Gefahr". Noch einmal an die Hamburger gerichtet hieß es: „In aller Eile hat die Bonner Übergangsregierung nun auch den Mieterschutz gestürzt. Unter dem falschen Etikett ‚Ankurbelung des Wohnungsbaus' ist in Wirklichkeit ein Mieterhöhungsgesetz verabschiedet worden. Der Vermieter erhält Rechte, die der Willkür Tür und Tor öffnen; der Mieter verliert Kündigungsschutz."

(Kolb [CDU/CSU]: Die haben das von der Neuen Heimat!)

Dies war schon der Gipfel, aber es kam noch schlimmer. Denn das Trommelfeuer zielte auf einen (B) bestimmten Vorgang, der sich dann am Mittwoch, am Donnerstag und am Freitag vor der Hamburger Bürgerschaftswahl ereignete. In diesen Tagen verteilten die Hausmeister bei der Neuen Heimat und bei den anderen Wohnungsbaugesellschaften

(Kolb [CDU/CSU]: Die haben es auch nötig!)

an die Sozialmieter, die vom Gesetz überhaupt nicht betroffen waren, Mietererhöhungsbescheide auf Grund von Mieterhöhungen, die der Hamburger Senat auf Grund von Gesetzen beschlossen hatte, mit denen die neue Regierung gar nichts zu tun hatte, sondern die von der alten Bundesregierung stammten.

(Roth [SPD]: Zum Thema! — Waltemathe [SPD]: Zur Tagesordnung! — Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Wir sind doch nicht in Hamburg!)

Das Ganze haben wir schon damals als Mietenlüge bezeichnet, weil subjektiv die Mieter das als wahr empfinden mußten, was Sie unwahrerweise über unsere Gesetze verbreitet hatten.

(Roth [SPD]: Der ist kabinettsreif, der würde Schwarz-Schilling überholen!)

— Das tut Ihnen weh, Herr Roth, aber sagen Sie hier etwas zur Sache!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ganze Ausmaß der Mietenlüge wird erst in diesen Tagen deutlich; denn heute steht fest, daß unser Mietrechtsgesetz die Entwicklung der Mieten (C) nicht nach oben getrieben, sondern im Gegenteil gebremst hat. Seit Inkrafttreten dieses Gesetzes sind die Mieten Jahr für Jahr niedriger gestiegen, im frei finanzierten Wohnungsbau von 4,4 % auf nur noch 1,8 % im letzten Monat. Das ist die niedrigste Mietsteigerung, seit es überhaupt eine Mietenstatistik gibt, und eine soziale Großtat für alle Mieter.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Genauso unwahr war Ihre Behauptung, das neue Mietgesetz nehme 15 Milliarden DM aus den Taschen der Mieter und stecke sie den Vermietern zu. Die Wahrheit ist: Allein die geringere Mietsteigerungsrate gegenüber 1982 entlastet heute die Mieter um 4 Milliarden DM oder — um es in Ihrer Klassenkampfsprache zu sagen — nimmt 4 Milliarden DM aus den Taschen der Vermieter und steckt sie den Mietern zu. Wenn es eine Umverteilung ist, dann ist es nicht eine Umverteilung von unten nach oben, sondern von oben nach unten. Aber das hat natürlich mit Klassenkampfklischees nichts zu tun, sondern zeigt nur die größere Leistungsfähigkeit eines marktwirtschaftlich orientierten Wohnungsmarktes, zeigt, daß die Marktkräfte bei einem ausgeglichenen Wohnungsmarkt die Mieten eher dämpfen und für mehr Gerechtigkeit sorgen als jede Verteilungsbürokratie.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Besonders makaber ist, daß jetzt die gleichen Kräfte, die damals diese Mietenangst geschürt haben, heute genau das bei der Neuen Heimat praktizieren, nämlich Angst vor Aushöhlung des Mieterschutzes und gleichzeitig vor Vermieterwillkür erzeugen. (D)

(Seiters [CDU/CSU]: Wo ist denn der Präsident des Mieterbundes?)

Meine Damen und Herren, die Haushaltsberatungen zeigen, daß diese Angstkampagne zusammengebrochen, an der Wirklichkeit und an der Vernunft unserer Mitbürger gescheitert ist. Die Bilanz nach drei Jahren zeigt: Unser politischer Kurs stimmt, und wir werden ihn deshalb konsequent fortsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Zu einer direkten persönlichen Erwiderung nach § 30 unserer Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Brandt das Wort.

Brandt (SPD): Herr Präsident, ich bin dankbar für die Möglichkeit — gestützt auf die einschlägige Bestimmung der Geschäftsordnung —, einen Irrtum des Kollegen Echternach richtigzustellen. Tatsache ist, daß ich im Bundestagswahlkampf 1961 nicht in meiner Eigenschaft als Kanzlerkandidat meiner Partei an dieser Stelle gesprochen habe, sondern zu den Vorgängen allein um den 13. August 1961, also nicht in einer kontroversen Auseinandersetzung mit der Regierung. Tatsache ist weiter, daß ich mich — gestützt auf mein Verständnis vom Verhältnis zwischen Bundesrat und Bundestag — auch im Jahre 1965 nicht zu anderen als zu Anliegen der

Brandt

(A) durch mich vertretenen Stadt vor dem Deutschen Bundestag geäußert habe.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD — Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Und wo ist Ihre Entschuldigung zur Mietenlüge? — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Suhr.

Suhr (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem in den letzten Tagen so viele Danksagungen ausgesprochen worden sind, möchte ich auch einmal danken, und zwar den Damen und Herren des Stenographischen Dienstes und den Saalboten, die die ganze Debatte, die oft ziemlich ätzend war, miterleben mußten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Fraktion der GRÜNEN lehnt diesen Haushalt auch in der dritten Lesung ab;

(Zurufe von der CDU/CSU)

denn wir finden, daß dieser **Haushalt** den großen Problemen der Gegenwart nicht gerecht wird. Ich muß feststellen, daß sowohl bei der SPD wie bei der CDU/CSU wie bei der FDP die Kreativitätsrate noch unter der Inflationsrate liegt.

(Tatge [GRÜNE]: Sie geht gegen Null!)

(B) Sie tendiert nämlich gegen Null. Ihnen fällt absolut nichts mehr ein. Hier werden immer uralte Klamotten hin und her geworfen. Wir sitzen in der Mitte und müssen uns das anhören.

(Tatge [GRÜNE]: Das ist unerträglich! Eine langweilige Vorstellung! — Zuruf von der CDU/CSU: Dummer Schwätzer!)

Wir lehnen diesen Haushalt erstens ab, weil er nicht die Abrüstung fördert, sondern die Aufrüstung. Wir lehnen diesen Haushalt 1986 zweitens ab, weil er die ökologische Zerstörung weder in der Bundesrepublik noch international bremst oder gar stoppt. Dieser Haushalt wird die Umweltkrise vielmehr weiter verschärfen und forcieren. Wir lehnen diesen Haushalt drittens ab, weil er nichts dazu beiträgt — weder hier noch in der Dritten Welt —, was geeignet wäre, die Unterschiede zwischen arm und reich zu verringern. Wir lehnen diesen Haushalt auch ab, weil er ökonomisch antiquiert ist und weil er auf die Verschwendung von Milliarden von Steuergeldern für eine irrationale, menschenfeindliche und einseitig orientierte Industriepolitik setzt.

Sie fördern Technologien wie Weltraumforschung — sowohl im militärischen wie im zivilen Bereich —, Sie fördern Technologien wie die Atomtechnik, wie Bioäthanol im Agrarbereich, wie Gentechnik

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist doch umweltfreundlich!)

— da sollten Sie sich einmal die Abwässer und die Abfälle anschauen, die bei Bioäthanol entstehen; (C) dann können Sie einmal von Umweltfreundlichkeit reden —,

(Tatge [GRÜNE]: Er hat keine Ahnung! — Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Herr Suhr hat keine Ahnung!)

Sie fördern Technologien, die alles andere als menschenfreundlich sind. Vielmehr handelt es sich um Großtechnologien, die weitgehend nicht beherrschbar sind und die Milliarden von Steuergeldern verschlingen, die wir für weitaus sinnvollere Investitionen dringend nötig hätten.

Wir werden ja immer als die absoluten Technikfeinde hingestellt. Das ist natürlich nicht der Fall. Wir treten vielmehr ein für Spitzentechnologien beim Wassersparen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wie oft waschen Sie sich zu Hause?)

bei der Luftreinhaltung, in vielen Umweltbereichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da hat die Politik seit vielen Jahren, seit 15 Jahren kläglich versagt.

Diese Bundesregierung arbeitet mit vielen Deckmäntelchen, und zwar in allen Konfektionsgrößen: für Männer und Frauen, für Jugendliche, für Rentner und für Sozialhilfeempfänger.

(D) (Zuruf von der CDU/CSU)

Dies ist eine Regierung der Vertuschung und der Schönfärberei.

Diese Regierung bestreitet, daß es eine Ausweitung der Armut durch die **Ausweitung der Massenarbeitslosigkeit** gibt. Doch die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. So hat z. B. vor wenigen Tagen der Paritätische Wohlfahrtsverband in Nordrhein-Westfalen, dem immerhin 1 400 gemeinnützige Organisationen angehören, festgestellt, daß es in unserer Gesellschaft immer mehr Menschen zweiter Klasse gibt, und zwar Menschen, bei denen der Alltag von der Kontrolle durch Amtspersonen bis hinein in die Kleiderschränke geprägt wird, Menschen zweiter Klasse, bei denen der Alltag durch die Kontrolle von Amtspersonen in Sozialämtern geprägt wird, wo die Türen außen keine Klinke mehr haben, damit niemand mehr unaufgefordert eintreten kann. Es sind Menschen, die unter dieser Sozialpolitik Tag für Tag sehr zu leiden haben.

Der unerträgliche Skandal dabei ist, daß diesen Wohlfahrtsverbänden, die versuchen, diese Ausweitung der Armut im Alltag aufzufangen, die Spendengelder ausgehen, weil sie auf Grund der ganzen Parteispendenskandale, die Sie in den letzten Jahren praktiziert haben, keine Spenden mehr bekommen.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Ein weiterer Skandal ist, daß die Bußgelder, die diese Wohlfahrtsverbände früher bekommen ha-

Suhr

(A) ben, in zunehmendem Maß in die Staatskasse fließen, um zur Haushaltskonsolidierung beizutragen.

(Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Stimmt es, daß die GRÜNEN nur aus der Staatskasse leben?)

Das ist die barmherzige Politik, die Sie betreiben, Herr Riedl.

Wer bei vier Millionen Arbeitsuchenden und über zwei Millionen gemeldeten Arbeitslosen die Privatflieger mit 15 Millionen DM subventionieren will — an der Spitze steht Franz Josef Strauß —, wer so eine Politik betreibt, der hat meines Erachtens jede politische Moral verloren.

(Beifall bei den GRÜNEN — Stockhausen [CDU/CSU]: Die haben Sie noch nie gehabt!)

Es sollte Ihnen eigentlich die Schamröte ins Gesicht treiben, eine solche Politik hier zu vertreten.

Diese Regierung redet davon, den sozialen Konsens erhalten zu wollen, und versucht gleichzeitig, die **Gewerkschaften** auszubluten und auszutrocknen, indem das Arbeitsförderungsgesetz geändert wird. Da möchte ich Sie doch fragen, ob Sie hier Zustände wie in den USA schaffen wollen, wo in dem Werk von BASF in Louisiana seit 17 Monaten die Arbeitnehmer ausgesperrt werden, und zwar mit ausdrücklicher Billigung der BASF-Zentrale in Ludwigshafen.

(B)

(Mann [GRÜNE]: Hört! Hört!)

Ist das Ihre Sozialpolitik, die Sie hier anstreben? Diesen Arbeitnehmern geht jetzt vor Weihnachten die letzte Unterstützung aus. Sie kämpfen nicht mal für höhere Löhne. Sie kämpfen nur für bessere Arbeitsbedingungen, weil sie nämlich in Louisiana ein zweites Bhopal verhindern wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zum Deckmäntelchen **„internationale Schuldenkrise"**. Herr Stoltenberg, Sie lassen sich im Ausland und im Inland so gern als Musterknabe im Fach Solidität und Seriosität feiern. Sie haben die bundesdeutsche Öffentlichkeit über das enorme Risiko getäuscht, das sich in diesem Bundeshaushalt verbirgt, was die außenwirtschaftliche Flanke angeht. Sie wissen, daß durch die Übernahme von zunehmend risikoreichen Bürgschaften und Garantien für Ausfuhrgeschäfte diese Bundesregierung versucht, den Export weiter hochzupushen. Das wird nach unserer Ansicht die internationale Schuldenkrise verschärfen. Selbst Helmut Schmidt und der Sachverständigenrat haben darauf hingewiesen, daß diese starke außenwirtschaftliche Orientierung eine Fehlentwicklung ist. Wir Grünen treten für eine neue Weltwirtschaftsordnung ohne Ausbeutung und Abhängigkeit ein, und zwar bevor es zum Kollaps kommt.

(Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Importe mehr fördern!)

(C) Und wir fordern eine Dritte Welt-Politik, die nicht eine versteckte und kaschierte Exportförderung ist, wie sie Herr Warnke hier betreibt.

(Beifall bei den GRÜNEN — Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Nur noch Importe überall!)

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Bitte kommen Sie zum Schluß.

(Stockhausen [CDU/CSU]: Gott sei Dank! Auf Wiedersehen!)

Suhr (GRÜNE): Ich komme sofort zum Schluß.

0,6% dieses Bundeshaushalts für den **Umweltschutz** — das sollte sich doch hier jeder noch mal überlegen. Ich weise darauf hin, daß es mittlerweile ein Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung gibt. Und da will ich doch den Herrn Stoltenberg und auch Sie mal auffordern, daß wir 1987 vielleicht nicht mehr über das Sachverständigengutachten reden, sondern daß Sie mal überlegen, wie wir Auswege aus dem Dilemma des industriellen Wachstums finden und daß wir hier wirklich mal Phantasie ansetzen, statt ständig dieses Getöse und diese antiquierte Wirtschaftspolitik zu veranstalten, die uns immer weiter in diese Umweltkrise führen wird.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Präsident Dr. Jenninger: Ich erteile das Wort dem Herrn Bundesminister der Finanzen.

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch diese dritte Lesung des Bundeshaushalts hat — wie die vorhergehenden Tage — grundlegende Auffassungsunterschiede zwischen Koalition und Opposition deutlich gemacht.

(Vogel [München] [GRÜNE]: Sehr richtig, ganz genau!)

Das gilt für die Haushalts- und Finanzpolitik, das gilt für innen- und sozialpolitische Themen und auch für weite Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik. Aber nach einem so heftigen und vielfältigen Schlagabtausch lohnt es sich natürlich auch, zum Schluß darüber nachzudenken, wo es denn überhaupt Punkte der Berührung, vielleicht auch Punkte des begrenzten, sektoralen Einvernehmens gibt — über die Grenzen der politischen Lager hinweg.

Ich habe solche Punkte — und will sie hervorheben — in dem erkannt, was einige sozialdemokratische Politiker — Herr Posser noch deutlicher als Herr Walther und Herr Wieczorek — zu den Notwendigkeiten einer **Weiterführung der Konsolidierungspolitik** gesagt haben. Gerade das Plädoyer des nordrhein-westfälischen Finanzministers, dem ich in vielen einzelnen Punkten nicht zustimme — ich komme nachher noch auf einen wichtigen Punkt zu sprechen —, unterstreicht, daß die Länder und auch der Bund nach den schweren Hypotheken einer falschen Politik der 70er Jahre im Prinzip keine an-

Bundesminister Dr. Stoltenberg

(A) dere Wahl haben, als auf gesundere Staatsfinanzen zu setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Unter diesem Vorzeichen habe ich den Beitrag eines profilierten sozialdemokratischen Finanzministers in der Haushaltsdebatte des Bundestages hier begrüßt.

Herr Kollege Hoppe hat auf die Beratungsergebnisse des **Finanzplanungsrates** verwiesen. Dort, im überparteilichen Kreis der Minister des Bundes und der Länder und der kommunalen Spitzenverbände, ist der Konsens sogar noch ein Stück größer, als hier in der öffentlichen Sitzung des Bundestages sichtbar wurde. Ich sehe auch gewisse Punkte der Berührung — zumindest in der Analyse — in dem, was einige sozialdemokratische Kollegen zu Fragen der **internationalen Währungs- und Wirtschaftspolitik** gesagt haben. Das kann ich — ich mache nur eine Randbemerkung, Herr Suhr,

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Mehr lohnt sich auch nicht!)

zu Ihren Bemerkungen und denen der GRÜNEN — hinsichtlich der kleineren Opposition in diesem Hohen Hause nun überhaupt nicht erkennen: Fast alles ist falsch.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Sie behaupten, daß wir den Export mit steigenden Bürgschaften und Gewährleistungen künstlich stimulieren. Wahr ist, daß der Prozentsatz der deutschen Exporte, der mit Bürgschaften und Gewährleistungen abgesichert wird, in den letzten drei Jahren rückläufig war. Aber Sie wollen sich die Reinheit und Torheit ideologischer Vorurteile ja nicht einmal in einer Haushaltsdebatte durch Tatsachen trüben lassen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von den GRÜNEN)

Falsch ist auch das, was Sie zum Anteil der **Mittel für Umweltschutz** in diesem Bundeshaushalt — wer immer Ihnen die 0,6 % ausgerechnet hat — hier vorgetragen haben. Aber der Punkt ist ja ein ganz anderer: Wir verpflichten die Unternehmen und die Energiewirtschaft durch eine immer anspruchsvollere Umweltschutzgesetzgebung zu hohen, zweistelligen Milliarden-Investitionen. Und hier ist es — das muß ich Ihnen als einer sogenannten antikapitalistischen Partei einmal sagen — doch völlig richtig, daß die Unternehmen — die privaten und die staatlichen — diese Kosten selbst tragen, die notwendig sind, so daß nicht immer mehr auf den Steuerzahler, auf den Bundeshaushalt abgewälzt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Von Interesse war, wenn ich hier noch einmal über Punkte der Berührung oder des Einvernehmens reflektiere, für mich auch das, was der Kollege Mitzscherling — sehr knapp allerdings — zur **Steuerpolitik** gesagt hat. Es unterscheidet sich von manchen anderen öffentlichen Äußerungen aus dem sozialdemokratischen Lager. Ich begrüße es, daß er einen zentralen Punkt unseres Konzepts, die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch Abbau von Steuersubventionen, unterstützt hat, um das Ziel einer nachhaltigen Tarifsenkung zu erreichen.

(C)

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn wir auf dieser Grundlage vernünftig weiterdiskutieren können, dann ist das auf diesem Sektor ein begrenzter Fortschritt. Aber gerade hier gibt es nun in der Tat — ich will nicht das vertiefen, was andere gesagt haben — noch ein sehr breites und gegensätzliches Meinungsspektrum in der öffentlichen Debatte der Sozialdemokratie.

Meine Damen und Herren, für mich ist die Bilanz dieser Tage — auch nach den Ausführungen, die Herr Kollege Brandt heute gemacht hat —: Wir können eine in sich schlüssige finanz- und wirtschaftspolitische Alternative der SPD zu unserem Kurs nicht erkennen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Seiters [CDU/CSU]: Kein Wunder!)

Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU und der FDP für die engagierte Unterstützung unserer Finanz- und Haushaltspolitik, für die eindrucksvolle Art, in der das geschehen ist, und auch für den freundschaftlichen persönlichen Zuspruch bedanken.

Ich möchte zu den kritischen Anmerkungen von Herrn Kollegen Brandt — —

(Abg. Suhr [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

(D)

— Ich bitte um Entschuldigung, ich schaue auf die Uhr, Herr Kollege Suhr. Ich möchte jetzt zu Herrn Kollegen Brandt einiges sagen.

Wir sind uns der anhaltenden Probleme und Belastungen für die staatlichen Bilanzen und viele Menschen, die aus der Rezession der Jahre 1980 bis 1983 weiterwirken, sehr wohl bewußt. Nichts in dem, was der Bundeskanzler, die Fraktionsvorsitzenden der Koalition und viele von uns hier gesagt haben, rechtfertigt, Herr Brandt, die Behauptung, daß wir uns an jenen orientieren, die in der Sonne stehen, und jene übersehen, die die Lasten eines schweren Lebensschicksals tragen. Nichts rechtfertigt diese Unterstellung, die ich nachdrücklich zurückweise!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist ein zentraler Punkt unserer Begründungen für diese Politik gewesen, die Sie kritisieren, daß sie allen Bürgern dienen soll. Geldwertstabilität statt Verharmlosung der Inflation ist am wichtigsten für die sozial schwachen Bürger unseres Landes.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch in den Jahren hoher Inflation, Herr Kollege Brandt, die die Sozialdemokratische Partei weitgehend politisch vertreten muß, konnten Bezieher hoher Einkommen und Leute mit Vermögen ausweichen in Sachanlagen, in Immobilien im In- und Ausland; aber die Rentner, die kinderreichen Familien mit kleinen Einkommen, die große Mehrzahl der

Bundesminister Dr. Stoltenberg

(A) Arbeitnehmer, konnten es nicht, und sie wurden von dieser Inflation auf das schwerste getroffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben nach dem Regierungswechsel den von Ihnen und Ihren Freunden über Jahre gekürzten Bundeszuschuß zur Rentenversicherung wieder voll hergestellt. Das ist praktische Politik für die Rentner: Sicherung der sozialen Systeme, während Sie — natürlich in einer Notlage; wir haben darüber vorgestern gesprochen — die Finanzgrundlagen der Rentenversicherung durch Kürzung des Bundeszuschusses geschwächt haben.

(Walther [SPD]: Dafür haben Sie den Arbeitslosenzuschuß gekürzt!)

Wenn ich da noch einmal an Ihre Worte erinnere, Herr Kollege Brandt, das ist eben der häufige Widerspruch zwischen Deklamation in der Öffentlichkeit und praktischem Handeln in der eigenen Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir glauben mit vielen, über den Kreis unserer politischen Anhänger hinaus, daß mehr private und öffentliche Investitionen, wobei das Schwergewicht auf den privaten liegen muß,

(Kolb [CDU/CSU]: Was der Herr Apel nicht glauben will!)

für neue dauerhafte Arbeitsplätze wichtiger sind als kurzfristige Programme.

(B) Die von Herrn Kollegen Walther in einem Punkt soeben noch wieder kritisierten Entscheidungen für bessere Bedingungen für die hart bedrängte Bauwirtschaft, die hart bedrängte Landwirtschaft, sollen den betroffenen Menschen dienen, vor allem auch den Bauarbeitern. Herr Kollege Walther, Sie haben noch einmal einen fundamentalen Gegensatz deutlich gemacht, wenn Sie unter dem Thema „Erhöhung der Steuersubventionen" die **Abschreibungen für Wirtschaftsgebäude** kritisiert haben. Hier ist in der Tat eine sachliche Alternative erkennbar. Wir halten es für richtig — in diesem Punkte übrigens auch international unterstützt durch die Entwicklung der Abschreibungssätze in anderen Ländern —, daß wir die Steuerpolitik einsetzen, um einem bedrängten Wirtschaftszweig und seinen Arbeitern durch bessere Bedingungen für private Investitionen zu helfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Walther [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Zu den heutigen Pressemeldungen zum Thema **Flugbenzin** will ich Ihnen nur in aller Kürze sagen:

(Zuruf des Abg. Mann [GRÜNE])

Wir haben aus Ihrer Regierungszeit eine Situation, in der 97 % des verbrauchten Flugbenzins steuerlich freigestellt sind und 3% nicht. Niemand kann mir erklären, weshalb es sinnvoll ist, daß regionale Fluggesellschaften freigestellt sind und private Schulen zur Ausbildung von Piloten nicht. Nun gibt es die Alternative, für die sehr vieles spricht, alle

(C) wieder in die Besteuerung einzubeziehen. Das haben Sie nicht erreicht, und das ist auch heute nicht konsensfähig. Aber wenn die Angleichung in die eine Richtung nicht möglich ist, in ihrer Zeit nicht möglich war und auch in unserer Zeit politisch nicht möglich ist, ist es richtig, die Abgrenzung in die andere Richtung vorzunehmen. Dabei sage ich offen: Das ganze Thema wird sich wieder einmal als Thema der europäischen Steuerharmonisierung stellen. Im Moment tun wir einen Schritt zur Verwaltungsvereinfachung und zur Klarstellung,

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU/CSU — Lachen bei Abgeordneten der SPD)

und es ist abwegig, den Kollegen Franz Josef Strauß in dieser Hinsicht abzuqualifizieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Brandt hat gesagt: Eine nächste Rezession kommt sicher. Das ist, glaube ich, ein sehr wichtiger Punkt. Ich möchte es anders formulieren: Eine Abschwächung der Konjunktur kommt eines Tages sicher, aber wir müssen zwei Dinge tun — und das berührt den Kern unserer Strategie, unseres Denkens und Handelns, Herr Kollege Brandt —:

Erstens müssen wir das uns Mögliche tun, damit dieser Konjunkturzyklus eine möglichst lange Periode des Wachstums bringt — nicht nur im Interesse der Ökonomie, sondern auch im Interesse der Menschen!

(D) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zweitens müssen wir durch unsere Finanz- und Wirtschaftspolitik unsere Volkswirtschaft so stabil, so wetterfest machen, daß ein Konjunkturabschwung uns möglichst nicht wieder in eine Rezession mit einem stark schrumpfenden Sozialprodukt hineinführt — mit all den sozialen und menschlichen Härten, die wir noch bis heute verspüren. Das ist der Punkt!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Eine Garantie dafür kann bei den weltwirtschaftlichen Verflechtungen für die Zukunft niemand übernehmen — das ist wahr —, aber die Erfahrung der letzten Rezession Anfang der 80er Jahre zeigt, daß es von Japan bis zur Schweiz Länder gab — ich habe sie hier in anderen Zusammenhängen mehrfach zitiert —, die diese Zeit einer weltweiten Konjunkturabschwächung und weltwirtschaftlicher Erschütterungen besser überstanden haben, die nicht wie wir in jene schlimme Schrumpfung der volkswirtschaftlichen Daten hineingeraten sind.

Wir sollten eine ernsthafte Diskussion, die wir — das habe ich hervorgehoben — in diesen Tagen — neben viel Polemik — in Ansätzen in einigen Beiträgen geführt haben, darauf konzentrieren, was wir denn tun müssen und tun können, um uns auf möglicherweise einmal wieder schwierigere weltwirtschaftliche Bedingungen vorzubereiten.

Meine Damen und Herren, dazu gehört eine Finanzpolitik, die nicht die alten Fehler, die Fehler

Bundesminister Dr. Stoltenberg

(A) der 70er Jahre, im Gewande neuer schöner Überschriften wiederholt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Und keine Dachlattenkoalition!)

Daß ehrenwerte, sozial gut gemeinte Absichten nicht genügen, erleben ja in diesen Tagen auch andere bekannte sozialistische Politiker. Der Ihnen, Herr Kollege Brandt, politisch und, wie ich glaube, auch persönlich eng verbundene Andreas Panpandreou muß in diesen Wochen in Athen feststellen, daß er mit einer falschen linkssozialistischen Politik der verbalen Volksbeglückung sein Land in die schwerste Krise der Nachkriegszeit hineingeführt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich weiß das deshalb etwas genauer, weil wir am Monat letzter Woche im zuständigen Rat der Europäischen Gemeinschaft lange über bestimmte Beistandsmaßnahmen für Griechenland gesprochen haben.

(Mann [GRÜNE]: Sie können die SPD nicht mit Papandreou vergleichen!)

Die dort vorgelegte Bilanz dieser Politik war — ich will das hier sehr höflich sagen — mehr als kritisch. Die sozialen Härten, die dort auftreten und zu großen Erschütterungen führen, zu Massenprotesten der Gewerkschaften in einer Form, wie wir sie in der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1985 nicht erlebt haben, zeigen, welche Fehler vermieden (B) werden müssen. Wir haben uns entschlossen, im Rahmen der Solidarität der Gemeinschaft Beistand zu leisten, auch und vor allem auf dem Gebiet der Währungspolitik. Aber dies alles sollte für die eine Warnung sein, die die alten falschen Rezepte wieder anwenden wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kollege Brandt, Sie haben in Ihrem Beitrag die Frage der **gemeinsamen Verantwortung,** die Frage der Gemeinsamkeit, aufgeworfen. Diese Frage haben wir alle immer wieder sehr ernst zu nehmen. Ich muß allerdings offen sagen, daß manches, was hier von einzelnen Ihrer Freunde — wenn ich etwa an den zweiten Hauptsprecher der Sozialdemokratie, den Abgeordneten Schröder (Hannover), denke — geboten wurde, Gemeinsamkeit nicht stärkt, sondern zerstören kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wissen Sie, keiner von uns kann in einer mehrtägigen Debatte immer im Plenum sein, aber man kann diese Frage der Gemeinsamkeit nicht aufnehmen, ohne noch einmal auf diese Rede des Herrn Schröder (Hannover) einzugehen.

Der Herr Schröder (Hannover) hat hier — ich sage das nur zum Thema „gemeinsame Verantwortung" — Dinge gesagt, die unglaublich sind.

(Roth [Gießen] [CDU/CSU]: Und Herr Brandt hat anschließend gratuliert!)

— Das habe ich nicht gesehen. — Das alles steht, gesagt von einem Hauptredner der SPD, im Protokoll dieser Woche, und ich will nur zwei Sätze zitieren. Herr Schröder sagt: (C)

> Ich denke, für diese Regierung müßte eine neue Hymne geschrieben werden. Ich habe Ihnen einige Begriffe genannt, die dafür in Frage kommen: Egoismus und Zwietracht und Spaltung.

(Beifall bei der SPD)

Diese Verunglimpfung unserer Nationalhymne und diese Verunglimpfung der Mitglieder der Bundesregierung macht jedes Reden von Gemeinsamkeit aus Ihren Reihen unglaubwürdig, solange das nicht in Ordnung gebracht wird.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jedem entfährt in der Hitze des Wortwechsels einmal ein unbedachtes Wort. Keiner ist davon frei. Das war eine von der ersten bis zur letzten Zeile aufgeschriebene Rede der Niedertracht. Ich bitte Sie, Herr Brandt, bringen Sie das in Ordnung, wenn Sie hier noch einmal von Gemeinsamkeit sprechen wollen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch in wichtigen politischen Sachfragen sind die Gegensätze seit 1982 größer geworden. Herr Kollege Brandt, Sie haben zu wichtigen Fragen der internationalen Politik, der Sicherheitspolitik und der Rüstungsbegrenzung geredet. Das will ich in der Kürze der Zeit im einzelnen nicht inhaltlich aufnehmen. (D)

(Mann [GRÜNE]: Das könnten Sie vermutlich auch gar nicht, Herr Minister!)

Ich will aber eines sagen: Es läßt sich nicht bestreiten, daß in den zentralen Fragen der Sicherheitspolitik, in dem Konflikt über Nachrüstung ihre Partei die Linie der Regierung Schmidt verlassen hat. Das läßt sich nicht bestreiten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und des Abg. Mann [GRÜNE])

Es ist eines der bedeutensten Verdienste des von Ihnen und Ihren Freunden geschmähten Bundeskanzlers Helmut Kohl, daß er in schweren inneren Auseinandersetzungen überzeugend diesen verantwortungsbewußten Kurs der Sicherheitspolitik des Bündnisses durchgesetzt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe bei dem Stichwort Gemeinsamkeit, Herr Kollege Brandt, auch noch an andere Vorgänge dieser Wochen gedacht. Wir alle in diesem Hohen Hause — ich vermute: außer den Kollegen der GRÜNEN wohl sonst alle — haben vor wenigen Wochen in würdiger und eindrucksvoller Form des 30jährigen Bestehens der Bundeswehr gedacht.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir haben auch gedacht!)

Es sind — ich habe die Berichte hier — auch von Ihnen viele gute Reden gehalten worden.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Bundesminister Dr. Stoltenberg

(A) — Bei Ihnen habe ich das nicht unterstellt; Sie brauchen das nicht durch Zwischenrufe klarzustellen. Im übrigen rede ich gerade mit den Kollegen der SPD.

(Tatge [GRÜNE]: Danke schön!)

Sie haben auch durch einen Empfang im Ollenhauer-Haus mit einer angemessenen und würdigen Rede herausgestellt — worin wir uns einig sind —: daß die Bundeswehr in diesen 30 Jahren als demokratische Volksarmee fest in unsere Verfassung und in das Leben unseres Volkes eingebettet ist. Das ist ein Sachverhalt, den wir alle nur begrüßen können.

Aber etwa zur selben Zeit, in der die Führung der Sozialdemokratischen Partei dies öffentlich im Ollenhauer-Haus sagte, gab es auch ganz andere Vorgänge. Ich möchte sie, Herr Kollege Brandt, auf die Vorgänge in Ihrer Heimatstadt Lübeck hinweisen. In Lübeck ist wie in vielen anderen Orten anläßlich dieses 30jährigen Jubiläums vor wenigen Wochen das **feierliche Gelöbnis** in der Öffentlichkeit auf dem traditionsreichen **Lübecker Marktplatz** durchgeführt worden. Es war das feierliche Gelöbnis einer Bundeswehreinheit, die wirklich seit Jahrzehnten fest im Leben dieser Stadt verankert ist, die sich bei Katastrophenfällen und bei vielen anderen schwierigen Situationen in vorbildlicher Weise für die Bürger eingesetzt hat. Im Vorfeld dieses feierlichen Gelöbnisses auf dem Lübecker Marktplatz gab es eine heftige Kampagne. Sozialdemokratische Distrikte kritisierten es auf das heftigste.

(B) (Tatge [GRÜNE]: Die sind lernfähig!)

Die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen", ASJ, in Lübeck bestritt die politische und rechtliche Legitimation, ein feierliches Gelöbnis auf dem Lübecker Marktplatz in dieser Form durchzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf dem Lübecker Marktplatz — das will ich Ihnen einmal sagen — reden Politiker der SPD, der CDU, wir beide, Herr Brandt und ich gehören dazu, der FDP, der Kommunisten, der GRÜNEN. Dort werden Flugblätter jeglicher Provenienz verteilt. Dort protestiert, wer will. Das alles ist möglich. Aber Sie wollen den Soldaten der Bundeswehr absprechen, daß sie dort in der Öffentlichkeit ihr feierliches Gelöbnis leisten. Das ist ja unglaublich!

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von der CDU/CSU: Pfui! — Unerhört! — Gegenrufe von den GRÜNEN)

Unter maßgebender Mitwirkung der örtlichen Vertreter der Sozialdemokratischen Partei ist ein Klima der Aggression entstanden, das zu folgendem Ergebnis geführt hat. Bei diesem feierlichen Gelöbnis waren viele Tausende Lübecker Bürger als Gäste zugegen, auch Kommunalpolitiker der SPD, natürlich über tausend Eltern und Angehörige, die aus allen Teilen des Bundesgebietes gekommen waren. Aber in nicht großer Entfernung von dieser eindrucksvollen und würdigen Veranstaltung hatten sich einige Hundert zusammengefunden, die durch (C) massive akustische Störungen diese würdige Veranstaltung schwer beeinträchtigt hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

— Da klatschen die GRÜNEN noch. Ich will das gerne im Protokoll festhalten. An dieser Stelle zu klatschen macht die Verkommenheit Ihrer Gesinnung wirklich sichtbar.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und Abgeordneten der FDP — Pfui-Rufe bei der CDU/CSU und der SPD — Abg. Mann [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Präsident Dr. Jenninger: Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Ich beantworte keine Zwischenfrage von Ihrer Seite. Ich empfinde das als eine Zumutung, was Sie hier vorführen, auch in Ihren Zwischenrufen und Reaktionen. Ich halte das für eine Zumutung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Mann [GRÜNE]: Das ist eine Zumutung, was Sie da vorne vorführen!)

Ich beantworte keine Zwischenfrage und möchte mich an die Kollegen der **Sozialdemokratischen Partei** wenden

(Mann [GRÜNE]: Sie sind eine Zumutung da oben, Herr Stoltenberg! — Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

(D) und Ihnen folgendes sagen. Sie müssen diesen Widerspruch zwischen Erklärungen der Solidarität mit der Bundeswehr und ihren Soldaten, die von vielen hier sicher aufrichtig gemeint abgegeben werden, und dem schlimmen Zustand, in dem sich Ihre Partei in weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland befindet, einmal auflösen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ziehen Sie endlich einen klaren Trennungsstrich, nicht nur verbal, sondern auch im Handeln, was die **Aktionsgemeinschaften mit Kommunisten, Anarchisten und bestimmten Gruppierungen der GRÜNEN** anbetrifft!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kollege Brandt, Sie haben in Verbindung mit der Diskussion über Menschenrechte erneut Kritik an meinem Freund Heiner Geißler geübt.

(Mann [GRÜNE]: „Mein Freund Heiner Geißler"! Das ist bezeichnend, Herr Stoltenberg! Ein Demagoge!)

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter Mann, ich bitte, Ihre dauernden Zwischenrufe einzustellen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Schmeißen Sie ihn doch raus!)

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Ich will auf den strittigen Punkt eingehen. Ihre Anmerkungen bezogen sich ja eindeutig auf die Kritik, die Heiner Geißler in Verbindung mit der **Verleihung**

Bundesminister Dr. Stoltenberg

(A) **des Friedensnobelpreises** an einen der beiden Vorsitzenden des Ärztekomitees, den stellvertretenden sowjetischen Gesundheitsminister **Tschasow,** geübt hat. Herr Tschasow, Professor, ist einer der beiden Vorsitzenden des in Oslo auszuzeichnenden Ärztekomitees gegen Atomkrieg. Aber, Herr Kollege Brandt, Sie können es nicht aus der Welt schaffen, daß dieser Herr Tschasow Mitunterzeichner eines der diffamierenden, Andrej Sacharow in seiner Existenz bedrohenden Dokumente kommunistischer Verfolgung gewesen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn wir in der Diskussion über Menschenrechte, die Sie hier eingeführt haben, darüber nachdenken, wer denn von den Verfolgten — es gibt ja erschreckend viele in unserer Zeit — in seiner Lebensleistung, in seiner Haltung, in seiner wissenschaftlichen und menschlichen Integrität höchste Bewunderung verdient, dann werden viele von uns gemeinsam Andrej Sacharow zu den ersten zählen. Ich sage das ausdrücklich als meine eigene Position.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dieses Dokument mit der Unterschrift des Herrn Tschasow ist ein bedrückendes, ein schlimmes Dokument, denn es war ja die Einleitung zu dieser unglaublichen Kampagne der Einschüchterung, Unterdrückung und Verbannung bis hin zur Bedrohung der persönlichen Existenz Sacharows und seiner Frau. Man muß auch wissen, daß andere Mitglieder der sowjetischen Akademie der Wissenschaften es abgelehnt haben, dieses Dokument zu (B) unterzeichnen, was diese nicht näher zu nennenden Mitglieder im Gegensatz zu Herrn Tschasow ehrt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Tschasow ist einer der beiden internationalen Vorsitzenden der auszuzeichnenden und zu ehrenden Organisation. Aber er ist auch stellvertretender Gesundheitsminister der Sowjetunion, einer der hohen staatlichen Funktionäre dieses Landes. Zu den führenden Mitgliedern der sowjetischen Sektion gehört Herr Wotanjan, der nach den Erklärungen der führenden deutschen Ärzte auf diesem Gebiet unmittelbare Mitverantwortung für die grausame Methode, **Bürgerrechtler in der Sowjetunion** in psychiatrische Anstalten einzuweisen, trägt.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Sie müssen es Heiner Geißler und uns und vielen anderen erlauben, daß wir Zweifel an der Weisheit der Entscheidung äußern, Herrn Tschasow mit dem Friedensnobelpreis auszuzeichnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kollege Brandt, wir stehen mit dieser Haltung nicht so alleine, wie Sie meinen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich lese in der norwegischen Zeitung „Aftenposten", daß die Ihnen persönlich ja sehr gut bekannte langjährige Vorsitzende des Nobelpreiskomitees, die sozialdemokratische Politikerin Frau **Aase Lionæs** (C) folgendes erklärt hat: Sie werde nicht an dieser Preisverleihung, sondern am gleichen Tag an einem Schweigemarsch zu Ehren Andrej Sacharows teilnehmen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Abg. Mann [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Ich persönlich halte das für eine gut begründete Entscheidung.

(Mann [GRÜNE]: Ich melde mich zu einer Zwischenfrage! Das ist mein gutes Recht!)

— Und ich nehme die Zwischenfrage nicht an. — Nein, natürlich nicht.

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter Mann, der Bundesminister läßt keine Zwischenfrage zu. Nehmen Sie das zur Kenntnis!

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

(Mann [GRÜNE]: Sie sind ein Feigling! — Weitere anhaltende Zurufe von den GRÜNEN und der SPD — Zurufe von der CDU/CSU: Setzen! — Weitere lebhafte Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

— Entschuldigen Sie, ich diskutiere zur Zeit mit dem Parteivorsitzenden der SPD, dem Herrn Kollegen Brandt. (D)

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Verleumden, aber keine Diskussion! — Mann [GRÜNE]: Das ist eine Kalte-Kriegs-Rede, die Sie hier halten!)

Dieses Verhalten einer der hervorragendsten sozialdemokratischen Politikerinnen Norwegens, vieler Bürger Norwegens und vieler in anderen Ländern zeigt, daß Heiner Geißler seine kritischen Fragen und Anmerkungen hier zu Recht gemacht hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Es wäre gut, wenn auch die führenden deutschen Ärzte in diesem Komitee — so Herr Professor Richter, der sich durch maßlose Attacken gegen Heiner Geißler disqualifiziert — ihre Position noch einmal bedenken würden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Rusche [GRÜNE]: Sie disqualifizieren sich selbst!)

Lassen Sie mich im letzten Teil meiner Ausführungen doch noch einmal auf einige finanzpolitische Fragen zurückkommen.

(Mann [GRÜNE]: Das ist auch viel besser! Sehr gut! — Weitere lebhafte Zurufe von den GRÜNEN)

— Ich verstehe Ihren Zustand der hochgradigen Erregung nicht. Sie haben hier so maßlos gegen uns polemisiert, daß Sie doch auch einmal einige harte Zurechtweisungen hinnehmen müssen, auch wenn

Bundesminister Dr. Stoltenberg

(A) Sie sie nicht billigen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN.

(Zurufe von der CDU/CSU und den GRÜNEN)

Ich sagte schon, daß das Land **Nordrhein-Westfalen** und seine Regierung in dieser Debatte ja in mehrfacher Hinsicht eine Rolle gespielt haben. Ich habe schon den Beitrag von Herrn **Posser** erwähnt, der die Sorgen und Nöte dieses einstmals so wirtschafts- und finanzstarken Landes hier vorgetragen hat. Zur Begründung hat Herr Posser erklärt, er sage das im Deutschen Bundestag, weil der Bundestag für die Einnahmen der Länder zuständig sei. Das ist formal, verfassungsrechtlich richtig, aber tatsächlich ist es nur eine Teilwahrheit. Denn die Einnahmen der Länder und Gemeinden sind ja auch Ausdruck der regionalen Wirtschaftskraft und damit der Bilanz der Landespolitik im Guten oder Schlechten über längere Zeiträume hinweg. Diese Bilanz ist in den ökonomischen Daten und finanziellen Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen leider außerordentlich ungünstig, ja schlecht. Das ist ein weiterer Grund, warum wir hier gern einmal mit Herrn Johannes Rau diskutieren möchten, Herr Kollege Brandt.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Nun spielen immer wieder das Thema der Bund-Länder-Beziehungen in finanzwirtschaftlichen Fragen und natürlich der **Länderfinanzausgleich** eine entscheidende Rolle. Zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland klagen (B) sieben Länder gegen den Gesetzgeber — aber im Grunde gegeneinander — in den Fragen des Länderfinanzausgleichs vor dem Bundesverfassungsgericht. Ich bedaure das als ein Politiker, der ja viele Jahre Verantwortung im Bereich der Länder getragen hat.

(Zuruf des Abg. Mann [GRÜNE])

Ich finde nicht, daß das eine Sternstunde des Föderalismus ist. Ich hätte es vorgezogen, wenn die Länder auch nach 1982 zu einer politischen Verständigung in der Frage des Finanzausgleichs gekommen wären. Sie werden es nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts sicher gemeinsam mit uns tun müssen.

Ich persönlich bin auch davon überzeugt, daß eine Intensivierung, eine Verstärkung des Länderfinanzausgleichs notwendig ist.

(Zustimmung des Abg. Mann [GRÜNE])

Ich sage das im Interesse der finanzschwächeren Länder insgesamt.

(Zuruf des Abg. Walther [SPD])

— Ich gehe jetzt nicht auf die Einzelheiten ein, Herr Kollege Walther.

Ich will auch hervorheben, daß diese Bundesregierung ihren Beitrag zur Ausgleichsfunktion leistet.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Wir werden in dem jetzt zur Abstimmung anstehenden Haushalt 1,74 Milliarden DM allein an **Bundesergänzungszuweisungen** den finanzschwächeren (C) Ländern übertragen.

Ich muß natürlich schon daran erinnern, daß wenige Monate vor dem Regierungswechsel die Position der damaligen sozialdemokratischen Bundesregierung — meiner Vorgänger Lahnstein und Matthöfer und des Bundeskanzlers Helmut Schmidt — war, die Bundesergänzungszuweisungen auf ein Drittel, allenfalls auf 50% der heutigen Größenordnung drastisch abzubauen.

Ich sage dies im Anschluß an die Rede von Herrn Posser auch im Deutschen Bundestag, weil das sehr oft in Vergessenheit gerät, wenn man die Ausführungen von Herrn Lafontaine, Herrn Wedemeier und anderer in sozialdemokratisch bestimmten Landesparlamenten hört.

Nein, wir sind für eine länderfreundliche Politik. Aber niemand kann in einem Bundesstaat den einzelnen Ländern die letzte Verantwortung für ihre Haushalte abnehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Unsere **längerfristigen Ziele** sind deutlich geworden: eine Rückführung der Steuer- und Abgabenbelastung für die Bürger, vor allem für die arbeitenden Menschen; mehr Freiraum für persönliche Verantwortung und Initiative und deshalb, Herr Kollege Wieczorek, eine Zurückführung der gefährlich überhöhten Staatsquote.

Das ist die Voraussetzung für mehr Krisenfestigkeit, aber nicht, wie Herr Wieczorek meinte, eine Gefährdung des sozialen Friedens. Den sozialen Frieden gefährdet, wer die finanziellen und wirt- (D) schaftlichen Grundlagen unseres Landes wieder schwächen will und letzten Endes in Frage stellt. Dieser Zusammenhang ist untrennbar.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben keinen Anlaß zur Selbstgefälligkeit. Wir haben das hier auch nicht gezeigt. Kein Ansatz von Selbstgefälligkeit ist bei uns erkennbar.

(Widerspruch bei der SPD)

Aber wir glauben, daß wir nach einer guten Zwischenbilanz, vor allem durch die Leistung der Menschen der Bundesrepublik Deutschland, durch die Leistung der arbeitenden Menschen, Zuversicht haben können, die Probleme der Zukunft zu meistern.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Zu einer kurzen Erwiderung nach § 30 der Geschäftsordnung erteile ich dem Abgeordneten Vogel das Wort.

Dr. Vogel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie, Herr Bundesminister Stoltenberg, haben in Ihren Ausführungen soeben Kritik an Äußerungen eines Mitglieds meiner Fraktion geübt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Zu Recht!)

Sie haben außerdem Vorgänge in Lübeck, die im einzelnen hier nicht bekannt sind, kritisiert. Das ist

Dr. Vogel

(A) Ihr parlamentarisches Recht. Aber, Herr Bundesminister Stoltenberg, Sie haben das in einer Art und Weise getan, die eines deutschen Bundesministers unwürdig ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Widerspruch und Zurufe von der CDU/CSU)

Sie haben, Herr Bundesminister, darüber hinaus das norwegische Nobelpreiskomitee in einer Art und Weise diffamiert, die ich für meine Fraktion auf das entschiedenste zurückweise.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Widerspruch und Zurufe von der CDU/CSU)

Sie haben, Herr Bundesminister,

(Dolata [CDU/CSU]: Sie hätten hinhören sollen!)

unserem Volk heute einen Vorgeschmack darauf gegeben, mit welcher Rücksichtslosigkeit und Brutalität Sie den Wahlkampf zu führen gedenken.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Zurufe von der CDU/CSU: Aufhören! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Sie, Herr Bundesminister, haben in diesem Zusammenhang

(Seiters [CDU/CSU]: Sie haben nichts mehr zu bieten!)

das Wort „Verkommenheit" benutzt.

(B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dieses von Ihnen eingeführte Wort fällt auf Sie zurück, Herr Bundesminister.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie werden an diesem Wort lange zu tragen haben.

(Beifall bei der SPD — Lachen bei der CDU/CSU)

Aus der Reihe derer, denen wir bei aller Gegensätzlichkeit den Respekt und die Hochachtung nicht versagen, haben Sie sich mit dieser unglaublichen Entgleisung verabschiedet.

(Lebhafter Beifall bei der SPD sowie Beifall bei den GRÜNEN — Lachen bei der CDU/CSU — Dr. Waigel [CDU/CSU]: Der Mann wird immer schwächer! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe nunmehr die Entschließungsanträge zu den Einzelplänen auf, und zwar zuerst die Entschließungsanträge zu Einzelplan 06.

Es ist beantragt, die Entschließungsanträge der Fraktion der SPD auf den Drucksachen 10/4348 und 10/4349 zum Einzelplan 06 zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuß und zur Mitberatung an den Innenausschuß zu überweisen. Weiterhin ist beantragt worden, den Entschließungsantrag auf Drucksache 10/4387 zur federführenden Beratung an den Innenausschuß und zur Mitberatung (C) an den Ausschuß für Verkehr zu überweisen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? — Das ist nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe jetzt die Entschließungsanträge der Fraktion der SPD zum Einzelplan 09 auf den Drucksachen 10/4350 bis 10/4354 auf. Es ist beantragt, diese Entschließungsanträge zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuß und zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft zu überweisen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? — Das ist nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließungsanträge der Abgeordneten Bueb, Auhagen und der Fraktion DIE GRÜNEN zum Einzelplan 11 auf den Drucksachen 10/4325 und 10/4390. Wer dem Entschließungsantrag auf Drucksache 10/4325 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wer dem Entschließungsantrag auf Drucksache 10/4390 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe jetzt die Entschließungsanträge der Fraktion der SPD zum Einzelplan 14 auf den Drucksachen 10/4361 bis 10/4363 auf. Es ist beantragt, diese Entschließungsanträge zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuß und zur Mitberatung an den Verteidigungsausschuß zu überweisen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? — (D) Das ist nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Zum Einzelplan 15 liegt ein Entschließungsantrag des Abgeordneten Bueb und der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 10/4393 vor. Wer diesem Entschließungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe die Entschließungsanträge zum Einzelplan 23 auf den Drucksachen 10/4328 und 10/4355 auf.

Wer dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Suhr, Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksachen 10/4328 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der SPD hat beantragt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 10/4355 zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuß und zur Mitberatung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu überweisen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? — Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Zu Einzelplan 25 liegen Entschließungsanträge der Fraktion der SPD auf den Drucksachen 10/4356

Präsident Dr. Jenninger

(A) bis 10/4358 vor. Es ist beantragt, diese Entschließungsanträge zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuß und zur Mitberatung an den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zu überweisen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? — Das ist nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe nunmehr die Entschließungsanträge zu den Einzelplänen 27 bis 35 zur Abstimmung auf.

Wer dem Entschließungsantrag des Abgeordeten Dr. Schierholz und der Fraktion DIE GRÜNEN zu Einzelplan 27 auf Drucksache 10/4330 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wer dem Entschließungsantrag des Abgeordneten Dr. Müller (Bremen) und der Fraktion DIE GRÜNEN zu Einzelplan 30 auf der Drucksache 10/4326 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP zu Einzelplan 35 auf der Drucksache 10/4359 (neu) zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Schlußabstimmung über das Haushaltsgesetz 1986.

(B) Die Fraktionen der CDU/CSU, FDP und SPD verlangen nach § 52 unserer Geschäftsordnung **namentliche Abstimmung.**

Wer dem Gesetz als Ganzem zuzustimmen wünscht, den bitte ich, die Abstimmungskarte mit „Ja", wer dagegen stimmen oder sich der Stimme enthalten will, den bitte ich, die entsprechende Abstimmungskarte in die hier vorne aufgestellten Urnen zu legen.

Ich eröffne die namentliche Abstimmung. — Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat?

(Zurufe: Ja!)

Ich frage noch einmal: Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? — Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Ich unterbreche die Sitzung so lange.

(Unterbrechung von 12.26 bis 12.31 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Wir fahren in unserer Sitzung fort.

Ich darf Ihnen das von den Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung über das Haushaltsgesetz — Drucksachen 10/3700, 10/4101, 10/4151 bis 10/4178, 10/4180 und 10/4327 — bekanntgeben. Von den voll stimmberechtigten Mitgliedern des Hauses haben 409 ihre Stimme abgegeben. Davon ist keine ungültig. Mit Ja haben 242 (C) Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 167 Abgeordnete gestimmt. Enthaltungen keine.

14 Berliner Abgeordnete haben ihre Stimme abgegeben. Davon ungültige Stimmen keine. Mit Ja haben 9 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 5 Abgeordnete gestimmt. Enthaltungen keine.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 409 und 14 Berliner Abgeordnete; davon

ja: 242 und 9 Berliner Abgeordnete

nein: 167 und 5 Berliner Abgeordnete

Ja

CDU/CSU

Dr. Abelein
Frau Augustin
Dr. Barzel
Bayha
Dr. Becker (Frankfurt)
Berger
Biehle
Dr. Blank
Dr. Blens
Dr. Blüm
Böhm (Melsungen)
Dr. Bötsch
Bohl
Bohlsen
Borchert
Breuer
Broll
Brunner
Bühler (Bruchsal)
Dr. Bugl
Carstens (Emstek)
Carstensen (Nordstrand)
Dr. Czaja
Dr. Daniels
Daweke
Frau Dempwolf
Deres
Dörflinger
Dr. Dollinger
Doss
Dr. Dregger
Echternach
Ehrbar
Eigen
Engelsberger
Erhard (Bad Schwalbach)
Eylmann
Fellner
Frau Fischer
Fischer (Hamburg)
Francke (Hamburg)
Dr. Friedmann
Funk
Ganz (St. Wendel)
Dr. Geißler
Dr. von Geldern
Gerlach (Obernau)
Gerstein
Gerster (Mainz)
Glos
Dr. Göhner
Dr. Götz
Götzer
Günther
Dr. Häfele
von Hammerstein
Hanz (Dahlen)
Hauser (Esslingen)
Hauser (Krefeld)
Hedrich
Frau Dr. Hellwig
Helmrich
Dr. Hennig
Herkenrath
Hinrichs
Hinsken
Höffkes
Höpfinger
Dr. Hoffacker
Dr. Hornhues
Hornung
Frau Hürland
Dr. Hüsch
Dr. Hupka
Jagoda
Dr. Jahn (Münster)
Dr. Jenninger
Dr. Jobst
Jung (Lörrach)
Dr.-Ing. Kansy
Frau Karwatzki
Kiechle
Klein (München)
Dr. Köhler (Wolfsburg)
Dr. Kohl
Kolb
Kraus
Krey
Dr. Kronenberg
Dr. Kunz (Weiden)
Lamers
Dr. Lammert
Landré
Dr. Langner
Lattmann
Dr. Laufs
Lenzer
Link (Frankfurt)
Linsmeier
Lintner
Dr. Lippold
Löher
Lohmann (Lüdenscheid)
Louven
Lowack
Maaß
Frau Männle
Magin
Marschewski
Metz
Dr. Meyer zu Bentrup
Michels
Dr. Mikat
Dr. Miltner
Milz
Dr. Möller
Müller (Remscheid)
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Nelle
Frau Dr. Neumeister

(D)

Präsident Dr. Jenninger

(A)

Niegel
Dr.-Ing. Oldenstädt
Frau Pack
Pesch
Petersen
Pfeffermann
Pfeifer
Dr. Pinger
Pöppl
Pohlmann
Dr. Pohlmeier
Dr. Probst
Rawe
Reddemann
Repnik
Dr. Riedl (München)
Dr. Riesenhuber
Rode (Wietzen)
Frau Roitzsch (Quickborn)
Dr. Rose
Rossmanith
Roth (Gießen)
Rühe
Ruf
Sauer (Salzgitter)
Sauer (Stuttgart)
Saurin
Sauter (Epfendorf)
Sauter (Ichenhausen)
Dr. Schäuble
Scharrenbroich
Schartz (Trier)
Schemken
Scheu
Schlottmann
Schmidbauer
Schmitz (Baesweiler)
von Schmude
Schneider (Idar-Oberstein)
Dr. Schneider (Nürnberg)
Freiherr von Schorlemer
Schreiber
Dr. Schroeder (Freiburg)
Schulhoff
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Schultz (Wörrstadt)
Schwarz
Dr. Schwörer
Seehofer
Seesing
Seiters
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
Dr. Sprung
Dr. Stark (Nürtingen)
Dr. Stavenhagen
Dr. Stercken
Stockhausen
Dr. Stoltenberg
Stommel
Strube
Stücklen
Stutzer
Susset
Uldall
Dr. Unland
Frau Verhülsdonk
Vogel (Ennepetal)
Vogt (Düren)
Dr. Voigt (Northeim)
Dr. Voss
Dr. Waffenschmidt
Dr. Waigel
Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Warnke
Dr. Warrikoff
Dr. von Wartenberg
Weirich
Weiß

(B)

Werner (Ulm)
Frau Will-Feld
Frau Dr. Wilms
Wilz
Wimmer (Neuss)
Windelen
Frau Dr. Wisniewski
Wissmann
Dr. Wittmann
Wittmann (Tännesberg)
Dr. Wörner
Würzbach
Dr. Wulff
Dr. Zimmermann
Zink

Berliner Abgeordnete

Boroffka
Buschbom
Dolata
Dr. Hackel
Kalisch
Kittelmann
Schulze (Berlin)
Straßmeir

FDP

Frau Dr. Adam-Schwaetzer
Baum
Beckmann
Cronenberg (Arnsberg)
Eimer (Fürth)
Engelhard
Dr. Feldmann
Gallus
Gattermann
Genscher
Grüner
Dr. Haussmann
Dr. Hirsch
Hoffie
Kleinert (Hannover)
Kohn
Dr.-Ing. Laermann
Mischnick
Möllemann
Neuhausen
Paintner
Ronneburger
Dr. Rumpf
Schäfer (Mainz)
Frau Dr. Segall
Frau Seiler-Albring
Dr. Weng (Gerlingen)
Wolfgramm (Göttingen)

Berliner Abgeordneter

Hoppe

Nein

SPD

Antretter
Dr. Apel
Bachmaier
Bamberg
Becker (Nienberge)
Bernrath
Berschkeit
Bindig
Frau Blunck
Brandt
Buckpesch
Büchler (Hof)
Dr. von Bülow
Buschfort
Catenhusen
Conradi
Corterier
Frau Dr. Däubler-Gmelin
Delorme
Dreßler
Dr. Ehrenberg
Dr. Emmerlich
Dr. Enders
Esters
Ewen
Fischer (Homburg)
Fischer (Osthofen)
Frau Fuchs (Köln)
Frau Fuchs (Verl)
Gansel
Gerstl (Passau)
Gilges
Glombig
Grunenberg
Dr. Haack
Haar
Haehser
Hansen (Hamburg)
Frau Dr. Hartenstein
Dr. Hauchler
Hauck
Dr. Hauff
Heistermann
Herterich
Heyenn
Dr. Holtz
Horn
Frau Huber
Huonker
Immer (Altenkirchen)
Jahn (Marburg)
Jansen
Jaunich
Dr. Jens
Jung (Düsseldorf)
Jungmann
Kastning
Kiehm
Kirschner
Kisslinger
Dr. Klejdzinski
Kolbow
Dr. Kübler
Kühbacher
Kuhlwein
Lennartz
Frau Dr. Lepsius
Lohmann (Witten)
Lutz
Frau Matthäus-Maier
Matthöfer
Meininghaus
Menzel
Dr. Mertens (Bottrop)
Müller (Düsseldorf)
Müller (Schweinfurt)
Dr. Müller-Emmert
Müntefering
Nehm
Neumann (Bramsche)
Dr. Nöbel
Frau Odendahl
Oostergetelo
Paterna
Pauli
Dr. Penner
Peter (Kassel)
Pfuhl
Porzner
Purps
Ranker
Rapp (Göppingen)
Rappe (Hildesheim)
Reimann
Frau Renger
Reschke
Reuter
Rohde (Hannover)

(C)

Roth
Sander
Schäfer (Offenburg)
Schanz
Dr. Scheer
Schlatter
Schluckebier
Frau Schmedt (Lengerich)
Dr. Schmidt (Gellersen)
Schmitt (Wiesbaden)
Dr. Schmude
Schreiner
Schröer (Mülheim)
Schulte (Unna)
Dr. Schwenk (Stade)
Sielaff
Sieler
Frau Simonis
Frau Dr. Skarpelis-Sperk
Dr. Soell
Dr. Sperling
Dr. Spöri
Stahl (Kempen)
Steiner
Frau Steinhauer
Stiegler
Stockleben
Frau Terborg
Tietjen
Frau Dr. Timm
Toetemeyer
Urbaniak
Verheugen
Vogelsang
Voigt (Frankfurt)
Waltemathe
Walther
Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Wernitz
Westphal
Frau Weyel
Dr. Wieczorek
Wieczorek (Duisburg)
Wiefel
von der Wiesche
Wischnewski
Witek
Dr. de With
Wolfram (Recklinghausen)
Würtz
Zander
Zeitler

(D)

Berliner Abgeordnete

Heimann
Löffler
Stobbe
Dr. Vogel
Wartenberg (Berlin)

DIE GRÜNEN

Auhagen
Frau Borgmann
Frau Dann
Kleinert (Marburg)
Lange
Mann
Dr. Müller (Bremen)
Rusche
Dr. Schierholz
Schmidt (Hamburg-Neustadt)
Schulte (Menden)
Suhr
Tatge
Vogel (München)
Volmer
Werner (Westerland)
Frau Zeitler

Präsident Dr. Jenninger

(A) Das Haushaltsgesetz ist damit angenommen.

Wir sind damit am Schluß unserer Tagesordnung und haben eine anstrengende Woche schwieriger Haushaltsberatungen hinter uns gebracht. Ich möchte im Namen des ganzen Hauses unserer Verwaltung danken,

(Beifall)

ganz besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Druckerei, der Drucksachenverteilungsstelle, des Stenographischen Dienstes und nicht zuletzt unseren Plenarboten, die uns im Saal unermüdlich zur Verfügung stehen.

(Beifall)

(C) Sie alle haben durch ihren außergewöhnlichen Einsatz zu einem reibungslosen Ablauf der Haushaltsberatungen beigetragen.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 4. Dezember 1985, 13 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 12.33 Uhr)

(B)

(D)

(A)

Anlagen zum Stenographischen Bericht

(C)

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)	entschuldigt bis einschließlich
Austermann	29. 11.
Bahr	29. 11.
Bueb	29. 11.
Büchner (Speyer) *	29. 11.
Clemens	29. 11.
Collet	29. 11.
Egert	29. 11.
Frau Eid	29. 11.
Ertl	29. 11.
Dr. Faltlhauser	29. 11.
Feilcke	29. 11.
Franke (Hannover)	29. 11.
Dr. Glotz	29. 11.
Grünbeck	29. 11.
Haase (Fürth) *	29. 11.
Freiherr Heereman von Zuydtwyck	29. 11.
Hiller (Lübeck)	29. 11.
Ibrügger	29. 11.
Jäger (Wangen) *	29. 11.
Junghans	29. 11.
Klose	29. 11.
Dr. Köhler (Duisburg)	29. 11.
Dr. Kreile	29. 11.
Lambinus	29. 11.
Leonhart	29. 11.
Lemmrich *	29. 11.
Link (Diepholz)	29. 11.
Dr. Müller *	29. 11.
Nagel	29. 11.
Dr. Olderog	29. 11.
Poß	29. 11.
Reuschenbach	29. 11.
Schlaga	29. 11.
Schmidt (Hamburg)	29. 11.
Frau Schmidt (Nürnberg)	29. 11.
Schmidt (Wattenscheid)	29. 11.
Schröder (Hannover)	29. 11.
Dr. Solms	29. 11.
Tillmann	29. 11.
Tischer	29. 11.
Dr. Todenhöfer	29. 11.
Vahlberg	29. 11.
Voigt (Sonthofen)	29. 11.
Werner (Dierstorf)	29. 11.
Frau Dr. Wex	29. 11.
Zierer	29. 11.
Frau Zutt	29. 11.

(B)

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Anlage 2

Amtliche Mitteilungen

Der Präsident des Bundesrates hat mit Schreiben vom 29. November 1985 mitgeteilt, daß der Bundesrat in seiner Sitzung am 29. November 1985 gemäß § 5 Abs. 1 des Bundesrechnungshofgesetzes

den Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofes
Dr. Heinz Günther Zavelberg
zum Präsidenten des Bundesrechnungshofes

und den Direktor beim Bundesrechnungshof
Ernst Heuer
zum Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofes

gewählt hat.

Der Präsident hat gemäß § 80 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung die nachstehenden Vorlagen überwiesen:

Unterrichtung durch die Delegation der Gruppe der Bundesrepublik Deutschland in der Interparlamentarischen Union über die 74. Interparlamentarische Konferenz vom 2. bis 7. September 1985 in Ottawa (Drucksache 10/4106)
zuständig: Auswärtiger Ausschuß (federführend)
Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Unterrichtung durch das Europäische Parlament: Entschließung zu der Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts durch die Mitgliedstaaten (Drucksache 10/4206)
zuständig: Rechtsausschuß

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses hat mitgeteilt, daß der Ausschuß von einer Berichterstattung gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung über die nachstehende Vorlage absieht:

Vierter Bericht und Empfehlung der Europa-Kommission zur Frage des Beitritts von Spanien und Portugal zur Europäischen Gemeinschaft (Drucksache 10/2075)

(D)

Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen hat mit Schreiben vom 21. Januar 1985 unter Bezugnahme auf § 17 Abs. 5 Postverwaltungsgesetz den Voranschlag der Deutschen Bundespost für das Rechnungsjahr 1985 übersandt. Der Voranschlag liegt im Parlamentsarchiv zur Einsichtnahme aus.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Forschung und Technologie hat mitgeteilt, daß der Ausschuß von einer Beratung der nachstehenden EG-Vorlagen abgesehen hat:

Vorschlag für einen Beschluß des Rates über eine vorbereitende Aktion für ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Telekommunikationstechnologien
Forschung und Entwicklung im Bereich der fortgeschrittenen Kommunikationstechnologien für Europa (R&D in Advanced Communicationstechnologies for Europe (RACE) — KOM (85) 113 endg. — EG-Dok. Nr. 5876/85 — (Drucksachen 10/3352 Nr. 17, 10/3561)

Vorschlag für einen Beschluß des Rates über ein Drittes Fünfjahresprogramm (1985 bis 1989) zur Bewirtschaftung und Lagerung radioaktiver Abfälle (Aktionsprogramm für die Forschung im Bereich der Kernspaltungsenergie) — KOM (84) 231 endg. — EG-Dok. Nr. 6907/84 — (Drucksache 10/1691 Nr. 21)

Die Kernindustrie in der Gemeinschaft
Hinweisendes Nuklearprogramm gemäß Artikel 40 EURATOM-Vertrag 1984 — KOM (84) 653 endg. — EG-Dok. Nr. 11001/84 — (Drucksachen 10/3228 Nr. 9, 10/3367)

Der Vorsitzende des Finanzausschusses hat mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehende EG-Vorlage zur Kenntnis genommen hat:

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung bestimmter Regeln über indirekte Steuern, die den Verbrauch von alkoholischen Getränken belasten — KOM (85) 150 endg. —

(A)

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Harmonisierung der Verbrauchsteuern auf aufgespriteten Wein und ähnliche Erzeugnisse — KOM (85) 151 endg. — EG-Dok. Nr. 6374/85 — (Drucksache 10/3482 Nr. 6)

Der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung hat mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehenden EG-Vorlagen zur Kenntnis genommen hat:

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Elternurlaub und Urlaub aus familiären Gründen — EG-Dok. Nr. 11118/83 — (Drucksache 10/873 Nr. 32)

Entwurf für eine Verordnung des Rates zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte im Frühjahr 1986 — KOM (85) 226 endg. — EG-Dok. Nr. 7102/85 — (Drucksache 10/3592 Nr. 12)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2950/83 zur Anwendung des Beschlusses 83/516/EWG über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds — KOM (85) 451 endg. — Ratsdok. Nr. 8762/85 — (Drucksache 10/3909 Nr. 11)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über die Durchführung des Beschlusses Nr. 3/80 des Assoziationsrates EG/Türkei über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften auf türkische Arbeitnehmer und deren Familienangehörige innerhalb der Gemeinschaft — EG-Dok. Nr. 4989/83 — (Drucksache 10/92 Nr. 25)

Der Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat mitgeteilt, daß der Ausschuß von einer Beratung der nachstehenden EG-Vorlagen abgesehen hat:

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1/85 zur Festlegung der vorläufig zulässigen Gesamtfangmengen und bestimmter Fangbedingungen hinsichtlich der zulässigen Gesamtfangmengen für bestimmte Fischbestände oder Bestandsgruppen für 1985 — KOM (85) 179 endg. — EG-Dok. Nr. 6427/85 — (Drucksache 10/3406 Nr. 5)

(B)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung einer Mindestmaschenöffnung für die Fischerei auf Lodde im Bereich des Übereinkommens über die Fischerei im Nordostatlantik außerhalb der Seegewässer unter der Fischereigerichtsbarkeit der Vertragsparteien des Übereinkommens — KOM (85) 195 endg. — EG-Dok. Nr. 6721/85 — (Drucksache 10/3534 Nr. 3)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung der Gemeinschaftsbeteiligung an der Finanzierung der Maßnahmen zum Ausgleich des Rückgangs des Agrareinkommens als Folge des Abbaus der niederländischen positiven Währungsausgleichsbeträge — KOM (85) 241 endg. — EG-Dok. Nr. 6906/85 — (Drucksache 10/3534 Nr. 4)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Aufteilung der Fangquoten der Gemeinschaft in den grönländischen Gewässern im Jahr 1985 — KOM (85) 78 endg. — EG-Dok. Nr. 5365/85 — (Drucksache 10/3275 Nr. 4)

Empfehlung einer Verordnung (EWG) des Rates über den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik über zubereitete oder haltbar gemachte Tomaten der Tarifstelle 20.02 C des Gemeinsamen Zolltarifs — KOM (85) 111 endg. — EG-Dok. Nr. 5863/85 — (Drucksache 10/3275 Nr. 5)

Entwurf einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für bestimmte Aale der Tarifstelle ex 03.01 A II des Gemeinsamen Zolltarifs (1. Juli 1985 bis 30. Juni 1986) — KOM (85) 124 endg. — EG-Dok. Nr. 5860/85 — (Drucksache 10/3275 Nr. 6)

(C)

Entwurf einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Kirschen, in Alkohol eingelegt, zur Herstellung von Schokoladewaren, Tarifstelle ex 20.06 B I e) 2 bb) des Gemeinsamen Zolltarifs — KOM (85) 117 endg. — EG-Dok. Nr. 5851/85 — (Drucksache 10/3275 Nr. 7)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über die Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für Portweine der Tarifnummer ex 22.05 des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Portugal (1985/86)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über die Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für Madeira-Weine der Tarifnummer ex 22.05 des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Portugal (1985/86)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über die Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für Moscatel-de-Setubal-Weine der Tarifnummer ex 22.05 des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Portugal (1985/86) — KOM (85) 107 endg. — EG-Dok. Nr. 5743/85 — (Drucksache 10/3275 Nr. 9)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Aprikosenpülpe der Tarifstelle ex 20.06 B II c) 1 aa) des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in der Türkei — KOM (85) 115 endg. — EG-Dok. Nr. 5527/85 — (Drucksache 10/3275 Nr. 10)

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft hat mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehenden EG-Vorlagen zur Kenntnis genommen hat:

Vorschlag der Kommission an den Rat zur Festsetzung des Schemas der Allgemeinen Präferenzen der Gemeinschaft für 1986 — KOM (85) 425 endg. — Ratsdok. Nr. 8489/85 — (Drucksache 10/3909 Nr. 1)

(D)

Entwurf eines Beschlusses des Rates über die Assoziation der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Entwurf eines Beschlusses der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl über die Handelsregelung zwischen der Gemeinschaft und den assoziierten überseeischen Ländern und Gebieten für die unter die EGKS fallenden Waren — KOM (85) 193 endg. — EG-Dok. Nr. 6436/85 — (Drucksache 10/3827 Nr. 1)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für bestimmte in Spanien raffinierte Erdölerzeugnisse des Kapitels 27 des Gemeinsamen Zolltarifs (1986)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für andere Gewebe aus Baumwolle der Tarifnummer 55.09 des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Spanien (1986) — KOM (85) 410 endg. — EG-Dok. Nr. 8660/85 — (Drucksache 10/3827 Nr. 2)

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3439/80 über die Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Polyestergarne mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika — KOM (85) 464 endg. — EG-Dok. Nr. 8690/85 — (Drucksache 10/3827 Nr. 3)

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0720-7980